

# Europäisches Sozialmodell



**Rainer Hoffmann**  
Chancen für ein  
Soziales Europa

**Herbert Schui**  
Falsche Wirtschafts-  
theorien bald mit  
Verfassungsrang?

**Sigrid Skarpelis-Sperk**  
EU-Dienstleistungs-  
richtlinie: Die Bombe  
tickt weiter!

**Interview mit  
Andrea Nahles**  
Die SPD muss ein  
eigenständiges Profil  
entwickeln

Im **Forum DL21** u.a.:  
Christel Riemann-  
Hanewinkel, Edelgard  
Bulmahn, Hilde  
Mattheis, Klaus-Uwe  
Benneter und  
Christoph Butterwegge

Von Thomas Westphal

Deutschland ist eine Klatsch- und Tratsch Gesellschaft. Wir müssen daher über den Zusammenhang zwischen der „Gala“-isierung der deutschen Politik und der ökonomischen Untergangstheorie von Arnold Joseph Toynbee nachdenken. Dem britischen Historiker zufolge sind die großen Nationen der Geschichte untergegangen, weil sie unfähig waren, auf äußere Herausforderungen zu reagieren. Sie waren deshalb unfähig zu reagieren, weil die jeweilige Gesellschaft mit sich selbst beschäftigt war. Weil die Eliten und Mittelschichten der Nationen bereits mit ihrem persönlichen Glück, Liebesleben und Sehnsüchten alle Hände voll zu tun hatten. Der Untergang der Weimarer Republik mit seinem Gleichklang von wirtschaftlicher Depression und nihilistischer Freude am Unmöglichen lässt sich exakt in dieser Lesart von Toynbee interpretieren.

Wiederholt sich die Geschichte des Unterganges der Weimarer Republik in Deutschland? Die Zeichen der Zeit verheißen nichts Gutes:

Deutsche Eliten flüchten sich in den Gedanken wie erfolgreich sie sein könnten, wenn sie den sozialen Ballast der Verantwortung für andere einfach absprengen könnten. Sie erarbeiten Studien, die scheinbar beweisen, dass schwache soziale Bindungen Innovation und Wachstum befördern.

Moderne Mittelschichten retten sich vor der Überforderung täglich wechselnder Anforderungen und dem Verlust von Verlässlichkeit, Treue und Stabilität in den Retro-Wahn. Mit Schlagern, Werbung und Filmen aus ihrer Kindheit und Jugend versuchen sie sich an die unbeschwertere Zeit zu klammern. Millionen Erwachsene Deutsche lesen in kindischer Begeisterung Harry Potter.

Unterschichten und bedrohte Mittelschichten füllen das tägliche Nichts mit der Suche nach günstigen Preisen, dem zweiten Mini-Jobs, Fast Food und Gerichtsshows. Die klassischen bürgerlichen Werte wie Leistung und Disziplin, Bildung und Benehmen, Höflichkeit und Toleranz haben jede Anziehung verloren. Die Ikonen des Widerstandes gegen diese beschwerliche Bürgerlichkeit sind die Bürgerskinder selbst, wie beispielsweise Dieter Bohlen und Stefan Effenberg.

Politiker wiederum retten sich in ihrem Dilemma zwischen Krisenmanagement und Machtlosigkeit in die Rolle der Jäger der verlorenen Volksseele. König dieser Disziplin ist völlig unangefochten: „Acker“ Schröder. Die peinlich auswendig gelernte und dennoch rhetorisch fast verstolperte Liebeserklärung an seine Frau, mitten im Fernsehduell mit Merkel, stellte den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung dar. „Großes Schröder-Kino“ nennen das die Büchsenspanner im Umfeld des Ex-Kanzlers. Jetzt tauchen erste Untersuchungen auf, die zeigen, dass Schröder mit dieser Aktion, die eigentlich nicht mal für das „Nur-die-Liebe-zählt-Mobil“ von Kai Pflaume gereicht hätte, tatsächlich Millionen Frauen und Männer für sich vereinnahmen konnte.

Kurzum: Nach drei Dekaden krisenhafter Konjunkturverläufe mit wachsender struktureller Arbeitslosigkeit sind die Deutschen mehr denn je mit ihrem persönli-

chen Glück beschäftigt. Eine Gesellschaft, die auf dem Prinzip der gegenseitigen Förderung aufbaut existiert nicht mehr. Der Nihilismus erfährt höhere Weihen.

\*

Als wäre es heute, schreibt Sebastian Hafner über das „1923-Erlebnis“: „Einer ganzen deutschen Generation ist damals ein seelisches Organ entfernt worden. Ein Organ, das dem Menschen Standfestigkeit und Gleichgewicht gibt, und das sich je nachdem als Gewissen, Vernunft, Erfahrungsweisheit, Grundsatztreue, Moral oder Gottesfurcht äußert. Eine ganze Generation hat damals zu lernen geglaubt, dass es ohne Ballast geht.“ Die Analogie zu 1923 ist nicht zufällig. Je näher wir uns die derzeitige Entwicklung der deutschen Wirtschaft ansehen, umso mehr drängt sich die Erkenntnis auf, dass wir es mit einer großen Krise im Sinne von Toynbee zu tun haben. Das Verlaufsbild von Investitionsquote, Sparquote, Nettosozialprodukt und Arbeitslosigkeit in der Zeit zwischen 1994 und 2004 erinnert in fataler Weise an das Verlaufsbild aus den Jahren 1922 bis 1932. In der Weimarer Republik geriet in dieser Zeit das Prosperitätsmodell des internationalen Warenhandels (erste Globalisierungsphase) in seine große Krise. Das herausziehende Modell der zweiten Globalisierungsphase trifft die deutsche Wirtschaft im 21. Jahrhundert in besonderer Weise. Spezifische Wettbewerbsvorteile unserer nationalen Ökonomie, wie ein eigener großer Binnenmarkt und eine eigene harte Währung wurden politisch mit dem europäischen Binnenmarkt und der Währungsunion erledigt. Weitere Vorteile wie Hochlohnstrukturen, Qualifizierung und Branchenkompetenzen werden jetzt im Wettbewerb mit europäischen und asiatischen Ländern abgeschliffen. Der Exportweltmeister verteilt seine Produktion über die Welt und erzeugt im eigenen Land einen gravierenden Überschuss an Arbeitskräften. Neue arbeitsintensive Sektoren sind nicht in Sicht.

Kurzum: Heute wie damals ging eine Wachstumskonstellation zu Ende. Heute wie damals entstand in dieser Krise ein grotesker Widerspruch zwischen Perspektivlosigkeit und der Flucht der Menschen in kulturelle Partynischen. Heute wie damals erschöpfte sich die Politik im Krisenmanagement und in der Sanierung der Staatsfinanzen. Auf Heinrich Brüning folgt Angela Merkel. Geschichte wiederholt sich nicht, es sei denn als Farce, was einst einmal eine Tragödie war.

\*

Nach Lage der Dinge sind reformpolitische Erfolge nicht im Pepita-Stil zu erringen. Die Begründung einer neuen dauerhaften Prosperitätskonstellation ist keine Frage der Eigenheimzulage. Sie muss neue Wettbewerbsfaktoren ebenso neu aufbauen, wie die kulturelle Hegemonie der gesellschaftlichen Verantwortung gegen den Diskurs des flexiblen Kapitalismus zurück erobern.

Kurzum: Das Gerede vom Ende der großen Weltanschauungen entpuppt sich als bloße Tarnung der mittelmäßig begabten Politiker. Und Netzwerker ohne Weltanschauung bleiben eben Strippenzieher.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz (Overhage) (Frankfurt/M.)  
 Klaus Dörre (Recklinghausen)  
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)  
 Michael R. Krätke (Amsterdam)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Lärcher (Weyhe)  
 Benjamin Mikfeld (Bochum)  
 Susi Möbbbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Horst Peter (Kassel)  
 René Rospel (Hagen)  
 Thomas Sauer (Möln)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Dortmund)  
 Ulrich Zachert (Apensen)

Redaktion:

Thorben Albrecht  
 Ulf Banscheraus  
 Björn Bohning  
 Tanja Breuer  
 Stefanie Gerszewski  
 Sebastian Jobelius  
 Oliver Kaczmarek  
 Anja Kruke  
 Lars Neumann  
 Svea Reiners  
 Reinhold Runker  
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Runker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33/44 293 Dortmund  
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10  
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11  
 Telefax 02 31 - 40 24 16  
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de  
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk  
 Eckhard Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.  
 Jahresabonnement Euro 34,-  
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)  
 Auslandsabonnement Euro 37,-  
 Abbestellungen mit einer Frist  
 von drei Monaten zum Jahresende.  
 Wir freuen uns über Manuskripte und  
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen  
 Manuskripte per E-mail oder auf einer  
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette  
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2005.  
 Alle Rechte vorbehalten.

Satz- und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn  
 1. 2. Tausend, Dezember 2005

*Interview mit Andrea Nahles*  
 Die SPD muss ein eigenständiges Profil entwickeln ..... 4

*Niels Annen*  
 SPD-Bundesparteitag in Karlsruhe: Jetzt wird gefeiert, basta! ..... 6

*Joachim Schuster*  
 Sparen, reformieren, investieren? ..... 7

*Hilde Mattheis*  
 Die Bürgerversicherung muss kommen! ..... 8

*Christel Riemann-Hanewinkel*  
 Mehr Chancen, mehr Lebensqualität ..... 9

*Edelgard Bulmahn*  
 Föderalismusreform und Bildungspolitik: Ein lähmender Kompromiss ..... 10

*Christoph Butterwegge*  
 Eine große Koalition gegen den Sozialstaat? ..... 11

*Klaus-Uwe Benneter*  
 Verantwortung wahrnehmen und Politik gestalten ..... 12

*Toralf Pusch*  
 Mindestlöhne – ein Instrument gegen Niedriglöhne? ..... 13

ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN SOZIALMODELLS

*Kai Burmeister; Thorben Albrecht*  
 Einleitung zum Schwerpunkt ..... 14

*Klaus Busch*  
 Das Europäische Sozialmodell:  
 Ein Beitrag zur Überwindung der aktuellen Krise der Europäischen Union ..... 16

*Udo Bullmann und Heinrich Wolny*  
 Die Lissabon-Strategie – Chance für eine sozialdemokratische Offensive ..... 19

*Rainer Hoffmann*  
 Chancen für ein Soziales Europa ..... 22

*Herbert Schui*  
 Falsche Wirtschaftstheorien bald mit Verfassungsrang? ..... 25

*Anna Bernstorff, Heiko Glawe*  
 Europäische Gewerkschaftspolitik – work in progress ..... 26

*Sigrid Skarpelis-Sperk*  
 EU-Dienstleistungsrichtlinie: Die Bombe tickt weiter! ..... 31

*Aysir Öztürk*  
 Türkei und EU-Beitritt: EU-Beitritt als Chance? ..... 34

*Estrelle Goeger*  
 Et maintenant, l'Europe sociale! ..... 36

INTERNATIONALE POLITIK

*Programmwerkstatt SPD Hannover*  
 Leben und arbeiten in Europa ..... 37

THEORIE & STRATEGIE

*Jürgen Meier*  
 Bürokraten, Citoyen und Bourgeoisie ..... 40

*Horst Heimann*  
 Plädoyer für eine linke Volkspartei SPD ..... 44

*Fritz Riege*  
 SPD-Grundsatzprogramm: Die dritte Chance nutzen ..... 48

*Thieß Petersen*  
 Arbeit versus Tätigkeit ..... 51

Tagungsbericht: Aktualität der marxistischen Klassentheorie (Hans Günter Bell) ..... 55  
 Rez.: Oliver Gehrs: Der Spiegel-Komplex (Jan-Patrick Behrend) ..... 56  
 Rez.: Hans-D. Schütt: Regine Hildebrand – Ich seh doch, was hier los ist! (Jürgen Meier) .... 57  
 Rez.: Ulrich Brand: Gegenhegemonie (Thilo Scholle) ..... 58  
 Rez.: Urte Sperling et. alt. (Hrsg.): Gesellschaft von Tikal bis irgendwo (Reinhold Runker) .... 59  
 Burkhard Zimmermann: Gedenktafel für Hugo Haase ..... 59

# Die SPD muss ein eigenständiges Profil entwickeln!

## Aber auch die SPD-Linke braucht den Erfolg der Großen Koalition

*Interview mit Andrea Nahles*

spw: Der Karlsruher Parteitag (s. den Bericht von Niels Annen) verlief insgesamt ruhiger und in der Außenwirkung positiver als zunächst von vielen erwartet. Was waren die Gründe dafür?

Andrea Nahles: Nach den Turbulenzen Anfang November hatte sich wohl bei der überwiegenden Zahl der Delegierten die Einsicht durchgesetzt, dass die SPD möglichst geschlossen an die vor uns liegenden Aufgaben herangehen muss. Das hat diejenigen gebremst, die gerne die Situation ausnutzen wollten, um persönliche Rechnungen zu begleichen.

spw: Wie konnte es überhaupt zum Konflikt mit Müntefering so weit kommen, dass er zurück trat?

Nahles: Bei dem Konflikt ging es nur bedingt um Personen. Es ging um die Frage, welche Rolle die Partei in einer großen Koalition spielen soll – eine selbstbewusste, eigenständige Rolle oder eine Rolle sehr eng an der Regierung. Dies war der Grund für die Heftigkeit der Auseinandersetzung. Die 23 Ja-Stimmen in der Vorstandsabstimmung hatten nicht das Ziel, Müntefering zum Rücktritt zu bewegen. Die 23 wollten Müntefering als Parteivorsitzenden und Nahles als Generalsekretärin.

Ich glaube die Wahlergebnisse auf dem Parteitag haben gezeigt, dass die Partei diese Auseinandersetzung letztlich verstanden hat. Die notwendige Geschlossenheit und Kraft ist nur dann zu erreichen, wenn alle Flügel und Gruppierungen angemessen in wichtigen Funktionen vertreten sind.

spw: Der SPD fehlte in den letzten Jahren ein „organisierendes Zentrum“. Die Führungsspitze machte bisher oft den Eindruck, als wolle sie dies durch „Basta-Poli-

tik“ ausgleichen. Kann Platzeck dieses Vakuum füllen?

Nahles: Ob das gelingt, wird sich zeigen. Aber Matthias Platzeck hat mehrfach klar gemacht, dass er einen offeneren Kommunikationsstil will. Dieses Anliegen wird von der Partei-Linken geteilt. Gerade angesichts der vielen offenen Fragen im Koalitionsvertrag werden wir diese neue Offenheit brauchen. So wichtig es ist, zu einer geschlossenen Haltung zu diesen Fragen zu kommen, so unverzichtbar ist es, über die Positionen solidarisch zu streiten und zu entscheiden. Die Linke wird sich in diesen Diskussions- und Entscheidungsprozess offensiv einbringen.

### Generation mit eigenem Projekt

spw: Mit Dir, Niels Annen und Björn Böhning sitzen nun drei ehemalige Juso-Vorsitzende der letzten zehn Jahre als gewählte Mitglieder im Parteivorstand. Hubertus Heil als neuer Generalsekretär ist auch erst 33 Jahre alt. Ist damit der Generationswechsel in der SPD vollzogen?

Nahles: Der Generationenwechsel erschöpft sich nicht in drei oder vier Personen, sondern ist ein Prozess über mehrere Jahre. Der darf nicht nur im Parteivorstand stattfinden. Und es geht nicht darum, Hauptsache jung und im Jahr 1968 noch nicht geboren oder wenigstens noch in den Windeln liegend. Wir brauchen eine gesunde Mischung der verschiedenen Altersklassen. Dabei klar muss sein, dass auch verstärkt junge Leute Verantwortung bekommen. Das ganze hat auch nur dann einen Sinn, wenn damit ein politisches Projekt verbunden ist, das sich auf der Höhe der Zeit befindet und zukunftsfähig ist. Wenn wir dies unter Be-

weis stellen können, werden wir auch keine Schwierigkeiten haben, andere Generationen, seien es ältere, aber auch jüngere mitzunehmen.

spw: Muss neben der programmatischen und personellen Erneuerung auf Bundesebene nicht ebenso eine auf kommunaler wie Landesebene folgen?

Nahles: Das sehe ich genau so. Es ist notwendig, unsere politische Programmatik zu erneuern und neue, jüngere Personen in Verantwortung zu bringen. Aber dies bezieht sich nicht nur auf die Bundesebene, sondern auch auf die kommunale und Landesebene. Hier finden wir allerdings ein sehr unterschiedliches Bild vor. Es gibt Kommunen und Landesverbände in denen der Generationenwechsel weitgehend vollzogen ist. In anderen Gliederungen ist der notwendige Prozess noch nicht einmal begonnen worden.

spw: Was können die Eckpunkte des von Dir geforderten politischen Projektes sein?

Nahles: Inklusion. Wir brauchen eine eigenständige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Das ist nicht gelungen in den letzten Jahren. Demokratie und Europa sind weitere Stichworte. Meiner Meinung nach müssen wir unbedingt die Deutungsmacht der konservativen Think Tanks aufbrechen. Der Demokratie und der SPD willen. Europa ist in einer Belastungsprobe. Viele warten darauf, was wir Sozialdemokraten in Deutschland hier in Bewegung setzen. Die soziale Kluft in den Städten und im ganzen Land wird größer. Durchlässige und ganztägige Bildung sind Priorität, aber auch eine Politik der zweiten und dritten Chance. Sozial, Arbeitsrecht- und Bildungspolitik müssen ineinander greifen. Dazu wäre mehr zu sagen, aber vielleicht ein anderes Mal (lacht).

spw: Die personellen Debatten haben die inhaltliche Auseinandersetzung um den Koalitionsvertrag überlagert. Was sind die inhaltlichen Kritikpunkte der SPD-Linken am Koalitionsvertrag und der Großen Koalition?

Nahles: Angesichts des Wahlergebnisses vom 18. September und der anschließenden politischen Auseinandersetzung um die Bildung einer neuen Regierung ist die große Koalition unvermeidbar. Da sollten wir uns nichts vormachen. Die Option Neuwahlen war ebenso wenig tragfähig wie andere parteipolitische Konstellationen. Deswegen sind wir auch als Linke daran interessiert, dass die große Koalition erfolgreich arbeitet und wir als SPD daraus gestärkt hervorgehen – aber eben mit einem eigenständigen, erkennbaren Profil. Das heißt natürlich nicht, dass wir alles was im Koalitionsvertrag niedergelegt ist, begrüßen. Positiv ist, dass dem Staat wieder eine bedeutendere Rolle zu-

gewiesen wird. Das neoliberale Geschwätz vom notwendigen Rückzug des Staates findet sich nicht im Vertrag wider. Deutliche Schwächen hat der Vertrag aber im wirtschaftspolitischen Teil, problematisch könnten die nicht gelösten Meinungsverschiedenheiten bei den Reformen der sozialen Sicherungssysteme werden. Zudem halte ich die Behandlung der Bildungsfragen im Rahmen der Föderalismusreform für sehr schwer erträglich. Bildung und Innovation sind nicht nur Aufgaben der Länder, sondern bedürfen auch massiver Unterstützung durch den Bund.

### Eigenständiges Profil entwickeln

spw: Steinbrück und andere befürchten einen Linksruck in der SPD und eine Aufgabenteilung, in der die Regierung für die harte Wirklichkeit zuständig sein soll, während die Partei überholte Werte pflegt. Wie stellst Du Dir das Verhältnis zwischen Regierung in der Großen Koalition einerseits und einer auf Eigenständigkeit Wert legende Partei vor? Ist da nicht der nächste Konflikt, der nächste Rücktritt vorprogrammiert?

Nahles: Wer so etwas befürchtet, hat meistens eine neoliberal gedeutete Realität im Kopf und glaubt, soziale Gerechtigkeit sei nicht finanzierbar und letztlich ein Relikt aus vergangenen Jahrhunderten. Matthias Platzeck hat in seiner Rede auf dem Parteitag deutlich gemacht, dass er die SPD als linke Partei definiert. Eine linke Partei nimmt die Realität ernst, versucht aber auch die Realität zu verändern. Die Kopfpauschale in der Krankenversicherung zum Beispiel ist nicht alternativlos. Wir haben das Konzept einer solidarischen Bürgerversicherung dagegen gesetzt. Und auch die Massenarbeitslosigkeit ist nicht alternativlos. Das beweisen Erfahrungen in anderen europäischen Ländern wie etwa in Skandinavien. Eine eigenständige SPD muss für die gesellschaftlichen Probleme realitätstaugliche Konzepte entwickeln und diese in die Koalition und in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einbringen. Das wird nicht konfliktfrei verlaufen, denn die CDU hat in vielen wichtigen Bereichen zum Teil gegensätzliche inhaltliche Vorstellungen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Regierungsmitglieder diese Konzepte vertreten. Und wir müssen als Partei immer wieder deutlich machen, welche politischen Maßnahmen sozialdemokratischen Ursprungs sind, welche Kompromisse wir in der Koalition eingehen mussten und was wir als SPD machen würden, wenn wir allein regieren würden. Da ist viel Vermitteln notwendig, aber auch Selbstbewusstsein.

spw: Du siehst also die Notwendigkeit, dass es eine starke und auch kritische Begleitung der Regierungspolitik auch



Andrea Nahles

durch die Bundestagsfraktion geben wird? Wird damit die Rolle der Parlamentarischen Linken wichtiger?

Nahles: Wir werden nicht die Rolle der Opposition in der Regierung einnehmen können. Die Parlamentarische Linke muss sich darauf konzentrieren, die parlamentarische Umsetzung der skizzierten Rolle der Partei zu befördern. Deshalb ist es selbstverständlich, die Regierungspolitik kritisch aber natürlich auch solidarisch zu begleiten. Wir haben viele Kompetenzen in der Fraktion, die wir nutzen sollten. Außerdem stehen wir auch bei der Parlamentarischen Linken vor einer personellen Veränderung, da zum Beispiel Michael Müller und Gernot Erler in die Regierung wechseln.

spw: Auf welche Themen und Aktivitäten wird sich das Forum DL21 konzentrieren? Welche Rolle wird die Debatte um das neue SPD-Grundsatzprogramm spielen?

Nahles: Das Forum DL 21 wird sicherlich einen Schwerpunkt auf die Programmdebatte legen. Hier geht es uns vor allem darum, die verschiedenen programmatischen Einzelpunkte in eine gemeinsame „politische Erzählung“ einzufügen. Nach dem Ende des „Rheinischen Kapitalismus“ und des „Modells Deutschland“ wird sich dieses gesamtgesellschaftliche Projekt als europäisches Sozialmodell etablieren. Den aktuellen spw-Schwerpunkt sehe ich daher richtig gesetzt: Europäisches Sozialmodell heißt die Ausnutzung nationaler Reformspielräume in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie ihre transnationale Absicherung auf der europäischen Ebene durch die Re-Regulierung der Finanz-

märkte und die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Programmdebatte bietet dabei den Raum, um die programmatische Erneuerung der Partei voranzutreiben. Die Zeitschrift spw kann und wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

Wir wollen aber nicht nur ein Debattierclub sein. Unsere programmatischen Vorstellungen wollen wir mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und konkreter Regierungspolitik verbinden. Wir müssen die Landesebene stärken. Die Vernetzung mit gesellschaftlichen Institutionen wie den Gewerkschaften sowie mit der kritischen Wissenschaft hat eine wesentliche Bedeutung. Darüber hinaus sind wir überzeugt, dass eine moderne Politik auch eine Reform unserer Parteistrukturen beinhalten muss. Auch hierzu werden wir Reformvorschläge über die in Karlsruhe beschlossene Schnuppermitgliedschaft hinaus vorlegen.

spw: Und zum Schluss – was wird künftig Deine politische Rolle sein?

Nahles: Ich werde mich in der Fraktion in den Feldern Arbeits- und Sozialordnung sowie Europapolitik einbringen. Zudem bin ich am 28.11. wieder in das SPD-Präsidium gewählt worden. Und natürlich möchte ich daran mitwirken, die Partei-Linke zu stärken und offensiv in die innerparteilichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen für mehr soziale Gerechtigkeit einzubringen.

spw: Wir wünschen Dir dabei viel Erfolg und bedanken uns für das Gespräch. spw 6 / 2005

# Jetzt wird gefeiert – basta!

## Feierstimmung nach dem SPD-Bundesparteitag in Karlsruhe?

Von Niels Annen

Es ist nicht übertrieben, den Parteitag in Karlsruhe als historischen Einschnitt zu bezeichnen. Nach den Turbulenzen der vergangenen Wochen, haben die Delegierten der SPD nicht nur ein Zeichen der Integration gesetzt, sie haben die Führungsstruktur der SPD für die in diesen Tagen in ihr Amt eingeführte Große Koalition völlig neu bestimmt.

Schon bevor der Große Zapfenstreich der Bundeswehr für Gerhard Schröder „My Way“ intonierte, hat die SPD in ihrer engeren Führung den Wechsel fast vollständig vollzogen. Mit Matthias Platzeck tritt zum ersten Mal ein Ostdeutscher an die Spitze der SPD, eine auch in anderer Hinsicht symbolträchtige Entscheidung: Die Generation der in den späten Sechziger- und frühen Siebziger Jahren sozialisierten Führungstruppe tritt ab.

### Rache in der „Residenz des Rechts?“

Selten war die Stimmung vor einem wichtigen Parteitag so unkalkulierbar wie vor dem Konvent in der „Residenz des Rechts“, wie sich die Stadt im badischen gerne selbst bezeichnet. Viele Beobachter – und sicher nicht wenige Delegierte – erwarteten ein Scherbengericht für die Unterstützer von Andrea Nahles' Kandidatur als Generalsekretärin. Noch Tage zuvor hatte Gerhard Schröder, ganz „his way“, davon gesprochen, dass man innerparteiliche Rebellen in die Knie zwingen müsse.

Davon war in Karlsruhe nichts zu spüren. Im Gegenteil – die Delegierten verabschiedeten zwar am Montag nicht ohne Wehmut und große Gesten Gerhard Schröder als Bundeskanzler, aber schon am nächsten Tag sollte sich zeigen, dass diesem Abschied zugleich der Versuch eines Neubeginns innerparteilicher Diskursfähigkeit innewohnte.

So wurde Andrea Nahles bereits im ersten Wahlgang mit einem guten Ergebnis erneut in den Vorstand gewählt. Die Linke wurde sogar insgesamt bei den Wahlen gestärkt. Im Gegensatz zum letzten regulären Parteitag in Bochum wählten die

etwa 500 Stimmberechtigten diesmal eine große Anzahl von Kandidaten bereits im ersten Wahlgang. Ein gutes Zeichen für die zukünftige Zusammenarbeit.

In einer emotionalen Rede legte Matthias Platzeck den Grundstein für sein hervorragendes Wahlergebnis. Sein Bekenntnis zu einer offenen innerparteilichen Debatte und einem eigenständigen Profil der SPD sind wichtige Signale an die Partei. Das Ergebnis von über 99% ist ein gewaltiger Vorschuss an Vertrauen.

Eine politische Konzeption ist in Karlsruhe aber noch nicht sichtbar geworden, und vielleicht ist es dafür auch noch zu früh. „Streitfrei“ wie Gerhard Schröder bei seinem Abschied scherzte, wird die Arbeit unter dem neuen Vorsitzenden aber sicherlich nicht. Die Frage ist nur, wie die Sozialdemokratie in Zukunft ihre Debatten organisiert.

Matthias Platzeck hat angekündigt, die Arbeit für ein neues Grundsatzprogramm fortzusetzen und den Kampf gegen den Rechtsextremismus zu verstärken. Insbesondere der letzte Punkt ist uneingeschränkt zu begrüßen – gleichwohl bleibt aber festzustellen: Eine Antwort auf die Frage, wie sich die SPD in zentralen strategischen Fragen positioniert, wir haben damit nicht gegeben.

### SPD-Linke bleibt in der Verantwortung!

Es wird daher nicht zuletzt von der gestärkten Linken im Parteivorstand abhängen, die Diskussion über das Programm mit eigenen Beiträgen zu prägen und sicher auch organisatorisch mit abzusichern. Die „Unendliche Geschichte“, die sich inzwischen über den Versuch ein neues Programm auf die Beine zu stellen schreiben lässt, müssen wir zu einem guten Ergebnis führen. Die Debatte muss dabei von und mit der gesamten Partei geführt werden.

Die neue Konstellation mit Franz Müntefering als Vizekanzler, Peter Struck an der Spitze der Fraktion und Matthias Platzeck in der Partei bietet die große Chance auch



Niels Annen

ohne eine Generalsekretärin Andrea Nahles deutlich zu machen, was eine Mehrheit des Parteivorstands mit dieser Kandidatur verbunden hat: Eine eigenständigere Rolle für die Partei als Voraussetzung für den Erfolg der Koalition. Der Parteitag hat hierfür eine gute Grundlage gelegt.

Trotz des unzweifelhaften Erfolgs bleiben einige kritische Anmerkungen. Insgesamt war der Parteitag programmatisch wenig fundiert. Die Parteiführung hat mit dem im Karlsruhe vorgelegten Perspektivvertrag zwar wichtige Impulse gegeben, für eine ausführliche Debatte in den Gliederungen SPD fehlte allerdings die Zeit.

So blieb der Parteitag auf fast allen Ebenen ein zwar harmonischer, aber weitgehend diskussionsfreier Kongress. So lag dem Präsidium z. B. zum Thema Außen- und Sicherheitspolitik nicht eine einzige Wortmeldung vor.

Auch wenn die ungenügende inhaltliche Vorbereitung in erster Linie den vorgezogenen Neuwahlen und den anstrengenden Verhandlungen über eine Große Koalition geschuldet waren, müssen wir aus diesen Erfahrungen dennoch dringend Konsequenzen ziehen und in Zukunft die Debatten besser vorbereiten.

Deutlich wurde dies auch während der Aussprache über die Vorschläge der Beck-Kommission zur Parteireform. Viele Delegierte schienen von den Vorschläge – z.B. die Einführung einer Gastmitgliedschaft – zum ersten Mal gehört zu haben.

Ob von diesem Parteitag wirklich eine neue Offenheit ausgeht, wird nicht allein vom Vorsitzenden oder seinem Generalsekretär abhängen. Die gesamte Partei muss sich auf eine neue Rolle in einer ungeliebten Koalition einstellen. Vorher ging es gemeinsam zum Parteiabend. „Jetzt wird gefeiert – basta!“ hatte der neue Vorsitzende verordnet – dann kann ja nichts mehr schief gehen...

# Sparen, reformieren, investieren?

## Wirtschaftspolitischer Kurswechsel ist auf halber Strecke stecken geblieben

Von Joachim Schuster

Beim ersten Lesen bieten die wirtschaftspolitischen Teile des Koalitionsvertrages erhebliche Verbesserungen gegenüber der wirtschaftspolitischen Praxis der Vergangenheit. Die neuen Koalitionspartner bekennen sich zu einer aktiven Konjunkturpolitik und haben dabei auch die Bedeutung der Investitionstätigkeit im Blick. „Mit gezielten Maßnahmen wollen wir die Konjunktur in Fahrt bringen: Zur Stärkung von Innovationen, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung sowie zur Stärkung des Verbrauchervertrauens werden wir in fünf zentralen Bereichen konkrete Impulse in einem Gesamtvolumen von 25 Mrd. Euro in den kommenden vier Jahren geben.“ (Koalitionsvertrag 10) Damit wird – wenn auch in viel zu geringem Umfang – eine Forderung der politischen Linken nach einem Investitionsprogramm aufgegriffen. Noch vor wenigen Monaten wurde eine derartige Investitionsförderung als ungeeignet zur Konjunkturbelebung zurückgewiesen.

### Der Staat muss handlungsfähig sein

Zugleich wird der enge Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Haushaltskonsolidierung betont. Auch dies ist gegenüber der bisherigen Politik der rot-grünen Regierung ein deutlicher Fortschritt. Konsolidierung wurde bisher faktisch immer nur mit Sparhaushalten gleichgesetzt, deren konjunkturellen Wirkungen keine Beachtung fanden. Dies korrespondiert mit der Bereitschaft, Konsolidierung nicht nur durch Ausgabenbegrenzung sondern auch durch Einnahmeverbesserungen anzustreben. „Wir werden mutig sparen und Subventionen abbauen. Das hat Vorrang. Aber ohne Steuererhöhung ist die für unser Land wichtige Konsolidierung nicht zu schaffen.“ (Koalitionsvertrag 11) Damit wird mit einem Tabu der vergangenen Jahre gebrochen. Steuererhöhungen werden nicht mehr verteufelt, sondern als Handlungsoption angesehen. Es besteht die Chance, die (finanz-)politisch desaströse Absenkung der Steuerquote rückgängig zu machen. Schließlich bekennt sich die Koalition zu einer aktiven Industriepolitik. Der Staat soll sich aktiv an der Förderung von Innovation beteiligen, wobei auch der staatlichen Nachfragepolitik eine wichtige Rolle zugewiesen wird.

In drei zentralen Bereichen der Wirtschaftspolitik sind damit Kurskorrekturen verabredet worden, die ausgehend sowohl von der bisherigen Regierungspolitik als auch der Programmatik der Union sehr bemerkenswert sind. Das Wahlergebnis mit seiner deutlichen Absage an dem „Neo-Liberalismus pur“ hat hier Wirkungen gezeigt. Dennoch besteht nur ein begrenzter Anlass zur Zufriedenheit.

### Bekenntnis zur Deregulierung

Diesen positiven Ansätzen stehen Positionen gegenüber, die einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik entgegenstehen. Dies betrifft zunächst die weltwirtschaftliche Orientierung, „Offene internationale Märkte und freier Handel sind von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung.“ (Koalitionsvertrag 19) Dieses Bekenntnis wird mit Maßnahmen zur weiteren Deregulierung der internationalen Märkte verbunden. Auch die Finanzmärkte sollen nicht re-reguliert werden. Lediglich eine verbesserte Aufsicht ist vorgesehen. Damit bleiben aber die weltwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismen in Kraft, die einen erheblichen Druck in Richtung Steuer- und Sozialdumping ausüben.

Seit langem ist es eine nicht zu leugnende Tatsache, dass die schwache Binnenkonjunktur die Hauptursache für das schwache Wirtschaftswachstum sind. Die nun verabredeten Maßnahmen werden aber eine weitere Schwächung herbeiführen, da insbesondere wieder die Bevölkerungsgruppen zur Kasse gebeten werden, die ihr Einkommen am direktesten in Konsum umsetzen. Einige Beispiele: Die Mehrwertsteuer trifft überproportional die Bezieher geringerer Einkommen. Die Null-Runden bei der Rente und die geplanten Kürzungen bei Hartz IV werden die Kaufkraft gerade der einkommensschwächeren Bevölkerungsteile empfindlich treffen. Alles in allem wird es zu einer Verminderung des privaten Verbrauches führen und die Konjunktur erheblich belasten.

### Das Lohn(neben)kosten-Dogma

Schließlich wird auch ein beliebtes, aber dennoch nicht haltbares neoliberales Dogma gepflegt. Die Lohn(neben)kosten müssen ge-



Joachim Schuster

senkt und stabilisiert werden. Willkürlich wird eine Grenze festgelegt. „CDU, CSU und SPD stellen sicher, dass die Lohnzusatzkosten (Sozialversicherungsbeiträge) dauerhaft unter 40% gesenkt werden.“ (Koalitionsvertrag 21) Damit wird ein Klima geschaffen, bei dem die Durchsetzung konjunkturpolitisch sinnvoller Lohn- und Gehaltserhöhung erschwert wird. Überwiegen nun Licht oder Schatten. Im Vergleich zur rot-grünen Politik konnten wichtige Verbesserungen erreicht werden. Eine beschäftigungspolitisch sinnvolle, wachstumsorientierte makroökonomische Politik – wie sie übrigens in den pauschal als neoliberal verunglimpften Staaten USA und Großbritannien in den letzten Jahren verfolgt wurde – ist nicht herausgekommen. Stattdessen wurde eine rationalere Strategie des nationalen Wettbewerbsstaates eingeschlagen. Denn auch unter dem Gesichtspunkt einer weltwirtschaftlich orientierten Ausrichtung des staatlichen Handelns zur Förderung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit ist eine unkalkulierte Absenkung der Staatsquote und damit eine übermäßige Beschneidung der staatlichen Handlungsfähigkeit nicht sinnvoll. Dies soll in den nächsten Jahren korrigiert werden. Eine nach vorne gerichtete Wachstums- und vor allem Beschäftigungspolitik ist damit jedoch noch nicht verabredet worden.

Mit dem Fall einiger besonders in der Deutschland hochgehaltenen neoliberaler Dogmen über die Rolle des Staates und den Segnungen des Marktes werden aber auch politische Spielräume für politische Alternativen eröffnet. Ende 2006 wird sich gezeigt haben, dass die versprochenen Wirkungen der eingeschlagenen Wachstumspolitik nicht eingetreten sein werden. Denn die konjunkturpolitischen Impulse werden angesichts der verabredeten weiteren Schwächung der Binnennachfrage und der zu erwartenden negativen externen Einflüsse (Zinserhöhungen durch die EZB, Energiepreiserhöhungen, Abschwächung der weltwirtschaftlichen Konjunktur) nicht zum Erfolg im Sinne eines spürbaren Abbaus der Massenarbeitslosigkeit führen. Aber auch in diesem Politikfeld gilt. Der Koalitionsvertrag determiniert nicht die Politik bis zum Jahr 2009. Er nimmt erste Weichenstellungen vor, die im weiteren Verlauf ausgestaltet werden. Und im Vergleich zur letzten Regierung haben sich die Ausgangsbedingungen für eine beschäftigungsorientierte Politik verbessert.

# Die Bürgerversicherung muss kommen!

## Perspektiven der Vereinbarungen zwischen CDU/CSU und SPD zum Bereich Gesundheit und Pflege im Koalitionsvertrag

von Hilde Mattheis

Die Bürgerversicherung in den Bereichen Gesundheit und Pflege war eines der großen Gewinnerthemen der SPD im zurückliegenden Bundestagswahlkampf. Eine Einigung über eine umfassende Finanzreform in diesen Bereichen wurde von den Koalitionspartnern auf das kommende Jahr verschoben. Vor dem Hintergrund einer immer weiter sinkenden Zahl regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und der vereinbarten schrittweisen Rückführung der Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) auf Null ist sie unumgänglich.

Für die SPD kommt es darauf an, auch in einer großen Koalition die Idee einer solidarischen Bürgerversicherung möglichst umfassend umzusetzen und die Privatisierung von Risiken, Leistungsausgrenzungen oder das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags nicht zuzulassen. Es war von vornherein erklärtes Ziel der SPD, keine Vereinbarung mit CDU/CSU zu treffen, die den Weg zu einer Bürgerversicherung in irgendeiner Weise versperrt hätte. Daher kann es durchaus als Chance bewertet werden, dass die Koalitionsvereinbarungen in diesem Punkt so offen sind.

**Gesundheit:** Schritte in die richtige Richtung. Im Koalitionsvertrag werden den Versicherten zumindest vorläufig neue Belastungen erspart. Dies war keineswegs selbstverständlich, wenn man bedenkt, was das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) vor allem für die Versicherten mit sich brachte. Gleichzeitig konnten wichtige Elemente des Konzepts einer Bürgerversicherung umgesetzt werden. Künftig wird niemand mehr seinen Versicherungsschutz verlieren, der in der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung seine Beiträge oder Prämien nicht bezahlen kann. Alle Versicherten, die ihren Versicherungsschutz verloren haben, bekommen ein Rücktrittsrecht in die GKV.

Darüber hinaus ist mit der vereinbarten Reform der Vergütungssysteme ärztlicher Leistungen ein weiterer Schritt in Richtung einer gerechten und solidarischen Bürgerversicherung vollzogen worden. In Zukunft soll damit die Ungleichbehandlung gesetzlich Krankversicherter

gegenüber Mitgliedern der privaten Krankenversicherung aufgehoben werden.

Die ersten beschlossenen Einzelmaßnahmen

- Verbot von Naturalrabatten an Apotheken,
- Absenken der Generikapreise um 5 Prozent,
- Einfrieren der Arzneimittelpreise für 2 Jahre sind richtige Schritte, kurzfristig die Finanzprobleme der Krankenkassen in den Griff zu bekommen. Darüber hinaus sollen zukünftig Ärzte wieder stärker für die Verordnung von Arzneimitteln verantwortlich gemacht werden. Weitere zentrale Beschlüsse des Koalitionsvertrages, die auf Initiative und mit Zustimmung der SPD vereinbart wurden, sind unter anderem
  - Flexiblere Arbeitsformen für Ärztinnen und Ärzte, um dem drohenden Ärztemangel zu begegnen;
  - Verbesserung der Versorgung sterbenskranker Menschen (bessere palliativmedizinische Versorgung, Stärkung der Hospizarbeit);
  - Verlängerung der Finanzierung im Bereich der integrierten Versorgung bis zum 1. Januar 2008;
  - ein einheitlicher Rahmen für alle Disease-Management-Programme und damit eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands und Verbesserung der Versorgung multimorbider Patienten/innen;
  - ein Präventionsgesetz, das die Vorsorge zu einer eigenständigen Säule im Gesundheitswesens macht;
  - Stärkung der Rehabilitation;
  - mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen: Kassenartübergreifende Fusionen dürfen stattfinden, Verkrustungen in der Selbstverwaltung werden aufgebrochen;
  - der künftige Risikostrukturausgleich soll weiter entwickelt werden und Morbiditäten zielgenauer berücksichtigen.

### **Pflege: Wichtige Schritte zu einer Bürgerversicherung**

Auch im Bereich der Pflegeversicherung hat die SPD im Bundestagswahlkampf für das Konzept einer solidarischen Bürgerversiche-



Hilde Mattheis

rung geworben. Immerhin ist es in den bisherigen Verhandlungen gelungen, die Beteiligung der privaten Pflegeversicherung an der Solidarlast der öffentlichen Systeme durchzusetzen. Dies war notwendig, um die ungerechte Risikoverteilung auszugleichen, die trotz des einheitlichen Leistungsumfanges zwischen der sozialen und der privaten Pflegeversicherung bestanden. Außerdem kann nur so eine Dynamisierung der Pflegeleistungen und eine Verbesserung der Versorgung Demenzkranker finanziert werden. Die SPD hat dafür gesorgt, dass künftig Präventions- und Rehabilitationsleistungen von den Krankenkassen organisiert und finanziert werden müssen. Dafür bleibt die Finanzierung der Behandlungspflege eine Verpflichtung der Pflegeversicherung.

Abgesehen von der Finanzierung durch das Einführen einer Bürgerversicherung Pflege, ist es uns insgesamt gelungen, wichtige sozialdemokratische Forderungen im Koalitionsvertrag zu verankern.

### **Teilerfolge und Verpflichtung für die Zukunft**

Sowohl im Bereich Gesundheit als auch im Bereich der Pflegeversicherung ist es der SPD gelungen, wichtige Forderungen in den Verhandlungen mit der CDU/CSU durchzusetzen. Auch unter den Bedingungen der großen Koalition muss die SPD garantieren, dass unser Gesundheits- und Pflegewesen solidarisch organisiert und finanziert wird. Wir haben einige Teilerfolge erzielt, indem wir konkrete Maßnahmen vereinbaren konnten, die in Richtung einer solidarischen Bürgerversicherung gehen.

Wir brauchen auch in Zukunft ein paritätisch finanziertes Gesundheitssystem und eine paritätisch finanzierte Pflegeversicherung. Eine Privatisierung der Lebensrisiken in den Bereichen Gesundheit und Pflege darf es nicht geben. Für die SPD bleibt die Verpflichtung, die notwendigen Reformen immer am Ziel sozialer Gerechtigkeit zu messen. Wir brauchen eine starke sozialdemokratische Partei, die die eigenen Vorstellungen und Ziele auch gegenüber der Bundesregierung nachdrücklich und verantwortungsvoll vertritt.

# Mehr Chancen, mehr Lebensqualität

Von Christel Riemann-Hanewinckel

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 setzt in der Familienpolitik einen deutlichen Schwerpunkt und schreibt damit den Paradigmenwechsel in diesem Politikfeld fort. Familien brauchen neben finanziellen Leistungen eine verlässliche Infrastruktur. Viele Mütter und Väter wollen rasch wieder arbeiten gehen. Sie wollen ein gutes Gefühl haben, wenn sie ihre Kinder morgens in eine Kindertagesstätte bringen, die ihr Kind fördert und betreut und gleichzeitig flexible Öffnungszeiten hat. Im Mittelpunkt des Vertrags stehen daher der weitere Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und die Einführung des Elterngeldes. Mehr Chancen für Kinder und Familien Für die Kinder heißt das: Frühe Förderung – die Herkunft und Nationalität eines Kindes sollen nicht länger über seine Chancen in Schule und Beruf entscheiden. Deshalb führen wir den mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG) begonnenen quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung und das Investitionsprogramm des Bundes für mehr und bessere Ganztagschulen fort. Mütter und Väter können Familie und Beruf besser vereinbaren.

Das bisherige Erziehungsgeld wird ab 2007 in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld umgewandelt. Gezahlt werden zwei Drittel des vorherigen, pauschalierten Nettoeinkommens – maximal 1800 Euro pro Monat. Zusammen mit den besseren Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige ermöglicht dies insbesondere allein Erziehenden, selbst für sich und ihre Familien zu sorgen.

Damit es auch für Väter attraktiver wird, sind zwei der zwölf Monate für sie reserviert. Dies ist erst ein kleiner Schritt hin zum Ziel, die zwar schon gesteigerte, aber immer noch magere Quote von ca. 5 Prozent der Väter in Elternzeit zu erhöhen. Aber für Männer, die in der Realität immer noch mehr Geld verdienen sind und Angst vor dem „Karriereknick“ haben, sind diese

zwei Monate eine wichtige Erfahrung – für sie selbst und ihre Kinder – und ein nicht zu unterschätzendes Argument in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber.

## Gender Mainstreaming als Handlungsstrategie

Der gleichstellungspolitische Absatz trägt deutliche sozialdemokratische Züge. Das war auch notwendig, da auf der Ministerbene keine paritätische Besetzung von Frauen und Männern zu erreichen war. Deshalb ist es gut, dass in § 2 der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung Gender Mainstreaming als Strategie des Handelns festgeschrieben ist. Außerdem wird die neue Bundesregierung einen regelmäßigen Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern abgeben. Daneben ist die Steigerung der Frauenerwerbsquote in sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse als Ziel definiert. Aus meiner Sicht der wichtigste Punkt ist, dass in Zukunft „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ gezahlt werden soll. Für notwendig halte ich auch die Prüfung der Auswirkungen der „Hartz-Gesetze“ speziell für Frauen und eine eventuelle Korrektur.

## Selbstbestimmt Leben

Bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist – neben der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Fortschreibung des Aktionsplans und der Evaluation des Gewaltschutzgesetzes – die Einführung einer bundesweiten Notrufnummer für Frauen erforderlich.

Unter der großen Überschrift „Sicherheit für die Bürger“ ist unter den Begriffen „Selbstbestimmung“ und „Toleranz“ die Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien festgehalten. Der Koalitionsvertrag lässt die Art und Weise der Umsetzung offen. Wenn die Stichworte in den Überschriften ernst gemeint sind, ist es notwendig, dass es für alle Antidiskriminierungsmerkmale eine Umsetzung auf arbeits-, zivil- und sozialrechtlicher Ebene



geben muss. Unbedingt erforderlich ist eine entsprechend qualifizierte und vor allem personell ausgestattete Stelle.

Im Blick auf die Weiterführung des Reformprojektes, schwule und lesbische Lebenspartnerschaften rechtlich gleichzustellen, ist im Koalitionsvertrag kein Satz zu finden. Ich hoffe sehr, dass es noch in dieser Legislaturperiode Möglichkeiten gibt, an diesem Projekt weiter zu arbeiten. Für Jugendliche ist wichtig, dass der Vertrag ihre bessere Beteiligung in die Politik zum Ziel hat, ebenso die Bekämpfung von Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Der Koalitionsvertrag nimmt auch die Projekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auf. Die Kooperationen zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Medien, Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Jugendverbänden etc. ist ein notwendiger, weiterer Schritt. Wünschenswert ist die Fortführung des Bundesprogramms, das in den letzten Jahren erfolgreich Initiativen vor Ort zur politischen Bildung und zum Opferschutz gefördert hat.

Das zum 1. Oktober diesen Jahres in Kraft getretene Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) hat Bestand, die geänderten Bestimmungen werden erst nach 2006 evaluiert. Dies hat den Vorteil, dass die Verwaltungsvereinfachungen und verbesserten Standards erst einmal Wirkung zeigen können. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz muss in der Kompetenz des Bundes bleiben.

Das gleiche gilt für das Heimrecht. Die im Vertrag angesprochene Novellierung des Heimgesetzes ist in allen Punkten zu begrüßen, vor allem was die Förderung alternativer, innovativer Wohnformen für alte Menschen angeht. Die Modellprojekte des Bundesseniorenministeriums haben gezeigt, dass ambulante Wohngemeinschaften für ältere Menschen sehr attraktiv sind, ihren Interessen und Aktivitäten entgegenkommen und für sie Sicherheit und Vertrautheit bedeuten.

s pw 6/2005

# Ein lähmender Kompromiss

## Die Föderalismusreform wird die Forschung behindern und die Bildungschancen in Deutschland weiter verschlechtern

Von Edelgard Bulmahn

Manchen Kommentatoren gilt sie als Beweis, dass die deutsche Politik noch zu grundlegenden Veränderungen fähig ist: die Föderalismusreform. Sie sieht vor, dass die Beziehungen zwischen Bund und Ländern komplett neu geordnet werden. Jahrelang hatte es einen zermürbenden Streit darüber gegeben. Jetzt einigten sich die Koalitionäre nach relativ kurzer Verhandlungszeit. Klare Zuständigkeiten gebe es jetzt, heißt es. Schluss sei mit dem komplizierten Hin und Her zwischen der Bundesregierung und den Landesfürsten von München bis Kiel. Nun werde es weniger Bürokratie geben.

Klare Zuständigkeiten und ein eindeutig erkennbarer Kurs – das ist auch in der Bildungs- und Forschungspolitik wünschenswert. Doch die jetzt ausgehandelte Reform des Föderalismus wird das genaue Gegenteil davon bewirken. Weil sich der Bund fast vollständig aus der Bildungspolitik zurückzieht, wird die Schul- und Hochschullandschaft immer mehr einem Flickenteppich gleichen. Dramatisch sind auch die Folgen für die Forschungspolitik: Dort sind erhebliche Zeitverzögerungen bei der Verhandlung von Forschungsprogrammen zu erwarten, weil sich der Bund mit den Ländern bei allen Projekten einigen muss.

Hintergrund dafür ist die geplante Neufassung des Grundgesetzartikels 91b. Diese sieht vor, dass die Projektförderung des Bundes nicht mehr verfassungsrechtlich abgesichert sein soll. Was abstrakt klingt, bringt die Forschung praktisch zum Erliegen. Neue Projekte müssten zuvor mit allen 16 Ländern abgestimmt werden – ob in der Energie- oder Medizinforschung, der Bio- oder der Nanotechnologie. Nach aller Erfahrung können solche Verhandlungen zwei Jahre dauern. Schließlich will jedes Land seine eigenen Interessen einbringen.

Die Folgen für den Forschungsstandort Deutschland liegen auf der Hand: Während hier zu Lande noch über aufreibende

Fördermodalitäten gestritten wird, präsentieren andere Staaten längst ihre Forschungsergebnisse. Ich bin mir sicher, dass derlei sinnlose Verfahren im Ausland nur Kopfschütteln hervorrufen oder klammheimliche Schadenfreude darüber, dass man deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler so einfach abhängen konnte.

Dieses Problem ließe sich noch recht einfach durch das Einfügen eines einzigen Satzes lösen. Dieser müsste eindeutig klarstellen, dass die Förderung der wissenschaftlichen Forschung nach Artikel 74 davon unberührt bleibt – also eigentlich eine Kleinigkeit. Ich setze da auf die Vernunft aller Beteiligten.

Weit mehr als einen Satz bräuchte es, um bei der Bildung noch zu retten, was zu retten ist. Die deutsche Schullandschaft ist schon heute von extremer Ungleichheit geprägt. Das haben uns nicht zuletzt die jüngsten Ergebnisse der Pisa-Studie noch einmal deutlich vor Augen geführt. Schon heute ist die Schulpolitik alleinige Sache der Länder, und das ist auch in Ordnung so. Die gemeinsame Bildungsplanung zwischen Bund und Ländern, wenn es zum Beispiel um eine bessere Berufsvorbereitung geht, wird es aber nicht mehr geben. Eine Unterstützung des Bundes wie das 4 Mrd. Euro schwere Ganztagschulprogramm ist ab jetzt Geschichte.

Noch dramatischer ist die Lage bei der Hochschulpolitik. Was an Gestaltungsmöglichkeit bleibt, ist kaum der Rede wert: Zugang und Abschlüsse fallen noch in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums. Doch selbst das ist Makulatur. Denn jedes Land hat das Recht, von der Bundesregelung abzuweichen. Alles andere regeln die Länder künftig vollständig selbst. Das bedeutet auch, dass die Bundesregierung keine eigenen Programme zur Förderung der Universitäten mehr finanzieren darf. Der Bund kann vielleicht noch Finanzzuweisungen durchführen –



Edelgard Bulmahn

mehr nicht. Angesichts der drastisch steigenden Studentenzahlen, der Herausforderungen für die Hochschulen und der klammen Länderhaushalte ist das zu wenig. Verlierer werden ganz klar die jungen Menschen und die finanzschwachen Länder sein.

Die Kultusministerkonferenz hat vor wenigen Wochen eine Prognose veröffentlicht, wonach die Zahl der Studienberechtigten von 370 000 im Jahr 2003 auf voraussichtlich 446 000 im Jahr 2011 ansteigen wird. Die Länder müssten jetzt also unverzüglich mehr Studienplätze schaffen. Schon jetzt wälzen wir unsere Probleme auf die Nachbarstaaten ab. Prominentestes Beispiel dafür ist Österreich. Dort liegt der Anteil deutscher Studierender in manchen Fächern mit Numerus clausus inzwischen bei 40 Prozent. Das zeigt deutlich, dass die Länder allein ihrer Verantwortung nicht nachkommen können.

Die Hochschulrektorenkonferenz hat vor dem Hintergrund dieser Besorgnis erregenden Entwicklung vor wenigen Tagen ein staatliches Sonderprogramm angemahnt. Der klare Appell: „Was wir brauchen, ist ein Konsens und eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern, um einen Bildungskollaps zu verhindern.“

Die Föderalismusreform ist grundsätzlich richtig und für unser Land notwendig. Um wichtige und vereinbarte Vorhaben der großen Koalition auf den Weg zu bringen, bedarf es im weiteren Verfahren noch sorgfältiger Prüfung. Das ist wichtig, um optimale Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung zu erreichen.

Wenn wir keine Kleinstaaterei wollen, kein Gegen-, sondern ein konstruktives Miteinander, dann müssen Bund und Länder weiterhin gemeinsam Verantwortung tragen.

# Eine große Koalition gegen den Sozialstaat?

Verlierer der Großen Koalition sind die „Kleinen Leute“

Von Christoph Butterwegge

Die am 11. November abgeschlossene Koalitionsvereinbarung ist von Buchhaltermentalität gekennzeichnet. Jedes Signal für einen Neuanfang, visionäre Konzepte und Alternativen zur bisherigen Regierungspolitik fehlen. Optimismus und Aufbruchsstimmung, die nötig wären, um eine „Wende zum Besseren“ einzuleiten, lassen sich so kaum erzeugen.

Die beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent ist Gift für die Binnenkonjunktur, gerade für Familien und Geringverdiener, die einen Großteil ihres Einkommens in den Konsum stecken. Deshalb trifft sie die Mehrwertsteuer stärker als Besserverdienende (ohne Kinder). Dagegen bildet die „Reichensteuer“ nur eine Beruhigungsschleife für die SPD-Basis mit eher symbolischem Wert. Nur wenige werden von ihr betroffen sein, ihr Einnahmeanteil wird gering ausfallen.

Das künftig an die Stelle des Erziehungsgeldes tretende, ein Jahr lang gezahlte und bei 1.800 EUR pro Monat gedeckelte Elterngeld in Höhe von 67 Prozent des Nettolohns bzw. -gehalts wird vor allem hoch qualifizierte, gut verdienende Frauen motivieren, (mehr) Kinder zu bekommen und schnell wieder in den Beruf zurückzukehren. Arbeitslose und Geringverdiener/innen haben im Vergleich mit heute keine Vorteile.

Auch die Altersarmut wird längerfristig eher zunehmen, wofür der geplante „Nachholfaktor“ und höhere Abschläge durch Anhebung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre sorgen dürften. „Nullrunden“ für Rentner/innen sind mit Sicherheit kein Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“: Erstens treffen sie nicht in erster Linie jetzige Rentner/innen, sondern Jahrgänge, die gegenwärtig noch oder noch nicht erwerbstätig sind. Zweitens haben sie negative Folgen bezüglich des gesellschaftlichen Engagements und familialer Unterstützungsleistungen der Betroffenen, worunter Kinder und Enkel leiden würden. Auch verschlechtert die Erhöhung des Rentenzu-

gangsalters die Arbeitsmarktchancen *kommerender* Generationen. Gerade wer in den Ruf nach „Generationengerechtigkeit“ einstimmt, müsste darum bemüht sein, dass auch Heranwachsende noch einen hoch entwickelten Wohlfahrtsstaat und das bisherige Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt es weiter zu verringern.

Seit über 30 Jahren, als die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt damit begann, verabreicht jede Regierung dem Land im Grunde dieselbe Medizin: Entlastung des Kapitals und Entfesselung der Marktkräfte. Da sie nie wirkte, erhöhte man regelmäßig die Dosierung, ohne zu erkennen, dass in Wirklichkeit die Medizin die Krankheit ist. So folgt die neue Regierung der alten Philosophie, dass die Arbeitslosigkeit sinke, wenn man mit den Beiträgen (der Arbeitgeber) zur Sozialversicherung die Lohnnebenkosten drückt. Es komme aber gar nicht auf deren Höhe, vielmehr auf die Höhe der Lohnstückkosten an, welche in der Bundesrepublik wegen einer überproportional wachsenden Arbeitsproduktivität seit Jahren weniger stark stiegen als in den mit ihr auf dem Weltmarkt konkurrierenden Ländern. Dies hat 2004 zu dem öffentlich kaum beachteten Rekordexportüberschuss in Höhe von 156,7 Mrd. EUR geführt, der in diesem Jahr trotz Dollarschwäche und hohem Mineralölpreis noch übertroffen wird. Nicht zufällig ist Deutschland – bezogen auf die Leistungsfähigkeit pro Erwerbstätigem oder pro Kopf der Bevölkerung – mit riesigem Abstand „Exportweltmeister“. Wer die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland auf gestiegene Personalausatzkosten zurückführt, verwechselt Ursache und Wirkung: Die steigende Erwerbslosigkeit ist für hohe Lohnnebenkosten verantwortlich, nicht umgekehrt.

Die geplanten „Korrekturen“ an Hartz IV, mit denen 3,8 Mrd. EUR eingespart werden sollen, kann man trotz Anhebung des Arbeitslosengeldes II in Ostdeutschland an seine Höhe in Westdeutschland als „Hartz V“ be-



Christoph Butterwegge

zeichnen, stellen sie doch eine Fortsetzung und Verschärfung des Drucks auf (Langzeit-)Arbeitslose dar. Heranwachsende und junge Erwachsene unter 25 Jahren wieder in der Abhängigkeit von ihren Eltern zu belassen und ihnen per Mittelentzug die Möglichkeit der Gründung eines eigenen Hausstandes zu nehmen, ist einer so reichen und hoch individualisierten Gesellschaft unwürdig. Das oft beschworene Problem der sinkenden Geburtenrate wird damit nicht gelöst, sondern eher verschärft.

Bereits heute leben 1,7 Millionen Kindern auf Sozialhilfeniveau, Tendenz steigend. Die neue Bundesregierung aber macht den Kindern von Millionären und Multimillionären weitere Steuergeschenke. Wer ein Unternehmen erbt und es 10 Jahre lang nicht veräußert, wird laut Koalitionsvertrag von der Erbschaftsteuer befreit. Dies ist ein Armutszeugnis der Regierungspolitik, das angesichts der Belastung von Geringverdienern einer Bankrotterklärung des Sozialstaates gleicht. Die negativen Auswirkungen von Sparmaßnahmen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich versperren künftigen Generationen die Zukunftsaussichten. Hierzu zählt auch die Beschneidung der Bundeskompetenzen im Bildungsbereich, weil die Föderalismusreform mit dem „Wettbewerbsföderalismus“ einer desaströsen Konkurrenz zwischen den Bundesländern nunmehr Tür und Tor öffnet, was den (Hoch-)Schülern in finanzschwachen Ländern besonders schadet, können die guten Lehrkräfte doch leichter abgeworben werden.

Gebildet wurde eine große Koalition gegen den Sozialstaat, der nicht nur für Massenarbeitslosigkeit verantwortlich, sondern auch zum Sündenbock einer verfehlten Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik der etablierten Parteien gemacht wird. Weniger Sozialstaat bedeutet aber nicht mehr Freiheit, sondern größere Ungleichheit, mehr soziale Ungerechtigkeit und wachsende Unzufriedenheit. Wohin eine Politik der Spaltung in Gewinner und Verlierer zusammen mit sozialräumlicher Segregation führt, zeigt der nächtliche Aufruhr in den französischen Trabantenstädten.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine aktuelle Buchveröffentlichung: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden 2005

# Verantwortung wahrnehmen und Politik gestalten

Von Klaus-Uwe Benneter

Weder SPD noch CDU oder CSU haben den hinter uns liegenden Wahlkampf mit der Perspektive auf eine große Koalition geführt. Die Wählerinnen und Wähler haben so entschieden. Aus Respekt vor dieser Entscheidung und wegen ihrer Verpflichtung gegenüber dem Land und seinen Problemen haben die drei Parteien eine Koalition gebildet. Andere potenzielle Partner haben sich schon Sondierungsgesprächen verschlossen. Eine Minderheitsregierung oder Neuwahlen waren und sind keine Alternativen, die Probleme zu lösen.

## Wir stehen zur gemeinsamen Verantwortung

Die große Koalition sieht sich als eine Koalition der gemeinsamen Verantwortung. Wir haben ein Regierungsprogramm für Deutschland erarbeitet, das die Chance birgt, den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden: Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, demographischer Wandel stehen im Zentrum. Die Auseinandersetzung mit den globalen Entwicklungen verlangt ein gemeinsames Vorgehen und enorme Anstrengungen. CDU, CSU und SPD stellen sich diesen Aufgaben und wollen gemeinsam das Land voranbringen. Die unsäglichen Blockaden sind, vorerst jedenfalls, Vergangenheit. Die Koalitionäre müssen wieder das Vertrauen der Menschen in die Politik und in die Zukunft unseres Landes gewinnen. Sonst werden die Ränder gestärkt und die demokratische Entwicklung gefährdet. Die große Koalition wird erfolgreich sein, weil sie erfolgreich sein muss.

Wir haben in unserem Wahlmanifest drei Ziele vorgegeben, die jetzt auch im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen:

1. Eine starke Wirtschaft,
2. ein handlungsfähiger und
3. sozialer Staat und eine menschliche Gesellschaft.

Deshalb gilt es, Wachstum und Beschäftigung zu fördern, Innovation und Investitionen zu verstärken und dabei im Blick zu haben, dass Familienförderung und Bildungsanstrengungen im jeweils umfassenden Sinne die entscheidenden Felder für unsere Zukunftsperspektiven sind. Der Anteil für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt wird bis 2010 auf 3% gesteigert. Zur Belebung der Wirtschaft setzen wir schon 2006 kräftige Wachstumsimpulse unter anderem durch Förderung von Handwerkerleistungen und sonstige Dienstleistungen im Privatbereich, durch die Förderung energetischer Sanierungsarbeiten und die Anhebung der Verkehrsinvestitionen. Ein Konjunkturprogramm, das nicht so heißt, das aber in einer Größenordnung von 25 Milliarden Euro seine belebende Wirkung entfalten soll.

## Soziale Gerechtigkeit bleibt unser Kompass

Wir haben strukturelle Reformen mit Augenmaß versprochen, weil der soziale Zusammenhalt eine Triebfeder unserer ökonomischen Erfolge ist. Nur im Rahmen einer großen Koalition ist eine Sondersteuer für Spitzenverdiener durchzusetzen und von uns durchgesetzt worden. Wir haben erreicht, dass ALG II Ost auf Westniveau angehoben wird. Die Tarifautonomie bleibt bestehen und die Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen bleibt erhalten. Die Anhebung des Schwellenwertes beim Kündigungsschutz auf 20 haben wir verhindert, weil wir wissen, dass ein solcher Schritt kein Wachstum und keine Beschäftigung gebracht hätte. Ob die weiter vereinbarten Modifizierungen beim Kündigungsschutz Erfolge für Wachstum und Beschäftigung bringen können, wird im Lichte der neuesten europäischen Rechtsprechung zu klären sein.

Neben einer ganzen Palette von Maßnahmen werden wir das Elterngeld als sinnvolle Perspektive zur Förderung der Ver-



Klaus-Uwe Benneter

einbarkeit von Familie und Beruf und zur Kinderförderung einführen. Damit erhalten künftige Generationen bessere Perspektiven. Weil wir weg müssen vom Öl, bleibt der Ausbau der erneuerbaren Energien ein wichtiges Element unserer Klimaschutz- und Energiepolitik. Es wird mit uns keinen Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomkraft geben, weil wir nur so weiterhin führend bei Innovationen zum effektivsten Einsatz unserer Energieresourcen bleiben.

Die große Koalition reformiert die föderalen Strukturen unseres Staates, damit die politischen Entscheidungen transparenter und damit demokratischer werden. Die Verantwortungsebenen sind dann wieder klarer zuzuordnen. Der Bundesrat hat weit weniger Möglichkeiten zur Blockade wichtiger Bundestagsentscheidungen als bisher.

## Die programmatischen Gegensätze bleiben erhalten

Die eigenständigen Ansätze der Parteien bleiben erhalten und müssen getrennt und selbstständig weiter entwickelt werden. Die programmatischen Gegensätze zwischen den Koalitionspartnern sind nicht nivelliert worden. Deshalb waren Kompromisse nötig, und zwar Kompromisse nicht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern ausgerichtet auf die notwendigen, sich objektiv stellenden Problemlösungen. Die große Koalition ist eine Parteienkonstellation, die wegen ihrer breiten parlamentarischen Mehrheit im Bundestag und wegen ihres großen Einflusses auf die Entscheidungen im Bundesrat eine große Chance für Deutschlands Perspektiven bietet. Wenn die große Koalition scheitert, scheitert ein großes Stück Politikfähigkeit in unserem Land. Weil sich alle Beteiligten dessen bewusst sind, wird die große Koalition erfolgreich sein.

# „Mindestlöhne – ein Instrument gegen Niedriglöhne?“

Tagung „Mindestlöhne – ein Instrument gegen Niedriglöhne?“ in Rostock

Von Toralf Pusch

Genau einen Tag nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags nutzte der Verein PROMS Nord am 12. November die Gelegenheit, das Thema Mindestlohn mit Vertretern von Gewerkschaften und Politik aktuell zu diskutieren. Einen wissenschaftlichen Überblick über das Thema gab Thorsten Schulten (WSI der Hans-Böckler-Stiftung). Für die Gewerkschaften sprachen Jörg Most (NGG Leipzig-Halle-Dessau) sowie Jürgen Riemer (IG B.A.U. Mecklenburg). Stellvertretend für den politischen Bereich war Klaus Mohr (Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion M-V) anwesend.

Die soziale Bedeutung gesetzlicher Mindestlöhne knüpft an die normativen Vorstellungen von einer gerechten Entlohnung an. Formulierungen hierzu findet man z.B. in der Europäischen Sozialcharta, aber auch in einigen deutschen Landesverfassungen. Mit Mindestlöhnen soll eine geringere Einkommensungleichheit erreicht werden. So richten sich Mindestlöhne auch gegen die weitere Ausbreitung von Niedriglohnsektoren. Deswegen stehen Mindestlöhne im Gegensatz zur Auffassung der Bestimmung von Löhnen nach den Prinzipien von Angebot und Nachfrage. Zentrale Kritikpunkte an dieser so genannten „neoklassischen“ Sichtweise sind ihre vereinfachte Sichtweise des Arbeitsmarktes und die Vernachlässigung von Nachfrage- und Preisdynamiken (Löhne stellen nicht nur Kosten dar und wirken andererseits auf die Preise).

In der Europäischen Union gibt es bereits in vielen Ländern Mindestlöhne. In der jüngeren Geschichte war beispielsweise die Einführung der gesetzlichen Mindestlöhne in GB sehr eindrucksvoll. Dort fand im Zeitraum von 1999 bis 2004 eine Erhöhung der Mindestlöhne um 35% statt, während die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum um 1,5% sank. Länder ohne gesetzliche Mindestlöhne verfügen meist über funktionale Äquivalente. Ein Beispiel sind die skandinavischen Länder mit einem gut funktionierenden Tarifsystem, das durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitslosen-

kassen gestützt wird. In Deutschland hingegen fehlt dieses funktionale Äquivalent. Mittlerweile gibt es deutschlandweit in 130 Tarifbereichen eine Entlohnung von weniger als 6 Euro die Stunde.

Wie die Probleme dabei konkret aussehen, wurde von Jörg Most (NGG Halle-Leipzig) am Beispiel der Branche Nahrung-Genuss-Gaststätten gezeigt. Ist die Situation des abnehmenden Geltungsbereichs von Tarifverträgen schon in Gesamtdeutschland ein Problem, so stellt es sich für diese Branche noch einmal verschärft dar. In Sachsen-Anhalt lässt sich dies am Zerfall/Bedeutungsverlust der Arbeitgeberverbände zeigen. Es gibt immer mehr so genannte „OT-Mitgliedschaften“, bei denen der Arbeitgeberverband seinen Mitgliedern die Möglichkeit einer Mitgliedschaft ohne Tarifbindung einräumt. Ohne eine Liste der Betriebe kann die Gewerkschaft NGG dagegen nicht vorgehen.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer in der Branche Nahrung-Genuss-Gaststätten wird von einigen Trends sehr erschwert. Zu nennen ist im Bäckereibereich die Filialisierung, die zu einer starken Ausbreitung der Teilzeitarbeit geführt hat. In der Lebensmittelindustrie gibt es einen von den Billigdiscontern angetriebenen ruinösen Wettbewerb, der die Form von Schmutzkonzurrenz angenommen hat. Dort würde der hohe Abstand der Entlohnungen mit und ohne Tarif zum immer größeren Problem in den Tarif-Verhandlungen. Dieser Abstand könnte mit der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne verringert werden. Mindestlöhne könnten so zu einer Stabilisierung und Stärkung des Tarifsystems beitragen. An dieser Stelle wurde deutlich, dass Mindestlöhne aus Sicht der Gewerkschaften aber nur eine zweitbeste Lösung sein können. Das eigentliche Ziel muss eine Stärkung des tarifpolitischen Gestaltungsspielraums sein (=beste Lösung).

Thorsten Schulten plädierte vor diesem Hintergrund für ein allgemein nicht zu unterschreitendes Lohnniveau (Gesetzlicher Mindestlohn). Um aber den z.B. bei der IG Metall



Toralf Pusch

vorhandenen Befürchtungen einer Schwächung der Tarifautonomie zu begegnen, sollte als zweites Instrument eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen für die Branchen eingeführt werden, in denen die Lage nicht so angespannt ist. Mögliche Bestimmungsgrößen für den gesetzlichen Mindestlohn wären z.B. die international akzeptierte Armutslohngrenze (50% des Durchschnittslohns). Dies würde in etwa dem von der NGG geforderten Mindestlohn von 1.500 • pro Monat entsprechen. Eine Alternative wäre die Zugrundelegung der gesetzlichen Pfändungsfreigrenze, die auf eine Bruttostundenlohn von 8,20 • hinauslaufen würde. Ver.di und NGG haben sich inzwischen darauf geeinigt, zunächst einen Stundenlohn von 7,50 • anzustreben.

In der Diskussion wurde angemahnt, die Frage der Mindestlöhne nicht voraussetzungslos zu diskutieren. Viele politische Entscheidungen der Vergangenheit hätten zu der heutigen, nicht eben günstigen Lage des Tarifsystems geführt. Im Land Mecklenburg-Vorpommern z.B. sei dabei das per Prüfauftrag verhinderte Tariftrueugesetz zu nennen. In diesem Zusammenhang wurde über zwei sehr interessante Initiativen der Thüringischen SPD- und PDS-Fraktion berichtet, die in ihren unabhängig voneinander entstandenen Gesetzentwürfen eine Kopplung von Tariftrueu- und Mindestlohnregelung vorsehen.

Schließlich wurde im Zusammenhang mit dem gerade unterzeichneten Koalitionsvertrag noch die Frage der in Zeiten der großen Koalition zu verfolgenden Strategie aufgeworfen, damit aus dem Prüfauftrag kein „Be-gräbnis 1. Klasse“ (Ottmar Schreiner) wird. Um die Debatte wieder voran zu bringen, könnte ein erster Schritt in der Etablierung eines Lohndumping-Berichts der Bundesregierung sein (Thorsten Schulten), wie es im letzten Jahr vom Bundesrat als Reaktion auf die damals noch von Rot-grün angestrebte Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendesetzes gefordert wurde. spw 6/2005

# Zukunft des „europäischen Sozialmodells“

## Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Thorben Albrecht und Kai Burmeister

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sind am 27. Oktober in Hampton Court zusammengekommen, um über die Zukunft Europas zu beraten. Bei dem alten Tudor Schloss handelt es sich um einen historischen Ort an dem der britische König Heinrich VIII. mehrere Ehefrauen umbringen ließ, um für neue Platz zu schaffen. Und auch diesmal gab es Gerüchte, dass der Gastgeber das alte Wirtschafts- und Sozialmodell des Kontinents in Jenseits befördern wolle, da in Zeiten der Globalisierung neue Bräute vielleicht nicht schöner seien, aber seiner Meinung nach zu mehr Wohlstand und Macht verhelfen würden.

Die Meinungen darüber, welche die beste neue Braut sei, gingen allerdings weit auseinander. Zu unterschiedlich sind die Vorstellungen der Regierungen der 25 Staaten darüber, was unter der „Erneuerung“ des europäischen Sozialmodells verstanden werden soll: Das Spektrum reicht von der Vorstellung, eine soziale Dimension wirtschaftlichen Handelns sei in der Globalisierung unmöglich und obsolet geworden, über den ehrlichen Versuch einer Stärkung durch Wandel bis zu einer Defensivhaltung, die jede Veränderung als Schwächung des Sozialen sieht. Der Hauptstrom der europäischen Regierungen tendiert allerdings zu einer Anpassungsstrategie an die vermeintlichen Notwendigkeiten des globalen Wettbewerbs: Die soziale Korrektur des Marktes soll zurückgedrängt werden – mit der Folge, dass die Zustimmung zu ihrer Politik insgesamt und zur europäischen Integration im besonderen sinkt.

Dieser Umstand war auch den in Hampton Court Versammelten bewusst. Den Anlass ihres Treffens bildete die Legitimationskrise der europäischen Integration, die durch die Ablehnung der Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden deutlich wurde. Die Verfassungs-Referenden waren dabei Ausdruck einer auch in Deutschland und nicht zuletzt in der Linken vorhandenen Skepsis gegenüber der europäischen Integration. Während die Integration als innereuropäisches Friedensprojekt nicht in Frage gestellt wird, gibt es eine Reihe von Kritikpunkten, die in ihrer Summe zu Skepsis wenn nicht gar Ablehnung der aktuellen EU führen: Die Integration wird als einseitig auf

Kapital- und Unternehmensinteressen ausgerichtet erlebt – die soziale Dimension als unterentwickelt. Die EU gilt als Agent der neoliberalen Globalisierung, nicht als positive Gestaltungs- und Gegenmacht im globalisierten Wettbewerb. Die europäische Integration scheint den Standortwettbewerb in Europa zu verschärfen. Sie gefährde die Daseinsvorsorge und den öffentlichen Sektor. Die jüngste Erweiterungsrunde habe zudem Standortverlagerungen und Arbeitsplatzabbau befördert und öffne billiger Schmutzkonzurrenz die Tür.

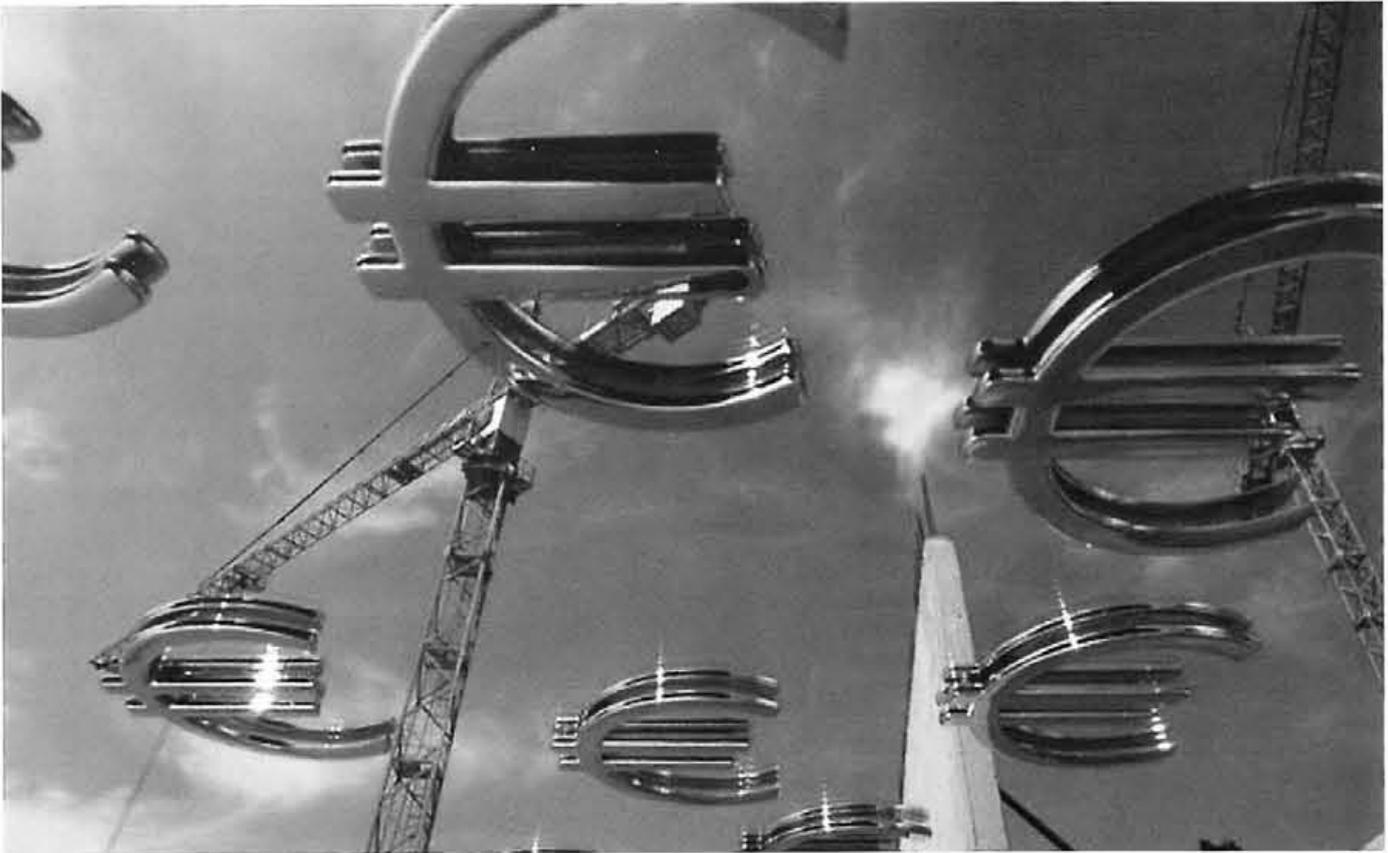
Vor diesem Hintergrund soll in diesem Schwerpunkt der Versuch gemacht werden, strategische Optionen der Linken in Europa im Umgang mit dem Projekt der Integration zu entwickeln. Eine erneuerte Positionierung der Linken muss an zwei unterschiedlichen Stellen ansetzen: Erstens geht es um die grundsätzliche Frage, ob Europa für die Linke überhaupt die richtige strategische Option darstellt. Unterschiedliche Positionen beziehen hierbei Linkspartei-MdB Herbert Schui, der sich kritisch mit der EU-Verfassung auseinandersetzt und der stellvertretende Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes Reiner Hoffmann, der Konturen eines sozialen Europas skizziert. Über die grundsätzliche strategische Positionierung sowie über unzählige Detailvorschläge hinaus geht es zweitens darum, an dem tiefen Bruch zwischen den politischen Eliten und den Bevölkerungen vieler EU-Länder, der durch Zukunftsangst und soziale Exklusion verursacht wird, anzusetzen.

Eine Positionierung der Linken zu Europa nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden kann nur dann erfolgen, wenn konkrete linke Alternativen zum neoliberalen Umgang mit der Globalisierung entwickelt werden. Zugespißt formuliert stützen wir uns dabei auf die Überlegung, dass ein regulierter Kapitalismus mit ausgebauten Sozialsystemen gegenüber dem freien Spiel der Kräfte nicht nur sozial gerechter ist, sondern aufgrund der stabilisierenden Wirkung der Nachfrageseite gesamtwirtschaftlich weniger krisenanfällig und zudem auch produktiver ist. Es geht daher sowohl um das Außenverhältnis, insbesondere gegenüber Ost-Asien und den USA, als auch um die innere Verfasstheit der

Europäischen Union. Gelingt es vor dem Hintergrund des weltweiten Wettbewerbs ein europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell (weiter) zu entwickeln, das hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Diese Frage war seit jeher der rote Faden der europapolitischen Diskussion der SPD-Linken (Vgl. A. Watt, Die unendliche Geschichte des Stabilitätspakts, SPW 143; T. Albrecht: Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie für ein soziales Europa, SPW 136). Ausgangspunkt dieser Überlegungen kann nicht ein europapolitischer Wunschzettel sein, vielmehr müssen realistische und dem Kräfteverhältnis entsprechende Vorschläge von der Linken entwickelt und popularisiert werden.

Ein zukunftsfähiger Vorschlag findet sich möglicherweise im Positionspapier „Eine andere Verfassung ist möglich“ des wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland. Als Minimalforderungen an einen erneuten Verfassungsentwurf werden hier die Streichung des dritten Kapitels des vorliegenden Verfassungsentwurfs, die Zuweisung einer Rahmenkompetenz der EU für das Steuer- und Sozialrecht sowie die Streichung der Verpflichtung zur Verbesserung der militärischen Kapazitäten zur Diskussion gestellt. Speziell für die ökonomische Ausrichtung der Europäischen Union ist zudem auf die Arbeit der Euro-Memogruppe zu verweisen, die jährlich Vorschläge für eine europäische Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik unterbreitet. Innerhalb der SPD war die Europa-Debatte lange Zeit zu sehr eine reine Expertendebatte, doch finden sich mehr und mehr auch hier vorwärtsgerichtete europapolitische Beiträge. Zu nennen ist hier beispielsweise das europapolitische Papier des SPD-Bezirks Hannover, zudem greifen die Jusos und ProMS Nord das Thema auf einer Tagung im Dezember unter der Fragestellung „Für wen ist Europa da?“ auf.

Die im Jahr 2000 beschlossene Lissabon-Strategie ist immer wieder als Bezugspunkt für eine verstärkte beschäftigungspolitische Verantwortung Europas herangezogen worden. Im vorliegenden Heft beschäftigen sich der Artikel von Udo Bullmann (MdB der SPD) und Heinrich Wollny direkt mit der Lissabon-Strategie und daraus abgeleitet mit der Frage, wie Europa nachhaltiges Wachstum und mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen kann.



Auch wenn sich die Institution Sozialstaat in Europa in unterschiedlichsten Ausprägungen entwickelt hat, so ist allen Staaten gemeinsam, dass sozialer Ausgleich nicht nur ein Anhängsel der Wirtschaftspolitik ist, sondern integraler Bestandteil des Wirtschaftsmodells. Ein europäisches Sozialmodell gibt es daher eher auf der normativen Ebene. Es umfasst die Ziele der sozialen Sicherung und des sozialen Ausgleichs. Also nicht nur den Anspruch, niemanden verhungern zu lassen, sondern auch dafür zu sorgen, dass die Schere zwischen arm und reich sich nicht weiter öffnet. Allen europäischen Systemen ist auch die Bereitstellung eines umfangreichen Systems öffentlicher Güter gemein, auch wenn diese Systeme unterschiedlich umfangreich ausgestaltet und organisiert sind. Schließlich ist die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Entscheidungen im Wirtschaftsprozess ein konstitutives Element des europäischen Sozialmodells. Die zentrale Frage für die europäische Linke ist daher, wie diese normativen Orientierungen vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs und den Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt, in die Praxis umgesetzt werden und damit zur Stärkung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells beitragen können.

Konkrete Vorschläge für eine entsprechende Stärkung und europäische Harmonisierung bietet Klaus Busch (Universität Osnabrück) in seinem Beitrag für fünf zentrale Felder (Wirtschaft, Soziales, Unternehmensbesteu-

erung, Lohnpolitik und Mitbestimmung) an. Nach überzeugenden Vorschlägen für die einzelnen Politikfelder kommt der Autor allerdings zu dem ernüchternden Ergebnis, dass aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen und des Einstimmigkeitsprinzips der EU-25 eine Umsetzung wenig wahrscheinlich ist. Die Widersprüchlichkeit zwischen den beiden vertretenden Modellen der Freihandelszone und der Sozialunion lässt sich demnach auch nicht länger mit Formelkompromissen überbrücken. Entsprechend sollte der vor allem von Frankreich verfolgte Ansatz der Sozialunion von der Koalition der Willigen in Form eines künftig stärker differenzierten Integrationsprozesses – bei Nutzung des gemeinsamen Währungsraumes – eingeschlagen werden. Dies wäre dann eine bewusste Entscheidung für ein anderes europäisches Integrationsmodell.

Die Bolkestein-Richtlinie wurde jüngst zum Symbol für eine einseitig auf Unternehmen-sinteressen ausgerichtete Europa-Administration. Die Kritik von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und auch von einigen nationalen Regierungen hat öffentliche Aufmerksamkeit hergestellt. In ihrem Beitrag zeigt Sigrid Skarpelis-Sperk (SPW-Herausgeberin), dass gerade in den nächsten Monaten dem Thema weiter hohe Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Bei allen genannten Themen stellt sich natürlich die Frage nach den Akteuren. Gelingt es linker Politik, die nationalen Debatten zu europäisieren? Wie diskutieren die sozialde-

mokratischen Parteien in Europa diese Fragen? Und welche Impulse gehen von gemeinsamen Debatten in der SPE aus? Gibt es länderübergreifende Gemeinsamkeiten zwischen dem von Labour verkündeten „Anglo-Social Model“, dem reformiertem Volksheim-Modell und staatlicher Industriepolitik? Aus der europapolitischen Debatte der französischen Linken berichtet Estelle Goeger (französische Jungsozialisten MJS). Wenn es zwischen den politischen Eliten schon schwierig ist, zu gemeinsamen Ansätzen zu kommen, stellt sich die Frage, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die europäische Integration in der Praxis erleben. Was bedeuten beispielsweise die „Herausforderungen und Chancen der EU-Erweiterung“ konkret für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland und speziell für die deutsch-polnisch-tschechische Grenzregion. Heiko Glawe vom DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg und Anna Bernstorff vom DGB-Bezirk Sachsen beschreiben Ansätze der grenzüberschreitenden Gewerkschaftspolitik.

Denn für die Linke in Europa kommt es darauf an, dass die Menschen konkret von der europäischen Einigung und der Politik der Regierungen in Europa profitieren. Insofern kann sie mit den mageren Ergebnissen des Regierungsgipfels in Hampton Court nicht zufrieden sein. Es steht zu befürchten, dass die neue Königsgattin nur den Regierungschefs und großen Unternehmern gefällt, nicht aber der Mehrheit der Menschen in Europa.

# Das Europäische Sozialmodell

## Ein Beitrag zur Überwindung der aktuellen Krise der Europäischen Union

Von Klaus Busch

### EU in der Krise

Nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden befindet sich die EU in einer Krise. In den Medien wird vielfach behauptet, dies sei die schwerste Krise Europas seit Beginn des Integrationsprozesses. Diese Behauptung ist einerseits falsch, andererseits hat sie einen wahren Kern. Falsch ist die These von der schwersten Integrationskrise, weil sich die EWG Mitte der 60er Jahre mit der Politik des leeren Stuhles de Gaulles fast vor dem Zusammenbruch befand, und dies zu einer Zeit, wo noch nicht einmal die Zollunion, geschweige denn der Binnenmarkt realisiert worden war. In einer sehr schweren Krise befand sich die EU auch nach dem Scheitern des ersten Planes zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, dem Werner-Plan, in den 70er Jahren. Der Protektionismus, vor allem der nicht-tarifäre Protektionismus breitete sich damals stark aus und die EG befand sich in einer Paralyse, die in dem Kürzel „Fortschritt oder Verfall“ diskutiert wurde. Die jetzige Krise kommt in einer Zeit, in der die EU fast zwanzig Jahre lang Schlag auf Schlag große Erfolge in der Vertiefung und der Erweiterung des Integrationsprozesses feiern konnte. Zu nennen sind hier die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und das Binnenmarktprojekt, der Maastrichter Vertrag und das WWU-Projekt, die Vertiefungen in der zweiten und dritten Säule, also in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und in der Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik (ZJIP), Fortschritte, die vielfach zu wenig Beachtung finden. So eingeordnet, ist die Redeweise von der schwersten Krise des Integrationsprozesses sicherlich übertrieben. Allerdings ist aus einer anderen Sicht diese Charakterisierung wiederum gerechtfertigt. Bedenkt man, dass die Bürgerinnen und Bürger in Frankreich und in den Niederlanden mit großen Mehrheiten mit Nein gestimmt haben, obwohl die etablierten Parteien, die politischen Eliten und die Massenmedien die JA-Kampagne gestützt haben. Bedenkt man ferner, dass wir auch in vielen anderen EU-Staaten momentan bei Volks-

abstimmungen über die Verfassung mit einem Nein zu rechnen hätten, dann offenbart sich hier ein tiefer Bruch zwischen den politischen Eliten in Europa und vielen europäischen Völkern. Dies kann dann auch als tiefste Legitimationskrise bewertet werden, in der sich der europäische Integrationsprozess jemals befunden hat. Sucht man nach den Gründen für diese Legitimationskrise, dann finden wir in vielen Ländern der Eurozone an den rechten Rändern der Politik nationalistische antieuropäische Strömungen, in der Mitte der Gesellschaften und an ihren linken Rändern aber eine tiefe Unzufriedenheit mit der sozialökonomischen Lage, Ängste vor der Zukunft der Arbeitsplätze, Ängste vor einem Abbau von Sozialstandards im Zuge des Integrationsprozesses. Ängste vor den sozialen Folgen der Ost-Erweiterung, etwa Produktionsverlagerungen, die vermeintlich stattfinden sollen oder mit denen gedroht wird.

Ich möchte in diesem Beitrag der Frage nachgehen, ob diese Ängste irrational sind oder ob sie eine rationale Basis haben. Ich will auch untersuchen, ob die bisherigen EU-Verträge, deren Bestimmungen in die EU-Verfassung übernommen worden sind, mit den sozialen Schiefen, die in Europa beobachtet werden, zu tun haben und was geändert werden müsste, um in Europa das viel zitierte Europäische Sozialmodell zu bewahren. Ich werde dabei auf fünf verschiedene Dimensionen zu sprechen kommen, in denen ich jeweils die Probleme kurz benenne und dann Vorschläge mache, was konzeptionell zu tun ist. Diese Dimensionen sind:

- Die Wirtschaftspolitik in der Eurozone,
- Die Lohnpolitik in der EU-25,
- Die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten im erweiterten Europa,
- Die Unternehmenssteuerpolitik nach der Erweiterung und
- Die soziale Demokratie in den Betrieben und Unternehmen Europas.

Die jetzige Struktur der makroökonomischen Politik in der WWU, die eine gemeinsame Geldpolitik kennt, aber keine gemeinsame Fiskalpolitik, ist eine unzureichende

Antwort auf die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten in der Eurozone. Sie ist ungeeignet, um konjunkturelle Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten – wie wir sie momentan erleben – zu meistern. Um die Zinsen für wachstumsschwache Mitgliedstaaten (zurzeit Italien, Portugal, Deutschland) senken zu können, müsste die europäische Ebene auch die Kompetenz haben, in den wachstumsstarken Staaten (zurzeit Spanien und Irland) eine dämpfende Fiskalpolitik durchzusetzen. Dazu müsste der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister das Recht erhalten, den verschiedenen Mitgliedstaaten je nach konjunktureller Lage eine restriktive bzw. eine stimulierende Haushaltspolitik zu verordnen. Die Kompetenz für die Haushaltspolitik muss deshalb von den Nationalstaaten auf die EU übertragen werden. Die Forderungen der Regierung de Villépin nach einer europäischen Wirtschaftsregierung sollten deshalb unterstützt werden. Darüber hinaus ist der unsinnige Stabilitäts- und Wachstumspakt, der eine differenzierte antizyklische Wirtschaftspolitik verhindert, aufzuheben. Die EZB sollte nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet sein, sondern gleichrangig auch dem Ziel der Vollbeschäftigung (wie die FED in den USA).

Im Konzept des Europäischen Sozialmodells würde schließlich die makroökonomische Philosophie nicht einseitig auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen ausgerichtet sein, sondern auch eine antizyklische Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage für sinnvoll erachten. Die im Vergleich zur Eurozone erfolgreichere Wirtschaftspolitik der USA, Großbritanniens, Schwedens und Dänemarks verdeutlichen, dass eine Mischung von Angebots- und Nachfragepolitiken effizienter ist als der ständige Ruf nach weiteren Strukturreformen. Solange die makroökonomische Politik in der Eurozone die genannte Einäugigkeit nicht überwinden wird, besteht auch keine Hoffnung, dass die Ziele der Lissabonstrategie verwirklicht werden können.

Bevor ich jetzt im weiteren über die Lohn-, die Sozial- und die Steuerpolitik spreche, zunächst ein Wort zum System der Wettbewerbsstaaten. Mit dem Maastrichter Vertrag ist in der EU ein Regime der Wettbewerbsstaaten etabliert worden. Auf der europäischen Ebene ist ein gemeinsamer Währungsraum geschaffen worden, in der Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik liegen aber die

entscheidenden Kompetenzen nach wie vor in den Händen der Nationalstaaten. Der Standortwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten ist dadurch erheblich intensiviert worden. Die Höhe der Steuersätze, der Löhne und der Sozialausgaben entscheidet in einem einheitlichen Binnenmarkt mit einer gemeinsamen Währung über die Wettbewerbsfähigkeit der Nationalstaaten und damit über deren Attraktivität für das internationale Kapital.

### Die Lohnpolitik in der EU 25

Die Lohnpolitik in den Mitgliedstaaten der EU sollte mittel- und langfristig dem Produktivitätspfad folgen, um lohnpolitisch bedingte Verzerrungen der nationalen Wettbewerbsbedingungen zu vermeiden. Kurzfristig kann die Lohnpolitik im Kontext eines differenzierten makroökonomischen Mixes aus Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik von dieser Faustregel nach oben und unten abweichen. Im Vorfeld der Einführung der WWU ist zwar immer wieder eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik gefordert geworden, in der Praxis konnten jedoch die Reallöhne in den meisten Mitgliedstaaten mit der Produktivitätsentwicklung nicht Schritt halten. Insgesamt sind die realen Lohnstückkosten gesunken, sind die Gewinneinkommen stärker gestiegen als die Lohneinkommen. Einige Staaten, wie Irland und Deutschland, betreiben durch eine überdurchschnittliche Absenkung der realen Lohnstückkosten sogar eine Politik des Lohndumpings. Eine solche Politik provoziert in einem gemeinsamen Währungsgebiet entsprechende Antworten der Sozialpartner der wichtigsten Handelspartner. Es entsteht ein Prozess des *race to the bottom*. Auch in vielen mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten sind die Gewerkschaften zu schwach, um eine Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik durchzusetzen, insbesondere dann, wenn die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch ist. Sollten diese Staaten der Eurozone beitreten, können sich die Praktiken des Lohndumpings verschärfen. Um zu verhindern, dass in der EU auf diese Weise eine permanente Umverteilung der Einkommen zu Gunsten der Gewinne und eine Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse stattfindet, bedarf es einer effizienten Koordinierung der Lohnpolitiken auf der europäischen Ebene, insbesondere in der Eurozone. Hierzu ist sowohl auf der gesamtwirtschaftlichen als auch auf der sektoralen Ebene ein Kollektivverhandlungsprozess zwischen den europäischen Sozialpartnern notwendig. Die Verfassung führt hier gegenüber dem *status quo* zu einem Fortschritt, weil erstmals in einem EU-Vertrag das Recht auf Kollektivverhandlungen und auf Kollektivmaßnahmen „auf den geeigneten Ebenen“ (Artikel II-88) explizit anerkannt wird. Allerdings wird in Artikel III-210, in dem die Bereiche genannt werden, in denen die Union die Mitgliedsstaaten in der Sozialpolitik



ergänzen oder unterstützen kann, im 6. Absatz die seit dem Maastrichter-Vertrag bestehende Formulierung nicht gestrichen, die lautet: „Dieser Artikel gilt nicht für das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht“. Abstrakt bekennt sich der Verfassungsvertrag also zum Koalitionsrecht, konkret soll aber auf der europäischen Ebene nicht gehandelt werden. Dass aber ein Koordinierungsprozess dringend geboten ist, zeigen die aktuellen lohnpolitisch bedingten Wettbewerbsverzerrungen in der Eurozone zwischen Portugal und Italien einerseits und dem Rest der Zone, insbesondere Irland und Deutschland. Derartige Verwerfungen gefährden auf Dauer die Existenz des Währungsverbundes.

### Eine europäische Politik der sozialen Sicherung

Eine Koordinierung der Sozialpolitiken auf der europäischen Ebene kann an zwei reale Prozesse anknüpfen. Einerseits ist mit wenigen Ausnahmen (Irland, Spanien) auch in der EU-25 der Zusammenhang zwischen der Höhe der Pro-Kopf-Einkommen und der Höhe der Sozialleistungsquoten sehr eng. Je reicher Staaten sind, desto mehr geben sie nicht nur absolut, sondern auch relativ für die soziale Wohlfahrt aus. Andererseits sind alle EU-Staaten in der Rentenpolitik und der Gesundheitspolitik mit sehr ähnlichen Herausforderungen (demographische Veränderungen, technologische Entwicklungen, Finanzierbarkeit) konfrontiert. Soll vermieden werden, dass die Mitgliedstaaten auf diese Probleme mit unterschiedlichen Strategien antworten und damit der nationale Standortwettbewerb angeheizt wird, ist eine europäische Koordinierung der Wohlfahrtsstaatspolitiken erforderlich. Die Methode der offenen Koordinierung, die viele hier für einen richtigen Ansatzpunkt halten, ist m. E. nicht in der Lage, den Standortwettbewerb einzuschränken. Mit der Me-

thode des *soft law*, die letztlich ohnmächtig ist, wenn sich die Mitgliedstaaten nicht einbinden lassen, kann keine effiziente Regulierung der Wohlfahrtsstaatspolitiken auf der europäischen Ebene durchgesetzt werden. Durch quantitative Vorgaben (unterschiedliche Korridore für die Sozialleistungsquoten) müsste vielmehr gewährleistet werden, dass der Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Entwicklungsniveau und dem Niveau der sozialen Sicherung nicht zerreißt und damit weder eine Politik der Überforderung der schwächer entwickelten Länder noch eine Politik des Abbaus der Standards in den höher entwickelten Ländern die Oberhand gewinnt. Die bisherige europäische Philosophie einer Angleichung der Standards auf dem Wege des Fortschritts, die sich bewusst von einer Politik der Angleichung durch den Abbau der höheren und die Anhebung der schwächeren Standards unterscheidet, könnte so bewahrt werden. Durch qualitative Vorgaben für die Reformen in der Renten- und der Gesundheitspolitik könnte darüber hinaus der in den letzten 15 Jahren zu beobachtende Prozess der Konvergenz in den nationalen Reformpolitiken verstärkt werden. Quantitative und Qualitative Konvergenzprozesse würden auf diese Weise dazu beitragen, dass ein europäischer Wohlfahrtsstaat nach und nach immer schärfere Konturen annimmt.

### Eine europäische Unternehmenssteuerepolitik

Durch die Osterweiterung hat der Standortwettbewerb in der EU eine neue Stufe erreicht. Die effektive durchschnittliche Steuerbelastung der Investitionen von Kapitalgesellschaften lag in diesen Ländern 2003 zwischen 13% (Litauen) und 25% (Polen), während sie etwa in Deutschland 37% erreichte. Auch die Spitzensätze der Einkommenssteuer liegen in den meisten mittel-

und osteuropäischen Beitrittsstaaten weit unter den Sätzen in dem meisten Staaten der EU-15. In der Kumulation mit niedrigen Löhne und niedrigen Sozialabgaben erhöhen diese unterdurchschnittlichen Steuersätze den Anreiz, Produktionsstätten aus Kostengründen nach Mittel- und Osteuropa zu verlagern. In der EU-15 hat sich Irland durch eine solche Kombination von Lohn-, Sozial- und Steuerdumping Standortvorteile verschafft, die in weit überdurchschnittlichen Wachstumsraten des BIP mündeten. Soll verhindert werden, dass diese beggar-my-neighbor-Politik in der EU-25 die Regel wird, ist auch im Bereich der Unternehmenssteuern eine europäische Lösung erforderlich. Einerseits ist eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen anzustreben (compulsory harmonized tax base), um die Transparenz der Steuerpolitik zu verbessern, andererseits sollte die EU kurzfristig Mindestsätze für die Körperschaftsteuer (European corporate income tax) vereinbaren, die bei anhaltenden Wettbewerbsverzerrungen mittelfristig von einem einheitlichen Steuersatz abgelöst werden könnten. Eine europäische Politik der sozialen Demokratie:

In den Mitgliedstaaten der EU gibt es sehr unterschiedliche Traditionen der sozialen Demokratie in Betrieb und Unternehmen. Während alle Staaten das Institut der betrieblichen Mitbestimmung kennen – wenn auch in einer materiell sehr unterschiedlichen Ausprägung –, steht im Bereich der Unternehmensmitbestimmung neben einer Gruppe von 19 Staaten, die über Mitbestimmungsregelungen in Unternehmen verfügen, eine Minderheit von 6 Staaten (u.a. Italien und Großbritannien), denen diese Form der Mitbestimmung fremd ist. Auf der europäischen Ebene gibt es mittlerweile auf der Betriebsebene Informations- und Unterrichtsrechte für Europäische Betriebsräte (EBR) und auf der Unternehmensebene Mitbestimmungsregelungen bei der Gründung von Europäischen Aktionsgesellschaften sowie bei grenzüberschreitenden Fusionen von Unternehmen. Da sich die nationalen Mitbestimmungskulturen in Betrieb und Unternehmen nach wie vor stärker unterscheiden, ist es schwierig, ohne einen intensiven europäischen Diskurs über diese Fragen europäische Mindestvorschriften zu erlassen. Dies gilt insbesondere für die Mitbestimmung auf Unternehmensebene, während sich dies im Bereich der Unterrichtung und Anhörung auf Betriebsebene aufgrund des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften eher realisieren ließe.

Um in einen europäischen Diskurs über die Erfahrungen mit den unterschiedlichen Kulturen von sozialer Demokratie in den Mitgliedstaaten zu treten, sollte in diesem Politikfeld in einem ersten Schritt die Methode der offenen Koordinierung Anwen-

dung finden. Trotz der Defizite dieser Methode ist sie im Bereich der sozialen Demokratie zur Initiierung einer europäischen Dimension der richtige Ansatzpunkt, einerseits wegen der größeren Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten, die weitergehende Schritte verbieten, andererseits wegen des geringeren Druck, der in diesem Sektor vom System der Wettbewerbsstaaten ausgeht, womit sich die Gefahr von Abwärtsspiralen in Grenzen hält. Die Mitgliedstaaten würden sich im Rahmen der Methode der offenen Koordinierung auf gemeinsame Ziele und Leitlinien verständigen und in einen intensiven Kommunikationsprozess über best practices treten. Auch die Erfahrungen mit der Umsetzung der Mitbestimmung in den Europäischen Aktiengesellschaften wären hier einzubeziehen. Nach und nach könnten sich so durch Politikernen und Politiktransfers erste Ansätze für eine engere europäische Kultur der sozialen Demokratie entwickeln, die in europäische Mindeststandards für die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen münden könnten.

#### Realisierungschancen eines Europäischen Sozialmodells

Die Untersuchung der fünf Dimensionen eines europäischen Sozialmodells hat gezeigt, dass die Unzufriedenheit vieler Bürgerinnen und Bürger mit dem europäischen Integrationsprozess sehr berechtigt ist. Der momentane neoliberale Kurs der EU verschärft die Wachstums- und Beschäftigungskrise und das System der Wettbewerbsstaaten fördert massiv Praktiken des Lohn-, Sozial- und Steuerdumpings. Durch die vorgeschlagenen Regulierungskonzepte für die Wirtschafts-, Sozial-, Lohn- und Steuerpolitik ließe sich eine Kurskorrektur einleiten. Allerdings können die genannten Vorschläge nur mit Einstimmigkeit in die Verträge aufgenommen werden – mit Ausnahme der Vorschläge zu einer europäischen Lohnpolitik, die die Sozialpartner selbstständig umsetzen könnten. Es ist von daher kaum zu erwarten, dass dieses Modell im Rahmen der EU-25 zu verwirklichen ist. In der EU-25 gibt es Staaten, die an dem wirtschaftsliberalen Modell der Integration festhalten wollen (Großbritannien, viele mittel- und osteuropäische Staaten), während andere Staaten (Frankreich, Schweden, Dänemark und andere) das Modell eines sozialen Europa bevorzugen. Diese Differenzen sind auf Dauer durch Formelkompromisse nicht zu überbrücken und gefährden den Integrationsprozess insgesamt – wie die aktuelle Ratifizierungskrise des Verfassungsvertrages deutlich zeigt. Wir sollten akzeptieren, dass die herrschende Integrationsstrategie des partiellen Vertiefens und des übereilten Erweiterns gescheitert ist. Sowohl das Projekt der WWU als auch das Projekt der Ost-Erweiterung

sind politisch und sozial unzureichend flankiert worden und sind deshalb jetzt die Quellen der fundamentalen Legitimationskrise. Die EU muss den Weg einer differenzierten Integration gehen: die Staaten, die das Europäische Sozialmodell verwirklichen wollen, sollten daran nicht gehindert werden. Sie müssen sich allerdings in Form eines eigenständigen Währungsgebiets von dem Block der wirtschaftsliberalen Staaten abgrenzen, denn nicht nur für die Geldpolitik, sondern auch für das Sozialmodell gilt in einer Währungsunion der Grundsatz: „one fits all“. Der europäische Integrationsprozess ist den Bürgerinnen und Bürgern in allen historischen Phasen als ein Projekt vermittelt worden, das zu mehr Wohlstand, zu Wachstum, Beschäftigung, zu sozialem Fortschritt, zu einer ökonomischen und sozialen Angleichung zwischen den Mitgliedstaaten auf dem Wege des Fortschritts führt. Wenn die EU, vor allem die Eurozone, in der die Defizite am größten sind, diese Ziele in den von mir genannten Bereichen weiterhin nachhaltig verfehlt, wird die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für Europa immer stärker erodieren und aus der Legitimationskrise eine nachhaltige Krise des gesamten politischen Integrationsprozesses erwachsen. In der Debatte über die Zukunft Europas, die jetzt hoffentlich beginnt, sollte deshalb die Debatte über die Verwirklichung eines Europäischen Sozialmodells ganz oben auf der Agenda stehen.

spw 6 / 2005

#### Literatur zum Weiterlesen:

- Baum-Celsig, Alexandra/Faber, Anne (Hrsg.) 2005: Soziales Europa? Perspektiven des Wohlfahrtsstaates im Kontext von Globalisierung und Europäisierung, Wiesbaden
- Biellng, Hans-Jürgen/Deppe, Frank 2003: Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit, in: Jachtenfuchs, M./Kohler-Koch, B. (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen, S. 513-539
- Busch, Klaus 2005: Die Perspektiven des Europäischen Sozialmodells, HBS Arbeitspapier 92, Düsseldorf
- Busch, Klaus 2005: Die Methode der offenen Koordinierung in der Beschäftigungspolitik und der Sozialpolitik der Europäischen Union, HBS Arbeitspapier 108, Düsseldorf
- Heise, Arne (Hrsg.) 2002: Neues Geld – Neue Geldpolitik. Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum, Marburg
- Keller, Berndt/Platzer, Hans-Wolfgang (eds.) 2003: Industrial Relations and European Integration, Trans- and Supranational Developments and Prospects, Aldershot
- Leibfried, S./Pierson, P. (Hrsg.) 1998: Standort Europa: Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration, Frankfurt/Main
- Nagel/Freis/Kleinsorge 2005: Die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gesellschaft - SE, Kommentar zum SE-Beteiligungsgesetz, München
- Schratzenstaller, M. 2004: Aktuelle Entwicklungen der Unternehmensbesteuerung im europäischen Kontext, in: WSI-Mitteilungen Nr. 12, Düsseldorf, S. 669-675
- Schulten, Torsten 2004: Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg

# Die Lissabon-Strategie

## Chance für eine sozialdemokratische Offensive

Von Udo Bullmann und Heinrich Wollny

### I. Der Ursprung des Konzepts

Wenn es heute eine Chance gibt, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung mit einander zu vereinbaren, dann muss diese Karte europäisch gespielt werden. Die politische Union, der Binnenmarkt und unsere gemeinsame Währung waren die richtigen Antworten relativ kleiner Staaten, wie es die europäischen nun mal sind, in der Globalisierung zu überleben. Die Schritte zur europäischen Integration könnten politische Handlungsfähigkeit wieder herstellen helfen. Aber sie alleine geben der Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsmodells noch keine Richtung vor. Wir verfügen heute noch nicht einmal über hinlängliche Instrumente, den Gestaltungsraum der EU wirtschafts- und sozialpolitisch so zu füllen, wie es erforderlich wäre.

An dieser Stelle tritt die im Jahre 2000 von dem damaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Portugals, Antonio Guterres, unterbreitete Lissabon-Strategie auf den Plan. Auf seinen Vorschlag hin verabschiedeten die in der portugiesischen Hauptstadt versammelten Staats- und Regierungschefs ein politisches Programm, nach dem Beschäftigungsförderung, Wettbewerbsfähigkeit, Umweltschutz und Kampf gegen soziale Ausgrenzung sich wechselseitig bedingen und verstärken. Europa soll sich zu einer Wissensgesellschaft fortentwickeln und in die Fähigkeiten jedes Einzelnen investieren. Die Lissabon-Strategie sollte auch die Instrumente liefern, um in Zukunft ein koordiniertes und gemeinsames Handeln der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Seit dem Delors-Weißbuch von 1993 hatte es keinen umfassenderen Vorschlag für die Welt der Praxis mehr gegeben, die EU über die Marktdimension hinaus wirtschafts- und sozialpolitisch weiterzuentwickeln. Aber das Projekt ist ins Stocken geraten und ist politisch unter Druck. Neoliberale, die sich das Konzept in den ersten Jahren nie zu eigen machten, wollen es jetzt zu einer eindimensionalen Wettbewerbsstrategie umdeuten. Die gemeinsame makroökonomische

Handlungsfähigkeit – ein wichtiges Ziel von Lissabon – wird immer mehr in den Hintergrund gerückt. Es wird höchste Zeit, dass Europas Sozialdemokraten sich ihre Strategie wieder aneignen.

### II. Eckpunkte der Strategie

Das in Lissabon ausgegebene Ziel war, bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu werden – „einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt zu erzielen“, und der gleichzeitig dem Umweltschutz verpflichtet ist. In der Strategie steckt eine Zukunftsvision in der Tradition des Europäischen Gesellschaftsmodells. Alle Politiken sollen darauf abzielen mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen – nicht bloß mehr Arbeitsplätze. Alle Politiken sollen darauf abzielen, sozialen Zusammenhalt zu fördern – nicht Wachstum, von dem einige ausgeschlossen bleiben. Alle Politiken sollen die ökologische Nachhaltigkeit sichern – nicht Wachstum um jeden Preis. Die wettbewerbsfähige Wissensgesellschaft dient diesen Zielen.

Abseits der medienwirksamen Gipfeltreffen jedoch sehen einige Minister und Mitglieder der Europäischen Kommission der Wettbewerbsfähigkeit einzig durch Deregulierung, Öffnung der Märkte unter Abbau der Abgabenlast geholfen. Das ist durchaus eine Strategie, aber nicht die Lissabon-Strategie. Wir brauchen ein Europa, das sich an Spitzenleistungen orientiert und Menschen das Gefühl gibt, dass es sich um sie kümmert.

Die Lissabon-Strategie dient im Grunde der Koordinierung eines Bündels sich gegenseitig beeinflussender Reformen. Die Maßnahmen eines Mitgliedstaats gewinnen an Wirkung, wenn andere Mitgliedstaaten sie auch durchführen. Wenn ein Mitgliedstaat zum Beispiel mit steuerlichen Anreizen, regionalen Innovationszentren, einer besseren Verbindung von Industrie und Umwelt, höheren Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen ein erfolgreiches Innovationsregime

schafft, ist das gut. Wenn es 25 tun und die EU deren Zusammenarbeit durch das Forschungsrahmenprogramm fördert, dann kann dies eine sich gegenseitig verstärkende Dynamik auslösen. Wenn man sich dann noch auf die gezielte Förderung wesentlicher Zukunftstechnologien verständigt und kostenintensive Großprojekte europäisch finanziert, dann hätte man ein Stück mehr des Potenzials der politischen Union wirklich erschlossen. Die Lissabon-Strategie dient dazu, solche konzertierten Anstrengungen zu erzeugen.

Ebenso können Reformen in einem Politikbereich Chancen in anderen eröffnen. Investitionen in ganztägige Kinderbetreuung ab dem Krippenalter bieten Eltern die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Insbesondere Frauen können wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Erfahrung und Studien haben gezeigt, dass die Investitionen durch zusätzlichen Steuereinnahmen, weniger Transfers für nicht arbeitende Mütter und höherer Beschäftigung im Pflegebereich sich schnell auszahlen. Frühzeitige und umfassende Kinderbetreuung steigert nachweislich die Chancen von Kindern aus sozial schwachen Familien und hebt die Schulleistungen allgemein, was langfristig für den Übergang zur Wissensgesellschaft wesentlich ist.

### Instrumente und Verfahren

Die Lissabon-Strategie wird häufig wegen der Komplexität ihrer Inhalte und Methoden kritisiert. Aber Reformen, für die eine Vielzahl europäischer, nationaler und regionaler Akteure verantwortlich ist, lassen sich nicht zentral steuern. Deswegen ist es nicht banal, wenn Staats- und Regierungschefs sich auf eine gemeinsame Vision und politische Grundlinien verständigen, auch wenn sie auf dieser Ebene nur nach hohlen Worten klingen können. Es sind gegenseitige Versprechen und Arbeitsaufträge. Der Europäische Rat von Lissabon hat die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zur Chefsache gemacht, auf die die Chefs jedes Jahr auf ihrem „Frühjahrgipfel“ zurückkommen.

Die Umsetzung kann über traditionelle europäische Gesetzgebung laufen, vor allem muss aber auf eine „offene Methode der Koordinierung“ (OMK) zurückgegriffen werden. Die OMK wird dort angewandt, wo die Union laut EU-Vertrag keine gesetzgeberische Kompetenz hat, aber Mitgliedstaaten gemeinsame Ziele verfolgen. Die wesentli-

Udo Bullmann, Politikwissenschaftler, MdEP (SPD), tätig im Wirtschafts- und Währungs- sowie im Beschäftigungs- und Sozialausschuss, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, lebt in Gießen

Heinrich Wollny, Sozialwissenschaftler, Referent im Abgeordnetenbüro von Udo Bullmann, MdEP, lebt in Brüssel

chen Steuerungsinstrumente sind die im EU-Vertrag verankerten OMKs „Europäische Beschäftigungsstrategie“ und die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“. Seit Lissabon wurde die OMK auf weitere Bereiche ausgeweitet, wie die Modernisierung der Renten- und Gesundheitssysteme, Bildung, Forschung, Unternehmenspolitik oder soziale Integration. Im Rahmen der letzteren ist beispielsweise der deutsche Armutsbericht, also die erste Bestandsaufnahme dieser Art in Deutschland, entstanden.

Die Mitgliedstaaten vereinbaren gemeinsame Ziele oder politische Leitlinien, z.B. die Erhöhung der Investitionen in Forschung und Entwicklung auf jährlich 3 % des BIP bis 2010. Dabei definiert jeder seine eigenen Lösungswege in einem Nationalen Aktionsplan. Die Europäische Kommission organisiert einen Informations- und Erfahrungsaustausch, um von den besten Lösungen („best practices“) zu lernen. Gibt es z.B. erfolgreiche Maßnahmen für die Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, von denen man sich inspirieren lassen kann? Mit inzwischen 117 verschiedenen Indikatoren von der Erwerbsrate bis zur Energieeffizienz werden Ergebnisse verglichen (benchmarking). Die Kommission zieht vor jedem Frühjahrsgipfel im Januar Bilanz, wie weit die Mitgliedstaaten im Reformfahrplan vorangekommen sind und schlägt Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen vor.

### III. Eine sozialdemokratische Agenda

Die Ansage, dass die EU Wettbewerbsfähigkeit und eine bessere Gesellschaft bringen soll, steht. Wir können nicht das eine zerstören, um das andere zu erhalten. Deswegen brauchen wir eine globale Strategie für Spitzenleistungen bei Beschäftigung, sozialem Zusammenhalt, Umwelt sowie Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

### Forschung, Wissen, Innovation

Für Spitzenleistungen bei Forschung und Innovation brauchen wir eine Modernisierung unserer Universitäten, europäische Zusammenarbeit, bessere Verzahnung und Durchlässigkeit zwischen Industrie und Forschungseinrichtungen, die Schaffung des europäischen Forschungsraums mit einem Forschungsrat, der nach Exzellenz und nicht nach Proporz entscheidet. Natürlich auch mehr private und öffentliche Forschungsinvestitionen. Die haben sich in der EU seit 1999 nur marginal von 1,88 % auf 1,92 % des BIP erhöht. Um Forschung zu wirtschaftlichem Erfolg zu machen, müssen die Innovationsregime in Europa mit einem Augenmerk auf den Mittelstand gestärkt werden.

Die wissensbasierte Wirtschaft ist gekennzeichnet durch hoch entwickelte Technologien, mobilere – und oftmals kurzlebiger – Unternehmen sowie den raschen Wandel des benötigten Wissens und der Fähigkeiten. Deswegen müssten in Deutschland die Alarmglocken schrillen, wenn man feststellt, dass wir nur 4,78 % des BIP für Bildung ausgeben, der EU-Durchschnitt aber bei 5,22 % liegt und es in Dänemark 8,51 % sind. Während 1993 noch 81 % unserer Jugendlichen Abitur oder eine Lehre abgeschlossen haben, waren es 2004 nur noch 73 %. Hier bewegt sich Deutschland weg vom Lissabon-Ziel von 85 %. Gleichzeitig bleibt Deutschland immer noch schwach beim lebenslangen Lernen. Nur 7,4 % der Arbeitnehmer nehmen an Fortbildungen teil. In Großbritannien sind es 21 %, in Schweden 36 %.

### Binnenmarkt

Wir müssen den europäischen Binnenmarkt weiterentwickeln. Die Schaffung eines europaweiten Marktes für Finanzdienstleistungen, Energielieferungen oder Dienstleistungen wird jeweils ein paar Prozentpunkte

hinter dem Komma an zusätzlichem Wachstum bringen. Voraussetzung dafür, dass sozialer Zusammenhalt und bessere Arbeitsplätze dabei herauskommen, ist aber ein fairer Wettbewerb mit gleichen Regeln und Mindeststandards. Zum fairen Wettbewerb gehört auch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmen und eine Annäherung der Steuersätze. Auch bessere Rechtsetzung, verstanden als die Prüfung, ob alle europäischen und nationalen Gesetze ihre Ziele mit möglichst unbürokratischen Mitteln erzielen, kann das Funktionieren des Binnenmarkts unterstützen.

### Nachhaltigkeit

Die EU-Umweltpolitik ist weit davon entfernt, Wachstum zu bremsen. Im Gegenteil. Die Förderung von Umwelttechnologie und Energieeffizienz, aber auch Auflagen, Ökosteuern und Emissionszertifikate sind Anreize für die ökologische Modernisierung. Das lässt Arbeitsplätze entstehen, verleiht Forschung und Entwicklung Auftrieb und senkt die gesellschaftlichen Kosten der Umweltzerstörung. Wegen Feinstaub und Ozon sterben in der EU jährlich 370 000 Menschen einen frühzeitigen Tod. In einer Welt begrenzter Ressourcen werden Firmen, die sich am schnellsten auf höhere Umweltstandards einstellen, den entscheidenden Vorteil des zuerst Handelnden genießen. Für die Hersteller in Europa mag Spitzenklasse im Umweltbereich kurzfristig Kosten verursachen, langfristig wird sie sich jedoch auszahlen.

### Beschäftigungsförderung

Im Leistungsvergleich auf dem Arbeitsmarkt schneiden die skandinavischen Mitgliedstaaten übermäßig gut ab. Sie haben Erwerbsraten von über 70 % im allgemeinen und nur geringfügig schwächere für Frauen. In Deutschland beträgt sie 65 % und 59 % für Frauen, wobei ein großer Teil nur Teilzeitstellen sind.

Neben Umverteilung – Schwedens Gesamtsteuer- und Abgabenbelastung beträgt 51 % des BIP, Dänemarks 48 % und Deutschlands 40 % – einem hohen Sozialschutzniveau und einem flexiblen Arbeitsmarkt spielen eine Reihe pro-aktiver sozialer Maßnahmen eine große Rolle. Deren Bedeutung wird von all jenen unterschätzt, die der Deregulierung vor allen anderen Maßnahmen das Wort reden. Dazu gehört eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die den Einzelnen vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit betreut und fördert, ihn fordert, aber auch die Voraussetzung dafür schafft, dass er die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen kann. Ausbildung und Umschulung, und zwar lebenslang, sind wesentliche Bestandteile der Beschäftigungsstrategie, auch für jene Gruppen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Auch aktive Maßnahmen zur Geschlechter-



gleichstellung, einschließlich der Förderung von gleicher Bezahlung für gleichwertige Arbeit, gehören dazu. In letzter Instanz tritt der Staat als Arbeitgeber auf und subventioniert die Anstellung von Geringqualifizierten.

Diese Politik garantiert niemanden Jobsicherheit. Aber sie garantiert, dass Menschen nicht in Armut abgleiten und dass die Gemeinschaft einem hilft, eine neue Stelle zu finden, dies aber auch erwartet. Das ganze System orientiert sich am Modell des „individuellen erwachsenen Arbeitnehmers“. Steuersystem, Transferleistungen, Förderung sowie Betreuungseinrichtungen für Kinder und betreuungsbedürftige Personen gehen von individueller Erwerbsarbeit aus und stützen sich damit auf ein moderneres Familienbild. Diese Elemente entsprechen den Anforderungen einer sich schnell wandelnden Wirtschaft und einer individualisierten Gesellschaft.

#### Soziale Teilhabe

Soziale Teilhabe ist die grundlegende Basis einer Gesellschaft, die ihren Wandel aktiv gestalten will. Deshalb sind soziale Integration und wirtschaftliche Modernität kein Gegensatz. Nehmen wir ein Beispiel: Die konservative französische Regierung hat vor ein paar Jahren öffentlich geförderte Vereinsarbeit und Beschäftigungsmaßnahmen in städtischen Problemvierteln gestrichen. Die Ausschreitungen in Frankreich im November führen uns aber eines vor Augen: wenn Menschen sich dauerhaft und unausweichlich von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen fühlen, führt das im günstigeren Fall zum Verlust von Talent und Arbeitskraft, im schlimmsten Fall zu Gewalt und Kriminalität.

#### Der ausgefallene Mittelstürmer: Makroökonomische Koordination

Strukturelle Reformen sind häufig mit kurzfristigen Kosten verbunden und können der Binnennachfrage einen Dämpfer verleihen. Gleichzeitig brauchen wir Wachstum in Europa, können es aber ohne strukturelle Reformen nicht nachhaltig gestalten. Deswegen müssen strukturelle Reformen mit einem Wachstumsimpuls aus dem öffentlichen Haushalt begleitet werden, wie es z.B. Dänemark in den 90ern vorgemacht hat. Das geht in der Wirtschafts- und Währungsunion nicht im Alleingang.

Um Synergieeffekte zu nutzen, haben die sozialdemokratischen Finanzminister und Schattenfinanzminister im Oktober eine Initiative für koordinierte öffentliche Zukunftsinvestitionen ins Leben gerufen. Dieses nachfragepolitische Instrument sollte genutzt werden, um die Angebotsseite im Sinne von Lissabon zu stärken. Wachstums- und nachhaltigkeitswirksame Investitionen sollen in Bildung, Wissen, Forschung, Kinderbetreuung, soziale Dienstleistungen le-

benslanges Lernen sowie europäische Infrastruktur gehen.

Konjunkturpolitisch hat sich die Eurozone als noch nicht hinreichend handlungsfähig erwiesen. US-Regierung und Federal Reserve haben auf die Wirtschaftskrise von 2001 energisch mit deficit spending und Zinssenkungen reagiert. Ein struktureller Überschuss von 1,3 % des BIP in 2000 ist zu einem strukturellen Defizit von 3,2 und 4,1 % zwei, bzw. drei Jahre später gemacht worden. Nominelle Zinssätze sind in diesem Zeitraum um 5 Prozentpunkte gesenkt worden. Die Europäische Zentralbank (EZB) hinkte der Konjunktur hinterher. Der Eurozinssatz war vor der Krise geringer und nach der Krise höher als der des US-Dollars. Gleichzeitig waren die größten Mitgliedstaaten schnell an die 3 %-Defizitgrenze geraten und mussten schon im zweiten Jahr der Krise pro-zyklische Konsolidierungsanstrengungen unternehmen. Die USA mögen flexiblere Märkte haben, sie haben aber auch eine pragmatischere, wachstumsorientierte Haushaltspolitik, mit der sie erfolgreich auf externe Schocks reagieren. Das Argument kann allerdings keinesfalls den prekären Kriegsk Keynesianismus rechtfertigen, in den die Bush-Administration inzwischen abgeglitten ist.

Für eine Zentralbank und 12 Finanzministerien in Euroraum brauchen wir einen besseren Rahmen für die „European economic governance“. Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist ein erster Schritt zu mehr Realitätssinn und mehr echter Koordination. Die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament fordert darüber hinaus, wachstums- und nachhaltigkeitswirksame Investitionen aus der Berechnung des Defizits heraus zu rechnen. Wer in Lissabon-Ziele investiert, darf nicht bestraft werden. Methodisch müssten die Verfahren der Haushaltsaufstellung in den Mitgliedstaaten synchronisiert werden. Weil Haushalte derzeit noch zu ganz unterschiedlichen Zeiten von vor der Sommerpause bis zum Ende des Jahres beschlossen werden, fehlt eine der Grundlagen der makroökonomischen Koordination mit der EZB.

Die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament hat vorgeschlagen, die nationalen Lissabon-Aktionspläne mit den jährlichen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen zu vereinen. Letztere sollten eigentlich im Rahmen der multilateralen Überwachung in der Wirtschafts- und Währungsunion der Koordination dienen. Bisher sind sie aber nur im Zusammenhang mit den Maastricht-Kriterien und dem Defizitverfahren als vollkommen losgelöste Dokumente politisch genutzt worden. Erst wenn der Zusammenhang zwischen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und der Haushaltspolitik hergestellt würde, hätte man die Lissabon-Strategie richtig stark gemacht.

#### IV. Halbzeitbewertung und die Strategie für Wachstum und Beschäftigung

Fünf Jahre nach dem Lissabon-Gipfel stand dieses Jahr die Halbzeitbewertung an. Die Gründe für mangelnden Erfolg beschränkte die Europäische Kommission und die 2004 einberufene Sachverständigenkommission unter Leitung des ehemaligen niederländischen Premierministers Wim Kok auf mangelnde Fokussierung und zu wenig Engagement in den Mitgliedstaaten.

Deswegen hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, sich künftig auf Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit zu konzentrieren, Aufgaben zwischen der EU-Ebene und den Mitgliedstaaten klar zu trennen und den Mitgliedstaaten mehr Eigenständigkeit zu geben. Ihre Neuinterpretation liest sich wie folgt: „Die Anstrengungen [sollen] auf zwei zentrale Aufgaben konzentriert werden: Herbeiführung eines kräftigeren und nachhaltigen Wachstums und Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen. Nur wenn Europa seine Hausaufgaben in Sachen Wachstum und Arbeitsplätze macht, lassen sich die Ressourcen erschließen, die wir benötigen, um unsere ehrgeizigen Ziele im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sowie im Umweltschutz zu erreichen“. Heißt das, Sozial- und Umweltpolitik gibt es, wenn wir es uns leisten können? Ausgerechnet auf Initiative Jean-Claude Junckers, des konservativen luxemburgischen Premiers, hat der Frühjahrsgipfel aber die Zielsetzung des vollen Lissabon-Programms bestätigt.

Methodisch ist die Lissabon-Strategie klarer geworden. Der Rat beschloss nun ein integriertes Richtlinienpaket, das Wirtschafts- und Beschäftigungsleitlinien umfasst. Auf Grundlage dieses Pakets haben inzwischen fast alle Mitgliedsstaaten ein einziges nationales Lissabon-Aktionsprogramm angenommen. Gleichzeitig hat die EU-Kommission ein Aktionsprogramm für die EU-Ebene verfasst. Der integrierte Fortschrittsbericht der Kommission Anfang 2006 und der nächste Frühjahrsgipfel werden wohl der Analyse der Aktionsprogramme gelten und nur leichte Änderungen an Strategie und Leitlinien vornehmen. Denn der Zyklus ist nun auf 3 Jahre angelegt. Erst 2008 wird sich der Frühjahrsgipfel mit der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie auseinandersetzen.

Das nationale Aktionsprogramm hat Chancen, als „unser Lissabon-Programm“ sichtbar zu werden. Bislang spielte sich die Lissabon-Strategie zuhause weitestgehend in Büros und Sitzungsräumen von Ministerien ab. Abgeordnete aus Bund und Ländern sowie die Zivilgesellschaft müssen sich das nationale Aktionsprogramm aneignen. Außerdem hat jeder Mitgliedstaat einen Herr oder Frau Lissabon in Minister- oder Staatsministerrang benannt, der oder die für die Koordination zuständig ist, und der Strategie ein nationales Gesicht verleihen sollte.

**V. Ausblick**

Die Lissabon-Strategie krankt an einer halbherzigen Umsetzung. In wenigen Mitgliedstaaten und nur an wenigen Einzelbeispielen lässt sich erkennen, dass die Vision Eingang in den politischen Prozess gehalten hat. Natürlich lassen die Lissabon-Ziele interpretativen Raum für nationale Politik. Sie können aber garantiert ein Werkzeug für gesellschaftliche Modernisierung sein. Wenn

die deutsche Sozialdemokratie nicht ihre Anstrengungen verstärkt, wird um das nationale Aktionsprogramm und den Frühjahrgipfel herum die Deutungshoheit von rechts besetzt.

Dass die Europäische Kommission sich die Strategie auf die Fahnen geschrieben hat, gäbe Grund zur Hoffnung. Allerdings wird immer deutlicher, dass ihr Präsident Barroso vornehmlich Marktliberalisierung und nicht

die Weiterentwicklung von sozialem Schutz und Arbeitnehmerrechten als seine Aufgabe ansieht. Im Binnenmarkt hat sich inzwischen aber auch ein Binnenarbeitsmarkt herausgebildet, der wie jeder Arbeitsmarkt arbeitsrechtliche und sozialpolitische Regulierung braucht. Die Sozialdemokratie ist gefragt, konkrete Vorschläge für realistische europäische Regeln für diesen neuen Arbeitsmarkt zu entwickeln.

spw 6 / 2005

## Chancen für ein Soziales Europa

### Welche Perspektive hat das europäische Sozialmodell?

Von Reiner Hoffmann

Die Europäische Integration war in ihren Anfängen vor allem ein Wirtschafts- und Marktverständnis. Eine rein wirtschaftliche Bewertung des Integrationsprozesses fällt durchaus positiv aus. Die Realisierung des Binnenmarktes und der Währungsunion, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen auf den Weltmärkten sind hierfür deutliche Belege. Demgegenüber ist die soziale Dimension nach wie vor unterbelichtet. Die Annahme, dass der wirtschaftliche Fortschritt automatisch sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt mit sich bringt findet empirisch keine Bestätigung. Die Kritik am „Ökonomismus“ der EU-Integration und ihren unterentwickelten sozialen und politischen Grundlagen ist daher nur allzu berechtigt. Jedoch wäre es nicht nur falsch, sondern auch wenig handlungsleitend, würde man die Europäische Union lediglich als neo-liberale Freihandelszone diskreditieren. Das Europäische Sozialmodell – wie sie sich in den letzten 50 Jahren entwickelt hat – verfügt über reale Grundlagen und entspricht nicht lediglich dem naiven Wunschenken Euro-optimistischer Zeitgenossen.

In der öffentlichen Debatte wird das europäische Sozialmodell immer wieder in Frage gestellt. Unter dem Druck des neo-liberalen mainstream werden die Interessen der Anteilseigner und Aktienbesitzer immer mehr zum Maßstab des unternehmerischen Handelns und soziale Werte werden zunehmend den Regeln des freien Marktes unterworfen. Aber auch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die trüben Aussichten für die europäische Wirtschaft, die sowohl durch aktuelle konjunkturelle aber auch durch strukturelle Probleme geprägt sind,

stellen das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell unter erheblichem Anpassungsdruck. Fragt man nach den Grundlagen des europäischen Sozialmodells so werden diese deutlich, wenn man das Projekt der Europäischen Integration mit der Herausbildung anderer regionaler Wirtschaftsblöcke vergleicht. Der Ausbau internationaler Wirtschaftsbeziehungen hat sich in den letzten Jahren rasant beschleunigt. Diese vollziehen sich jedoch keineswegs weltumspannend wie es in der Globalisierungsdebatte der letzten Jahre häufig assoziiert wird. Mit dem Ausbau internationaler Wirtschaftsbeziehungen gehen im Wesentlichen engere regionale ökonomische Verflechtungen einher. Beispiele hierfür sind unter anderem das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA sowie die verstärkte Kooperation der ASEAN und MERCOSUR-Staaten. Nach wie vor vollziehen sich die internationalen Handels- und Investitionsströme innerhalb der regionalen Wirtschaftsblöcke. Für die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten und der in ihnen agierenden Akteure ist dieser Zusammenhang keineswegs bedeutungslos. Insbesondere deshalb nicht, weil hinter den ökonomischen Weltregionen unterschiedliche Gesellschafts- und Kapitalismusmodelle stehen. Ein Vergleich dieser Weltregionen macht deutlich, dass durchaus unterschiedliche Entwicklungspfade bestritten werden können, trotz beschleunigter internationaler Zirkulation von Geld, Waren und Dienstleistungen. Gerade die im Europäischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben immer wieder auf diesen Zusammenhang hingewiesen und gefordert, dass das europäische Sozialmodell als Referenz-

modell für andere sich entwickelnde ökonomische Weltregionen weiterentwickelt werden muss. Im Unterschied zur NAFTA, ASEAN und MERCOSUR verfügt die EU über politische Institutionen, die zur sozialen Regulierung der Märkte geeignet sind.

Bei allen Unterschieden, die europäischen Wohlfahrtstaaten aufweisen, verfügen sie über zahlreiche Gemeinsamkeiten, die das europäische Sozialmodell begründen. Dabei sollen die erheblichen Anpassungszwänge, mit denen sie konfrontiert sind, keineswegs ignoriert werden. Sie resultieren, aber nur zum Teil aus den veränderten internationalen Rahmenbedingungen. In gleicher Weise sind sie internen Anpassungszwängen ausgesetzt, die sich u.a. aus dem sozio-ökonomischen Strukturwandel (demografischer Wandel, Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile, Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses) und den erheblichen Arbeitsmarktproblemen ergeben. Neben den nach wie vor leistungsfähigen sozialen Sicherungssystemen, die vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit und demografischer Entwicklung unter Anpassungszwang stehen; den am Gemeinwohl orientierten öffentlichen Dienstleistungen, die einem erheblichen Liberalisierungs- und Modernisierungsdruck ausgesetzt sind; sind es die nach wie vor stabilen Systeme industrieller Beziehungen, die aus gewerkschaftlicher Perspektive für das europäische Sozialmodell konstitutiv sind.

Mit der Aufnahme von zehn neuen Mitgliedstaaten wird das europäische Sozialmodell keineswegs in Frage gestellt, allerdings sind die damit verbundenen Herausforderungen beachtlich. Gerade von neo-liberaler Seite wird in der Erweiterung die Chance gesehen, die Europäische Union auf eine reine Freihandelszone zu reduzieren. Dennoch gibt es zu der EU-Erweiterung keine Alternative. Natürlich hat die EU-Erweiterung zu einer Beschleunigung der eu-

europäischen Arbeitsteilung beigetragen, die zu ernstzunehmenden Risiken für das Europäische Sozialmodell führen kann. Im übrigen haben gerade die Menschen in den ostmitteleuropäischen Ländern aufgrund des tiefgreifenden Transformationsprozesses erhebliche Anpassungsleistungen erbracht und wir müssen uns danach fragen, was die Alternative gewesen wäre, wenn die jungen Demokratien des Ostens nicht der EU beigetreten wären? Die Gestaltung des sicherlich nicht einfachen Transformationsprozesses, der mindestens noch zwei oder drei Dekaden in Anspruch nehmen wird, wäre ein deutlich schwierigerer Prozess geworden und die Risiken für das Europäische Sozialmodell wären deutlich höher gewesen. Wir sollten nicht ignorieren, dass die bisherigen Gewinner der EU Erweiterung in erster Linie die alten Mitgliedstaaten sind, vor allem die Bundesrepublik Deutschland. Dies wird deutlich, wenn man sich die erheblichen Exportüberschüsse aus dem Handel mit den MOE Staaten der letzten Jahre anschaut, die ganz entscheidend auch zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland beigetragen haben. Darüber hinaus haben die neuen Mitgliedstaaten mit dem EU Beitritt den *acquis communautaire* – den EU Rechtsrahmen – übernommen, dies ist nicht wenig und eine solide Basis für aktive politische Gestaltung in der Zukunft.

#### **Mehr und bessere Arbeitsplätze und Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Europa**

Das strategische Ziel der Europäischen Union bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, wird nur auf der Basis von hoher Qualität der europäischen Produkte und Dienstleistungen, einer hohen Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und hoher sozialer Standards zu verwirklichen sein. Daher ist für die europäischen Sozialpartner – einschließlich des europäischen Arbeitgeberverbandes UNICE! – eine Niedriglohnstrategie keine Perspektive für das europäische Sozialmodell. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Union. In einem vereinten Europa brauchen wir eine aktive europäische Beschäftigungsstrategie, mit der der soziale Zusammenhalt gewährleistet und gefördert wird. Europa braucht eine innovative Industriepolitik, die dazu beiträgt, den Strukturwandel zu gestalten und Europa braucht eine Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme auf der Basis einer intelligenten Re-Regulierung und nicht auf Basis des schlichten Rückbaus des Sozialstaates.

Zu Beginn des Jahres 2005 ist es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Zukunft der Lissabon Strategie gekommen. Sowohl eine ernstzunehmende Anzahl von Mitgliedstaaten als auch innerhalb der EU

Kommission wurde vehement der Versuch unternommen, die Lissabon Strategie auf eine reine Wettbewerbsstrategie zu reduzieren. Für den EGB ging es in dieser Auseinandersetzung im Kern darum, den Dreiklang von Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Umwelt und nachhaltige Entwicklung aufrechtzuerhalten und zu stärken. Dies ist entsprechend den Schlussfolgerungen des Rates vom 22. und 23. März 2005 im wesentlichen gelungen. Das politische Ziel der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch die Erhöhung der Beschäftigungsquoten (70 % insgesamt, 60 % für Frauen und 50 % für ältere Arbeitnehmer bis zum Jahr 2010) muss für den EGB in den nächsten Jahren als zentrales benchmark verfolgt werden. In gleicher Weise gilt es konsequent die wachsende Armut in Europa zu bekämpfen und die in Götteburg vereinbarten umweltpolitischen Zielsetzungen zu verfolgen. Nur damit kann die Sicherung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells gewährleistet werden. Die einseitige Fokussierung auf Strukturreformen und die Verbesserung der Angebotsbedingungen für die Unternehmen ist keine hinreichende Erfolgsbedingung für die Lissabon Strategie.

#### **Neuorientierung der europäischen Wirtschaftspolitik zur Stärkung des Europäischen Sozialmodells**

Vor dem Hintergrund des schwachen wirtschaftlichen Wachstums kann Europa sich nicht länger den Luxus leisten, dass in der Euro-Zone die Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB) betrieben wird und die Mitgliedsstaaten ihre Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik weiterhin national betreiben. Die europäischen Regierungen müssen sich endlich auf ein koordiniertes Vorgehen zur Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums verpflichten. Das Ziel eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums von drei Prozent, wie es im Rahmen der Lissabon Strategie von den europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbart wurde, muss konsequent verfolgt werden.

Wir brauchen einen aktiven makroökonomischen Policy-Mix, der über das enge Korsett des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt hinausgeht. In allen Bereichen werden wir von den Unternehmen und der Politik zu mehr Flexibilität angehalten. Der einzige stabile und statische Hort



scheint die Finanz- und Geldpolitik zu sein. Auch in diesem Jahr werden nicht nur Deutschland sondern gleich mehrere Mitgliedstaaten der Euro-Zone die Stabilitätskriterien verfehlen. Die Reformbeschlüsse des EU-Rats zum Stabilitäts- und Wachstumspakt gehen zwar in die richtige Richtung, werden aber nicht ausreichend sein. Wir brauchen eine Politik der EZB, die nicht nur auf das Stabilitätsziel fixiert ist, insbesondere dann nicht, wenn weit und breit in Europa keine Inflationsgefahr in Sicht ist. Geringe Inflationsraten sind durchaus im Interesse der europäischen Bürger und sie tragen zur Einkommenssicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei. Allerdings muss die Geldpolitik der EZB ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Preisstabilität und Wirtschaftswachstum sicherstellen. Eine Anhebung der Leitzinsen zum Ende des Jahres 2005 wird dem verhaltenen wirtschaftlichem Aufschwung erheblichen Schaden zufügen! Wir brauchen eine wirksame europäische Koordinierung der Finanzpolitik und wir dürfen nicht länger eine aktive Nachfragepolitik zur Stärkung der Binnennachfrage tabuisieren. Dazu gehört auch eine koordinierte Wachstumsinitiative mit entsprechender Unterfütterung nationaler Investitionsprogramme. Eine derartige Neuorientierung der europäischen Wirtschaftspolitik wird einen positiven Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung und damit zum europäischen Sozialmodell leisten.

#### **Die politische Krise der EU –Chance für ein soziales Europa?**

Dreizehn Länder – die fast die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger der EU repräsentieren – haben sich im Rahmen der Ratifizierung für den Europäischen Verfassungsvertrag ausgesprochen. Darunter Spanien, wo im Februar 2005 eine überwältigende Mehrheit bei der Volksabstimmung für die Verfassung gestimmt hat. Dann kam Ende Mai, nach wochenlangem, sehr kontroverser Debatte das französische Non. Dieses Ergebnis

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Große Koalition – ungeahnte Möglichkeiten? | Joachim Rock: Eine Kampagne als Kreuzzug. Wie das Märchen vom Missbrauch neu aufgelegt wird | Christoph Butterwegge: Stimmungsmache gegen den Sozialstaat. Massenmedien als Motor der »Reformen« | Joachim Bischoff: Soziale Sicherheit im 21. Jahrhundert | Karl Georg Zinn: Wie Reichtum Armut schafft

Sybille Stamm/Günter Busch: »Wer kämpft, kann gewinnen...« | Björn-Gerhard Harmening: Was sind unsere Tarifverträge noch wert? | Kirsten Rölke/Hermann Oberhofer: DGB-Rechtsschutz – GmbH rettet GmbH | Martin Dieckmann: Markt Macht Meinung. Entsteht ein Medien-»Duopol« Axel Springer-Bertelsmann? | Horst Mathes: Gewerkschaftliche Mobilisierung für eine andere Politik | Robert Hinke: Bildung als Lebenselixier regionaler Gewerkschaftsarbeit

Bernhard Sander: Bürgerliches Ausscheidungsrennen und linke Opposition in Frankreich | Holger Politt: Nach den Wahlen in Polen | Uli Cremer: Friedensnobelpreis für die Weiterverbreitung der Atomenergie?

Werner Thönnessen: Erinnerungen an Erich Kuby | Marion Fisch: »Unkenrufe« (Filmkritik)

Supplement: Bob Jessop, Macht und Strategie bei Poulantzas und Foucault

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-  
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)  
Redaktion Sozialismus  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Fax 040/280 505 68  
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

war zwar keine wirkliche Überraschung, dennoch war der Schock für Europa, vor allem für die politische Elite, enorm. Die relativ große Hilflosigkeit der politischen Elite wurde offensichtlich, nachdem auch das niederländische Volk mit Nee stimmte. Trotz des großen Engagement, das insbesondere die Franzosen in der Diskussion über die Verfassung gezeigt

haben, wird in der aktuellen Krise ein erheblicher Mangel an europäischer Öffentlichkeit sichtbar. Denn bei allem Respekt und demokratischer Anerkennung für das französische Non und des niederländischen Nee ist nicht zu verkennen, dass weniger die Verfassung zur Debatte stand, sondern vor allem nationale Beweggründe ausschlaggebend waren.

Die Vorherrschaft nationaler Themen bei europäischen Entscheidungen durch den Wähler ist keineswegs neu. Zuletzt haben wir diese Erfahrung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gemacht. Von wenigen Ausnahmen abgesehen standen im Juni 2004 nationale Themen im Vordergrund des Europawahlkampfes und nicht die Stärkung des Europäischen Parlaments. Ein wirklich europäischer Wahlkampf, mit europäischen Themen und europäischen Spitzenkandidaten hat nicht stattgefunden. Der Wähler hat dies mit Wahlabsentismus und Abstrafen der jeweiligen Regierungen beantwortet. Das dem so ist, hat u.a. mit dem Mangel an europäischer Öffentlichkeit zu tun und mit der Tatsache, dass nationale Politiker in ewig gleicher Manier auf die vermeintliche Brüsseler Bürokratie eindreschen, wenn es darum geht, unpopuläre Entscheidungen gegenüber dem eigenen Wähler zu vertreten. Da ist es dann einfacher, den Schuldigen in Brüssel zu suchen, ohne auch nur im geringsten darauf hinzuweisen, dass es die Minister der Mitgliedstaaten sind, die im Rat letztendlich alle Entscheidungen treffen, und nicht die Brüsseler Bürokratie, spricht die EU-Kommission. Die Verfassung würde in dieser Hinsicht einen deutlichen Fortschritt mit sich bringen. Statt auf der Basis geheimer Diplomatie und hinter verschlossenen Türen im Rat zu debattieren würden zukünftig alle Entscheidungen öffentlich und transparent getroffen. Dies wäre ein Beitrag zur Förderung einer europäischen Öffentlichkeit.

Ein »Weiter wie bisher« ist sicherlich keine Antwort auf die Krise der europäischen Integration! Was wir brauchen ist eine breit



angelegte und öffentliche Debatte über die Zukunft des europäischen Integrationsprojekts. Aus gewerkschaftlicher Sicht muss dabei die »Zukunft des europäischen Sozialmodells in einer erweiterten Union« in den Vordergrund gestellt werden. Dabei müssen Antworten und Orientierungen u.a. auf die Frage gegeben werden, wie die Beschäftigungskrise durch mehr und bessere Arbeitsplätze überwunden werden kann. Beschränkt sich die EU lediglich auf die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen der Unternehmen durch eine weitere Liberalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte und eine weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte? Oder verpflichtet sie sich dem Primat einer sozialen Marktwirtschaft mit dem Ziel der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, wie es der Verfassungsvertrag vorsieht? Wollen wir eine europäische »Wirtschaftsregierung« (economic governance) mit einer effektiven Koordinierung der Steuer- und Haushaltspolitik und einer wirksamen Begrenzung von Steuerdumping? Oder überlassen wir lediglich der EZB das Geschäft einer europäischen Geldpolitik? Welche Finanzarchitektur braucht die EU und wie viel Geld sind die europäischen Bürger bereit in die EU-Kasse einzuzahlen, um letztendlich die soziale und regionale Kohäsion zu fördern? Machen wir die Systeme der sozialen Sicherung wetterfest oder setzen wir lediglich auf die Eigenverantwortung der Arbeitnehmer? Stärken wir das europäische Gesellschaftsmodell als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung oder unterwerfen wir es lediglich den Regeln globalisierter Finanzmärkte? Und: Wo liegen die Grenzen der EU-Erweiterung und wo hören sie auf? Oder verschanzen wir uns in der Festung Europa der 25?

Eine offen geführte Debatte stellt alle politischen Akteure vor erhebliche Herausforderungen. Widersprüche und Kontroversen müssen offengelegt und ausgehalten werden. Dazu will dieser Artikel beitragen.

# Falsche Wirtschaftstheorien bald mit Verfassungsrang?

## EU braucht neuen Verfassungsentwurf

Von Herbert Schui

Eine öffentliche Debatte über den Europäischen Verfassungsentwurf hat in Deutschland nicht stattgefunden. Und dies, obwohl doch bedeutende Normen unseres Grundgesetzes unter die Räder kommen, wenn dieser Entwurf je die Verfassung für Europa wird. Das deutsche Grundgesetz nämlich lässt jede Wirtschaftspolitik zu, die dem Geist der Verfassung eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates [Artikel 28 (1)] entspricht – und so eindeutig auch keynesianisch begründete Verteilungspolitik. Der Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik wird in Artikel 14 (2) beschrieben: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Im äußersten Fall ist zur Durchsetzung dieser Norm Entziehung vorgesehen [Artikel 14 (3) und Artikel 15)]. Damit drückt die Verfassung die Vermutung aus, dass ein uneingeschränktes Verfügungsrecht der Eigentümer von Produktionsmitteln oder Geldvermögen nicht zwingend das „Wohl der Allgemeinheit“ fördert. Sie will verhindern, dass wirtschaftliche Macht die Macht des Staates usurpiert. Das Grundgesetz verteidigt den Vorrang der Politik, der Europäische Verfassungsentwurf räumt dem freien Markt alle Vorrechte ein. Was zulässige Politik ist, wird vom Verfassungsentwurf sehr eng definiert: Artikel 1, Absatz 3 macht die Soziale Marktwirtschaft zur Verfassungsnorm: „Die Union strebt (...) eine in hohem Masse wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft (an), die auf Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit abzielt (...).“ Artikel 30, Absatz 2 verpflichtet uns auf den Monetarismus: „Das vorrangige Ziel des Europäischen System der Zentralbanken ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten.“ Und Artikel 178 in Teil III: macht eine neoklassische Grundaussage zu Verfassungsrecht: „Die Mitgliedsstaaten handeln im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird.“ Anreichern ließe sich diese Liste noch durch den Artikel III – 184, in dem der Mastricher Stabilitätspakt Verfassungsrang erhält und durch die vielen Artikel, in denen

der offene Wettbewerb, die unternehmerische Freiheit oder die Unterordnung der Beschäftigungspolitik unter die Grundzüge der Wirtschaftspolitik festgelegt wird.

Soziale Marktwirtschaft hat im deutschen Grundgesetz keinen Verfassungsrang. Die SPD hat diese Idee in der Nachkriegszeit kompromisslos abgelehnt – und dies auch nach ihrer Godesberger Wende. Soziale Marktwirtschaft nämlich behauptet, dass ein freier Güter- und Arbeitsmarkt automatisch zu besseren Lebensverhältnissen führt. Bei der Interpretation der Norm „Soziale Marktwirtschaft“ herrscht nicht wenig Unklarheit. Ihre Anziehungskraft verdankt sie vor allem ihrer assoziativen Wirkung. Nicht selten wird dieses Konzept gleichgesetzt mit dem klassischen sozialdemokratischen Sozialstaat. Zweck dieser suggestiven Wortfolge war, Kapitalismus akzeptieren, ohne über ihn zu reden. Müller-Armack ist hierauf nicht wenig stolz, wenn er schreibt: „(M)an hat es wenigstens im deutschen Sprachgebrauch (...) vermieden, das Wort ‚Kapitalismus‘, das emotionsbelastet ist und im übrigen wenig zur Sache sagt, durch den neutraleren Begriff (...) der Marktwirtschaft zu ersetzen.“ (Müller-Armack, Alfred, 1973: Die wissenschaftlichen Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft. In: Alfred Müller-Armack, 1981: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. 2. erweiterte Auflage Bern und Stuttgart, S 181)

Streng genommen ist Soziale Marktwirtschaft ein Gesellschaftsentwurf, der die Existenz der mittelständischen Wirtschaft sichern soll. Diese sieht sich von den Konzernen, von der staatlichen Sozialgesetzgebung und von den Gewerkschaften gleichermaßen in die Zange genommen. Die Soziale Marktwirtschaft fordert daher einen Staat, der vollständige Konkurrenz auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt veranstaltet: Die Konzerne sollten ebenso wie die Gewerkschaften entmachteten werden; denn „vollständige Konkurrenz befreit den Staat von privaten Machtgruppen.“ (Eucken, Walter; 1975: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen, S. 293) So ließe sich die Sphäre des Staates und der priva-

ten Wirtschaft klar voneinander trennen. „Privateigentum bei vollständiger Konkurrenz bedeutet (...) Ohnmacht, die Verfügungsmacht und Freiheit der anderen Eigentümer zu Lasten der Gesamtheit einzuschränken.“ (Ebenda, S. 274,) Dass die Idee der vollständigen Konkurrenz sich vor allem gegen die Gewerkschaften richtet, können die folgenden Textstellen der Gründer dieser Richtung belegen: „Ich habe die Vorstellung, daß der Unternehmer Macht im eigentlichen Sinne in unserer Gesellschaft ausübt, für abwegig. Mögen große Vermögen in unseren Gesellschaften investiert sein und als Gegenstand öffentlicher Sensationsberichte in der Presse dienen, sie üben zweifellos nicht annähernd soviel Macht aus wie andere festgefügte Organisationen: Gewerkschaften, Parteien, ja selbst die Kirchen.“ (Müller-Armack, Alfred, Der Moralist und der Ökonom. Zur Frage der Humanisierung der Wirtschaft, 1969. In: Müller-Armack, a.a.O., 1981, S. 134)

Vorrangiges Ziel der Sozialen Marktwirtschaft sind individuelle Arbeitsverträge: Die „Arbeiter und Angestellten (werden) durch Beseitigung des freien Arbeitsvertrages (...) in ihrer sozialen Position geschwächt (...) und die Menschen in eine Apparatur und in die Hand von Funktionären geraten, die sie beherrschen.“ (Ebd, S. 192) Wenn dies das Ziel ist, dann ist schwer zu erklären, warum der DBG in seinem Grundsatzprogramm schreibt, die „Soziale Marktwirtschaft [habe] einen hohen materiellen Wohlstand bewirkt.“ (Deutscher Gewerkschaftsbund, Die Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beschlüssen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongress am 13.-16. November 1996 in Dresden ) Ähnlich ist die Haltung des DGB zum Europäischen Verfassungsentwurf: Die „Gewerkschaften begrüßen (...) die Festlegung der Union auf das Ziel (...) der sozialen Marktwirtschaft.“ (Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Für eine Europäische Verfassung. Stellungnahme des DGB zur EU-Regierungskonferenz. Beschluss des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vom 29.09.2003) Nicht anders bei der Gegenwarts-SPD: Sie will offenbar die alte Idee des Sozialstaates durch Soziale Marktwirtschaft ablösen. (Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag – Planungsgrup-



pe – Informationen und Argumente, 21.4.2005).

Wenn Soziale Marktwirtschaft – und damit auch all ihre genannten Implikationen – Verfassungsnorm werden sollen, dann ist nur logisch, wenn Artikel 178 in Teil III behauptet, der freie Wettbewerb fördere den effizienten Einsatz der Ressourcen. Mit der Wirklichkeit ist diese Norm nicht in Einklang. Denn immerhin haben die Erfahrungen mit dem wirtschaftlichen Desaster der 30er Jahre und mit der schleichenden Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte gezeigt, dass wirtschaftliche Hilfsmittel bei zunehmender Freiheit des Marktes brach liegen. Wie kann man behaupten, dass der freie Wettbewerb die Effizienz fördere, wenn die Arbeitslosigkeit und der Auftragsmangel bei befreiten Märkten zunehmen! Wie kann

satz 2) Dieser behauptet seit mehr als 30 Jahren, Preisstabilität sei eine Sache der Geldversorgung und damit der Zentralbank. In den Wirtschaftswissenschaften ist diese These sehr umstritten. Wenn der Monetarismus mit seiner Politik für Preisstabilität Erfolg hat, dann nur dadurch, dass er durch hohe Zinsen die kreditfinanzierte Nachfrage so sehr verteuert, bis die Wirtschaft schließlich ihre Dynamik verliert und Preiserhöhungen kaum noch durchzusetzen sind. Die Folge dieser Politik ist hohe Sockelarbeitslosigkeit – und damit Disziplinierung der abhängig Beschäftigten und Zermürbung der Gewerkschaften. Die alternative Theorie hat stets auf einen großen, preisregulierenden öffentlichen Sektor gesetzt, also keine Privatisierung und kein freier Wettbewerb,

diese Wirtschaftstheorie, die sich in der Praxis nicht bewährt hat, Bestandteil der Verfassung werden?

Eine weitere falsche Wirtschaftstheorie, die sich nun als Norm in der Verfassung wieder finden soll, ist Milton Friedmans Monetarismus. (Artikel 30, Absatz 2)

sondern politische Steuerung – auch im Bereich der Güterproduktion.

Wird aus dem Entwurf eine wirkliche Verfassung, dann werden es die Gegner des Wirtschaftsliberalismus schwer haben: Wer tritt für den Sozialstaat und gegen Soziale Marktwirtschaft, wer Preisregulierung durch einen öffentlichen Produktionssektor dem Monetarismus vorzieht und sich damit der Privatisierung widersetzt, wer Verteilungspolitik fordert, um die Nachfrage zu stärken und den Lebensstandard zu verbessern, der, ja der führt nicht eine wissenschaftliche oder eine politische Debatte um die richtige Theorie und die beste Politik, der ist Verfassungsfeind.

Der Verfassungsentwurf, so heißt es, sei einstweilen auf Eis gelegt. Er wird so im Verborgenen frisch gehalten. Der Kampf gegen die Reste der europäischen Sozialstaaten ist nicht eingestellt. Nachdem der Generalangriff am Nein der Franzosen und Niederländer gescheitert ist, verlegt sich die Europäische Kommission nun auf Guerillakrieg. Ein Überfall dieser Art ist die Bolkestein-Richtlinie. Mit dem Europäischen Verfassungsentwurf ist der Bogen überspannt worden. Gegenwehr formiert sich. In Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern ist eine Debatte nachzuholen: Der Verfassungsentwurf sollte endlich von allen gelesen werden. Dann haben die meisten gute Gründe, dagegen zu sein.

spw 6 / 2005

## Work in Progress

### Auf dem Weg zu einer europäischen Gewerkschaftspolitik

Von Anna Bernstorff und Heiko Glawe

Die europäische Integration ist (mal wieder) in einer Krise. Die negativen Referenden zum EU-Verfassungsvertrag, das Scheitern der Luxemburger Präsidentschaft zur Schaffung eines verlässlichen finanziellen Rahmens für die kommenden Jahre, eine sich scheinbar ausbreitende und wachsende Europaskepsis, auch bei ArbeitnehmerInnen sind sowohl Ursache als auch Wirkung der Krise.

Zugleich belegen auf der anderen Seite Euro-Barometer-Umfragen, dass die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und sozialer

Ausgrenzung ganz oben auf der Liste der Erwartungen der Bevölkerung an die Europäische Union stehen. Zudem erleben wir in Deutschland aber auch in anderen, vorwiegend „alten“ EU-Mitgliedstaaten ein Phänomen. Zum ersten Mal wird ein Entwurf der EU-Kommission für eine Richtlinie weit über die Europa-ExpertInnenkreise von Gewerkschaften, Parteien, und anderen Organisationen hinaus kritisch diskutiert und ist Gegenstand von Kampagnen und Mobilisierung. Zum ersten Mal fordern Mitglieder und ehrenamtliche Funktionäre

in relevanter Größenordnung Aktionen zu einem europäischen Thema. Gemeint ist die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Ob dieses Beispiel tatsächlich beispielhaft sein wird, muss sich erst noch erweisen. Aus gewerkschaftlicher Sicht wäre dies einerseits wünschenswert. Viel zu lange sind in Brüssel und Straßburg wichtige Beschlüsse getroffen worden, die erst dann von einer breiteren (gewerkschaftlichen) Öffentlichkeit registriert wurden, wenn ihre Folgen konkret und vor Ort zu spüren waren. Andererseits ergäben sich daraus ganz neue Anforderungen an eine europäische, bzw. europaweit handlungsfähige Gewerkschaftspolitik. Im folgenden Beitrag geht es im Kern darum, wie es um diese Handlungsfähigkeit bestellt ist und welche Aufgabe in diesem Kontext regionale Gewerkschaftspolitik in den Grenzübereichen übernehmen könnte.

Anna Bernstorff leitet die Abteilung Europapolitik beim DGB-Bezirk Sachsen und ist u.a. zuständig für den Interregionalen Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße

Heiko Glawe leitet die Abteilung Wirtschafts- und Strukturpolitik beim DGB Berlin-Brandenburg und ist u.a. zuständig für den Interregionalen Gewerkschaftsrat Viadrina

### „Deutschland gehört zu den Gewinnern der europäischen Integration!“ – Wer ist Deutschland?

In der Bewertung der real existierenden europäischen Integration gibt es eine ebenso offenkundige wie wenig hinterfragte Dichotomie der Wahrnehmung.

Der jährliche Titelfavorit für die Exportweltmeisterschaft, Deutschland, gehört zweifellos zu den Profiteuren der Integration. Entgegen aller Horrorszenarien brummt der Exportmotor nahezu unbeeindruckt von Wirtschaftskrisen und Konjunkturschwankungen. Und immerhin finden nach wie vor ca. 70 % des deutschen Außenhandels mit EU-Staaten statt, d.h. die Globalisierung beschränkt sich in der Welt deutscher Im- und Exportgeschäfte zu mehr als zwei Dritteln auf die Europäische Union. Entgegen allem Gerede von der angeblichen Ohnmacht der Politik hat die Bundesregierung daran kräftig mitgewirkt. Sie hat die „Unabhängigkeit“ der Europäischen Zentralbank nach dem Modell der Deutschen Bundesbank durchgesetzt.

Die europäische Währungsunion à la Maastricht war aus deutscher (Export-)Sicht fast eine Lizenz zum Gelddrucken. Wettbewerbsrelevante Abwertungen der Währungen wichtiger europäischer Konkurrenzländer sind im Euro-Raum ausgeschlossen. Auch die EU-Osterweiterung ist bisher aus „deutscher“ Export-Sicht eine Erfolgsgeschichte.

Doch wer ist „Deutschland“? Die Bundesrepublik ist eine führende Wirtschaftsnation mit all den verteilungspolitischen Prämissen, die eine – wenn auch (noch) mit dem Attribut sozial versehene – kapitalistische Marktwirtschaft so mit sich bringt. Die Profite der Exporterfolge kommen keinesfalls allen zugute, im Gegenteil, sie werden immer ungleicher verteilt.

Besonders die (sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigten und die Arbeitslosen bezahlen seit 10 Jahren einen hohen Preis für den Titel „Exportweltmeister“. In keinem anderen Land der EU-15 sind die Reallöhne in diesem Zeitraum so gering gestiegen. Bei den öffentlichen Investitionen ist die Bundesrepublik EU-weites Schlusslicht, die Arbeitslosigkeit ist – auch ohne statistischen Effekt durch Hartz IV – dramatisch angestiegen. Last but not least belegt der Armuts- und Reichtumsbericht 2005, dass sich auch unter Rot-Grün die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat.

ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften befinden sich zunehmend in einer Zwickmühle. Die sukzessive Öffnung und Erweiterung des europäischen Binnenmarkts wirkt sich nicht nur fördernd auf die Exporte aus, sondern geht mit einer Restrukturierung der Wertschöpfungsketten einher. Das gilt besonders für Branchen, in denen deutsche Gewerkschaften traditionell stark sind, z.B. in der Automobilindustrie. Anders ge-

sagt, gerade die gewerkschaftlichen Hochburgen haben sich in den letzten Jahren sukzessive europäisch aufgestellt, ohne dass die Gewerkschaften diesen Prozess hinreichend nachvollzogen hätten. Die Folge ist eine deutliche Schwächung der Kampfkraft, da selbst hoch organisierte Belegschaften mit ihren Aktionen ins Leere laufen, sofern sie nicht auf ein Mindestmaß an Solidarität von den anderen Standorten in Europa bauen können.

So gesehen haben die beiden zentralen europäischen Integrationsschritte der letzten 10 Jahre, die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion und die EU-Osterweiterung, das Erpressungspotenzial der Arbeitgeber gegenüber ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften vervielfacht – besonders in Deutschland.

Die doppelte exit-Option, also die Androhung einer Verlagerung der am Standort zu versteuernden Gewinne oder gleich des ganzen Standorts ist offensichtlich so furchteinflößend geworden, dass kaum noch nennenswerter Widerstand gegen das Trommelfeuer der Forderungen nach Steuer- und Lohnsenkungen, Kürzungen von Sozialleistungen, etc. geleistet wird. Die Stabilität dieses neoliberalen „Elitenkonsenses“ ist schon faszinierend, wenn auch aus ArbeitnehmerInnen-sicht eher deprimierend. Unverdrossen wird weiter daran festgehalten, völlig gegensätzliche Botschaften in die Welt zu blasen:

- Wir können uns diese hohen Löhne nicht mehr leisten! Hilfe, die Binnennachfrage sinkt!
- Wir brauchen einen Niedriglohnsektor (sorry, es gibt bereits einen Niedrigstlohnsektor)! Hilfe, die Menschen investieren zu wenig in ihre individuelle Alters- und Krankenvorsorge!
- ArbeitnehmerInnen müssen heutzutage mobil sein! Hilfe, in strukturschwachen Regionen fehlen Fachkräfte!

Die Liste der intellektuellen Zumutungen ließe sich noch fortführen, aber das ist nicht das Thema dieses Beitrags. Auch hier zeigt sich die politische Kehrseite des – qua • und EU-Osterweiterung – Sonderförderprogramm Export. Die Exportwirtschaft kann damit auch ihr Image als Wachstumsmotor weiter stärken. Die Stagnation der Binnenwirtschaft, eine logische Konsequenz stagnierender oder gar sinkender Masseneinkommen, wird ebenso lauthals wie folgenlos beklagt.

### Ein anderes Europa ist möglich, aber wer tritt dafür ein?

Wenn oben von der real existierenden europäischen Integration die Rede war, dann bezieht sich diese Einschätzung vor allem auf den hegemonialen Integrationspfad zur Schaffung eines im Vergleich zu den Nationalstaaten weitgehend deregulierten europäischen Binnenmarkts. Diese neoliberale Hegemonie ist weder bruchlos noch widerspruchsfrei. Ob sie allerdings bröckelt, darum streiten sich vorwiegend linke Geister schon seit einiger Zeit. Zumindest die historisch einmalige Situation einer 4/5-Mehrheit sozialdemokratisch-sozialistischer Regierungschefs im Europäischen Rat in der Mitte der 90er Jahre hat bestenfalls einen Riss in der Fassade hinterlassen. Gebröckelt ist da wenig. Auf der anderen Seite zeigen eben die Volksentscheide in Frankreich und den Niederlanden oder der anhaltende Widerstand gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie, dass strategisch wichtige Integrationsprojekte nicht mehr ohne weiteres durchgesetzt werden können.

Eine grundlegende Voraussetzung für einen alternativen Integrationspfad, da sind sich die ExpertInnen seit Jahren einig – ist die stärkere Handlungsfähigkeit von Gewerkschaften auf europäischer Ebene. Kaum eine kritische Europaanalyse kommt ohne einen Appell im Schlusskapitel aus, dass die



Gewerkschaften sich (stärker) europäisieren und europäisch engagieren muss(t)en. Es liegt den AutorInnen fern, diesem geballten, bibliothekenfüllenden Sachverstand, widersprechen zu wollen. Im Gegenteil, weder gegen finanzielle noch gegen personelle Unterstützung unserer Arbeit hätten wir etwas einzuwenden. Angesichts der gegenwärtigen Kassenlage der deutschen Gewerkschaften (1) ist die Hoffnung auf kurzfristige Besserung indes gering, zumindest wenn es um Eigenmittel geht. Es soll auch im Folgenden nicht darum gehen, die strukturellen Ressourcenprobleme europäischer Gewerkschaftsarbeit schön zu reden. Dennoch erscheint es uns wichtig, die Forderung nach einer Europäisierung der Gewerkschaften einmal anders zu stellen, in dem wir nach den Bedingungen für eine europäische Gewerkschaftspolitik fragen. Jeder nationale Gewerkschaftsbund ist mehr oder minder in der Lage, gegen (manchmal auch für) wichtige nationale Gesetzesvorhaben (z.B. Arbeitsmarktreformen) die volle Bandbreite seiner Organisationsstruktur (national, kommunal, betrieblich) zu mobilisieren. Auf europäischer Ebene klappt das (noch) nicht. Der *Europäische Aktionstag* am 03. April 2004 symbolisiert zweifellos einen der größten Mobilisierungserfolge deutscher Gewerkschaftsgeschichte. Abgesehen vom Namen und der punktuellen Beteiligung tschechischer und polnischer KollegInnen an den Demonstrationen in Deutschland war es jedoch kein *europäischer Aktionstag*, sondern – zumindest in Deutschland – ein nationaler Aktionstag gegen die Agenda 2010 der damaligen Bundesregierung. Dass die Agenda 2010 im Kontext der Lissabon-Strategie der EU steht, dürften die wenigsten DemonstrantInnen gewusst oder mitbekommen haben. Die wenigen Informationen, die zu diesem Aktionstag vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) kamen, be-

schränkten sich im Wesentlichen auf Meldungen über die geplanten Aktionen in den Mitgliedsländern. Eine inhaltliche Klammer fehlte jedoch. Ein positives Gegenbeispiel war die Demonstration gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie am 19. März 2005 in Brüssel mit 85.000 TeilnehmerInnen aus alten wie neuen EU-Staaten, davon knapp 10.000 aus Deutschland.

Europäische Gewerkschaftspolitik wäre demnach handlungsfähiger, so unsere zentrale These, wenn sie die bereits funktionierenden Strukturen effektiver nutzen würde. Sinnvoll wäre unseres Erachtens eine kritische Bestandsaufnahme und die Weiterentwicklung der Vernetzung bestehender europäischer Gewerkschaftsorganisationen untereinander.

Im Folgenden wollen wir diese These am Beispiel unserer praktischen Arbeit und strategischen Überlegungen im Rahmen von Interregionalen Gewerkschaftsräten deutlich machen.

#### Was sind Interregionale Gewerkschaftsräte (IGR)?

Das gern zitierte Bild vom „Raumschiff Brüssel“ ließe sich auch auf den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) übertragen. Während die Existenz des „Raumschiffes EGB“ in Gewerkschaftskreisen immerhin einigermaßen bekannt ist, wissen doch nur sehr wenige, dass dieses „Raumschiff“ inzwischen mit den IGR europaweit 40 „Basisstationen“ in den Regionen Europas hat.

Wenn man versucht die organisatorischen Strukturen europäischer Gewerkschaftspolitik zu skizzieren, lassen sich aus unserer Sicht drei Säulen ausmachen:

*Säule 1* sind die europäischen und nationalen Gewerkschaftsvertretungen der Dach- und Branchenverbände in Brüssel und Straßburg, zumeist in vergleichsweise enger Abstimmung mit den internationalen

Abteilungen in den nationalen Hauptverwaltungen.

Ihre Aufgabe besteht zum einen in der Lobbyarbeit gegenüber der EU-Kommission, den Abgeordneten des Europäischen Parlaments und anderen europäischen Institutionen.

Zum anderen sind sie im Prinzip Sensoren eines Frühwarnsystems, das Informationen und Analysen zu wichtigen Vorhaben der EU-Gesetzgebung frühzeitig in die nationalen und regionalen Gliederungen einspeist, um gesellschaftlichen Druck aufzubauen. Bisher hat dieses Frühwarnsystem kaum funktioniert. Mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist es allerdings erstmals gelungen, ein europäisches Thema breit in der Mitgliedschaft zu verankern.

*Säule 2* sind die Europäischen Betriebsräte (EBR) in EU-weit agierenden Unternehmen. Auf der Grundlage der EU-Richtlinie von 1994 können sie theoretisch in jedem Unternehmen gegründet werden, das mindestens 1.000 Beschäftigte in mindestens zwei EU-Staaten hat. Die EBR-Gründung ist noch längst nicht flächendeckend erfolgt und EBR haben weitaus weniger Rechte als z.B. Betriebsräte in Deutschland. Trotz dieser quantitativen und qualitativen Einschränkung ist diese Säule mittlerweile ziemlich stabil. EBR sind zumindest Plattformen für den Informationsaustausch zwischen den europäischen Standorten. Das Beispiel General Motors (2004) hat gezeigt, dass Gewerkschaften und/oder Betriebsräte mittlerweile diese Plattformen nutzen, um handlungsfähig im Sinne einer grenzüberschreitenden Organisation von Widerstand sein können.

*Säule 3* sind die Interregionalen Gewerkschaftsräte (IGR). Formal sind die IGR eine regionale Gliederung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Die zurzeit 40 bi- und trilateralen IGR sind Mitglieder im Koordinierungsrat der IGR beim EGB. Die/der Vorsitzende vertritt die IGR im Exekutiv Ausschuss, weitere IGR-VertreterInnen sind in den EGB-Fachausschüssen vertreten.

Trotz dieser formal vorhandenen Strukturen orientiert sich die IGR-Arbeit überwiegend an den jeweiligen Interessen ihrer regionalen Mitglieder. Die Mitglieder eines IGR ergeben sich zwangsläufig aus der Mitgliedschaft des jeweiligen Dachverbandes im EGB. Im Gegensatz zu den Brüsseler Gewerkschaftsvertretungen und den EBR haben die IGR keine feste eigene Finanzbasis. Sie sind vielmehr abhängig von der jeweiligen Zahlungsfähigkeit und –bereitschaft ihrer Mitglieder und dem Einwerben von Drittmitteln. Auf der anderen Seite sind die IGR die einzige europäische Gewerkschaftsorganisation, die im Prinzip ständigen Kontakt zur „Basis“ hat (oder zumindest haben sollte). Dabei agieren die IGR auf drei Handlungsebenen, die sie möglichst integrieren müssen. Zum einen vertreten sie die regio-



nalen Interessen auf europäischer Ebene, zum zweiten versuchen sie, den Grenzraum auf der regionalen Ebene gemeinsam mit weiteren Akteuren arbeitnehmerorientiert zu gestalten und zum dritten unterstützen die Gewerkschaften darin, auf der betrieblichen Ebene grenzüberschreitende Kontakte aufzubauen und einen Wissenstransfer zu initiieren. Dies bedeutet, die Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit europäischen Themen anzusprechen, was nicht immer einfach ist.

Hinzu kommen, das soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, eine Vielzahl bi- oder auch multilateraler gewerkschaftlicher Netzwerke.

#### Der erste IGR ...

Interregionale Gewerkschaftsräte gibt es seit 1976. In diesem Jahr wurde der IGR Saar-Lor-Lux im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum gegründet, als bei der ersten großen Restrukturierungswelle der Stahlindustrie, GewerkschafterInnen aus allen drei Ländern die Hochöfen im Bauch der europäischen Stahlindustrie zum Rumoren brachten. Dieser „Feuertaufer“ folgten im Laufe der Zeit unter weniger martialischen Begleitumständen 12 weitere bi- und trilaterale IGR mit deutscher Beteiligung, unabhängig davon, ob die jeweiligen Partnerländer Mitglied der Europäischen Union waren. So gibt es bereits seit Beginn der 90-er Jahren vier IGR an den Grenzen zu Polen und Tschechien, vom IGR Pomerania im Norden über den IGR Viadrina ([www.igr-viadrina.com](http://www.igr-viadrina.com)) und den trilateralen IGR Elbe-Neiße ([www.igr-elbe-neisse.org](http://www.igr-elbe-neisse.org)) bis hinunter zum IGR BoBa im bayerisch-böhmischen Grenzraum.

In den IGR Viadrina und IGR Elbe-Neiße sind von deutscher Seite der DGB sowie von polnischer Seite die NSZZ „Solidarno“ und von tschechischer Seite die Böhmisches-Mährische Konföderation der Gewerkschaftsverbände (MKOS) vertreten. Die Präsidentschaft rotiert in der Regel zwischen den regionalen Vorsitzenden der Mitglieder, auf deutscher Seite sind dies bei den beiden genannten IGR die DGB-Bezirksvorsitzenden. Andere repräsentative Gewerkschaftsbünde und -verbände sowie über den direkten Grenzraum hinausgehende Partner werden partiell – überwiegend über Projekte – in die grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit eingebunden.

#### Exkurs

Es ist eine gewisse Ironie der Geschichte, dass der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Westeuropa ein strukturelles Problem behoben hat, das nun in den MOE-Staaten wieder auftaucht. Gemeint ist das Problem der Richtungsge- werkschaften. Während kommunistische Gewerkschaften aus Südeuropa lange Zeit aus dem EGB ausgegrenzt und erst Anfang

der 90er Jahre Mitglied werden konnten, beobachtet heute die NSZZ „Solidarno“ sehr argwöhnisch jede Zusammenarbeit mit der ehemaligen Staatsgewerkschaft OPZZ oder dem 2002 gegründeten Dachverband Forum. Eine offizielle Zusammenarbeit mit diesen Gewerkschaftsbünden ist im Rahmen des IGR laut Statut nicht möglich, da nur die NSZZ „Solidarno“ Mitglied im EGB ist. Mal ganz abgesehen von ideologischen Differenzen hat diese Beschränkung auch praktische Folgen, da die OPZZ federführend z.B. in vielen Betrieben im Zuständigkeitsbereich der IG Metall vertreten ist. Entsprechende Ansätze zur Zusammenarbeit laufen parallel zum IGR, mittlerweile jedoch durchaus mit gegenseitiger Abstimmung.

#### IGR-Arbeit in der Praxis – eher (inter)regional als europäisch

Wie bereits erwähnt, gibt es auch IGR mit Nicht-EU-Mitgliedstaaten. Nach der letzten EU-Erweiterung am 01.05.2004 ist die Zahl jedoch stark geschrumpft. Bei den IGR mit deutscher Beteiligung sind nur noch die Schweiz und Liechtenstein als Nicht-EU-Partner übrig. Die Frage der EU-Mitgliedschaft des jeweiligen Partnerlandes ist für die IGR-Arbeit sowohl hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit als auch hinsichtlich des Zugangs zu gemeinsamen EU-Förderinstrumenten interessant. Da die IGR so gut wie keine eigenständige Finanzbasis haben, sind sie in besonderem Maße auf Drittmittel angewiesen – z.B. auf EU-Haushaltslinien oder EU-Programme, wie die Gemeinschaftsinitiative INTERREG oder EURES-T (allerdings fördert die EU auch Kooperationen an ihren Außengrenzen, wenn auch mit Einschränkungen). Bis zur letzten Erweiterungsrunde haben die IGR im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum unter diesen ungleichen Rahmenbedingungen der einzelnen Partner arbeiten müssen. Zugleich haben die IGR in dieser Phase reichhaltige Erfahrungen darin gesammelt, nicht die gängigen regionalen Förderpfade zu gehen, sondern insbesondere auch direkte Förderlinien der EU-Kommission und von Stiftungen zu erschließen. Dies hat für die Zukunft den Vorteil, dass eine Konzentration auf nur ein Förderinstrument eher unwahrscheinlich ist.

An den „alten“ Binnengrenzen sind insbesondere so genannte EURES-T-Partnerschaften zwischen regionalen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Arbeitsverwaltungen für die grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit eine wichtige Ressource. EURES-T ist ein Programm der EU-Kommission zur Integration der Arbeitsmärkte in Grenzräumen. Allein an den deutschen Außengrenzen gibt es zurzeit neun EURES-T-Partnerschaften (EU-weit: 21). Im

deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum sind weitere Partnerschaften in Vorbereitung. EURES-T bietet die Möglichkeit, arbeitsmarkt- und ausbildungsmarktbezogene Projekte umzusetzen und im Rahmen der von der EU geförderten Sozialpartnerschaft grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik zu gestalten.

Zugleich muss beachtet werden, dass es damit zu einer einseitigen Ausrichtung der IGR-Arbeit auf den Bereich Arbeitsmarktpolitik kommen kann. Nach Ansicht der AutorInnen ist dies aber zu kurz gegriffen, da nicht nur regional- und arbeitsmarktpolitische Ansätze aufs Engste miteinander verknüpft werden müssen, sondern darüber hinaus Grenzraumpolitik immer auch in einem europapolitischen Kontext steht. Die IGR besitzen ein strategisches Potenzial als regionaler Knoten in einem europäischen Gewerkschaftsnetz, welches kaum gesehen wird.

#### Ansätze zur strategischen Weiterentwicklung der IGR-Arbeit

„Europapolitik“ ist in den letzten Jahren zu einem permanenten Schwerpunkt auch regionaler Gewerkschaftsarbeit geworden, nicht nur in den DGB-Bezirken Berlin-Brandenburg und Sachsen. Die Konkretisierung dieses Schwerpunkts steht vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen stellt sich die Frage, was „Europapolitik“, zudem auf der Ebene eines DGB-Bezirks, eigentlich ist? Zum anderen findet der sukzessive Auf- und Ausbau dieses Handlungsfeldes in Zeiten abnehmender Ressourcen statt. Die praktische Antwort auf die finanziellen Restriktionen lautet wiederum Projektfinanzierung mit all ihren Vorteilen (Handlungsspielräume) und Nachteilen (befristet, zusätzliche Arbeit durch Projektsteuerung und Organisation der obligatorischen Co-Finanzierung).

Angesichts der Nachteile von Projektarbeit findet bei den Gewerkschaften ein strenger Abwägungsprozess des Kosten-Nutzen-Verhältnisses bei der Entscheidung für eine Antragstellung statt. Die Projekte müssen sowohl gewerkschaftlichen Ansprüchen genügen, als auch einen direkten Mehrwert bringen. Dieser Mehrwert liegt im günstigsten Fall auf allen Ebenen des Handlungsspektrums der IGR bzw. beteiligten Gewerkschaften. Dies kann auf europäischer Ebene die Verdichtung der Kommunikation mit europäischen Akteuren, auf regionaler Ebene die gemeinsame Strategieentwicklung mit regionalen Akteuren und auf betrieblicher Ebene der Wissenstransfer zwischen und die Vernetzung von ArbeitnehmerInnen im Grenzraum sein. Beispielfhaft kann an dieser Stelle die „Grenzlandinitiative von der Ostsee bis zu den Alpen“ genannt werden, die vom DGB Bezirk Berlin-Brandenburg mit den DGB Bezirken Sachsen, Nord und Bayern durchgeführt wurde und diese drei Ebenen idealtyp-



pisch miteinander verbunden hat. Sie enthielt sowohl eine Veranstaltung mit der EU-Kommissarin Danuta Hübner als auch zahlreiche Arbeitnehmerforen und Branchendialoge, die der Vermittlung von Grundlagen über sozial-, arbeits- und tarifrechtlicher Bestimmungen dienten und darüber hinaus auch Plattformen zum Erfahrungsaustausch über Themen wie Privatisierung, Mindestlohn oder Arbeitnehmerfreizügigkeit waren. Ein wesentliches und derzeit äußerst aktuelles Themenfeld ist der Bereich der EU-Strukturfonds. Und dieses Thema ist gegenwärtig sowohl regional- als auch europapolitisch relevant. Zumindest für die strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland sowie für die meisten neuen EU-Mitgliedstaaten wird mittlerweile der größte Teil der regionalen Wirtschaftsförderung und der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus Mitteln der Europäischen Strukturfonds finanziert. In der laufenden Auseinandersetzung über die finanzielle Vorausschau unterstützt der DGB den Vorschlag der EU-Kommission zur finanziellen Ausstattung der EU-Strukturfonds für die Förderperiode 2007 – 2013, der gegenüber die Forderung der „Nettozahler-Länder“ keine Beschränkung der EU-Mittel auf 1% des BIP vorsieht. Mit der EU-Osterweiterung hat sich das soziale und wirtschaftliche Gefälle innerhalb der EU deutlich vergrößert. Soll der Anspruch auf Angleichung der Lebensverhältnisse erhalten bleiben, ist eine entsprechende Finanzierung der EU-Strukturfonds eine notwendige Voraussetzung. Die Nettozahlerperspektive der Bundesregierung – von jedem €, der nach Brüssel fließt, kommen nur 40 Cent zurück – erscheint dagegen nationalfiskalisch verkürzt gedacht.

Die EU-Strukturpolitik gehört inzwischen zu den Kernthemen der IGR in der deutsch-polnisch-tschechischen Grenzregion und spiegelt sich dementsprechend in gemeinsamen gewerkschaftlichen Projekten wider.

Beispielhaft ist hier in Berlin und Brandenburg die fachliche Unterstützung zur gewerkschaftlichen Mitbestimmung bei der Programmierung und Vergabe von EU-Strukturfondsgeldern. Zugleich zeigt sich hier auch eines der vielen praktischen Probleme transnationaler Gewerkschaftskooperation, besonders mit Polen. Erstens muss die regionale Strukturpolitik bei der NSZZ „Solidarność“ erst als Handlungsfeld entwickelt werden. Zweitens nutzen die polnischen Regionalbehörden die Zerstrittenheit der polnischen Gewerkschaftsbünde, in dem sie sie selektiv in die Gremien einbinden. Drittens müssen die Gewerkschaften in Polen die ministerielle Meinung überwinden, dass sie nicht beteiligt werden müssten, da die entsprechenden Fachabteilungen der nationalen und regionalen Verwaltungseinheiten ja bereits beteiligt seien und somit keine Einbeziehung weiterer Partner notwendig sei. Dies betrifft nicht nur die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Sozialpartner, sondern auch anderer zivilgesellschaftlicher Akteure.

Daher ist teilweise einfacher, eine Förderung grenzüberschreitender Projekte direkt aus Brüssel als mittels interregionaler Instrumente zu erhalten. Die Förderprogramme der EU können auch explizit gewerkschaftliche Anliegen unterstützen, soweit sie einen klaren europäischen Bezug haben. Ein Beispiel ist das Projekt „Plattform Europäische Union – Verfassung und Bürger, Beschäftigung und Dienstleistungen“ des DGB-Bezirk Sachsen. Wie der Name schon sagt, finanziert das Projekt inhaltliche Diskussionsplattformen zu Themen wie EU-Dienstleistungsrichtlinie, EU-Verfassung oder den Lisbon-Prozess. Ein weiteres Beispiel ist das Projekt „Kommunikationsoffensive für Arbeit und Ausbildung in Europa“ des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, aus dem Maßnahmen zur gezielten Öffentlichkeitsarbeit europäischer Gewerkschaftspolitik finanziert wer-

den, u.a. eine Europa-Homepage ([www.eu.dgb.de](http://www.eu.dgb.de)).

### Rückkopplungseffekte

Das Thema Öffentlichkeitsarbeit ist ein Indikator für das steigende Selbstbewusstsein der IGR, sich stärker als bisher in die europäische Gewerkschaftspolitik einzumischen (einschränkend muss allerdings erwähnt werden, dass wir uns im Folgenden auf die IGR mit deutscher Beteiligung beziehen, europaweit ist diese Tendenz steigenden Selbstbewusstseins uneinheitlich).

Allein im Laufe der letzten beiden Jahre hat sich die Präsenz der IGR im „Netz“ verdreifacht. Auch das große Interesse am Thema EU-Dienstleistungsrichtlinie hat sich positiv auf die IGR-Arbeit ausgewirkt, da sie zur Unterstützung der Kampagne aktiv als gewerkschaftliche Organisationsstruktur agieren und auch angesprochen wurden. Bei der Demonstration am 19. März in Brüssel gab es erstmalig einen „IGR-Block“.

Die stärkere Präsenz nach außen führt auch wechselseitig zu einem sukzessiv steigenden organisationspolitischen Interesse an den IGR. Lag die Zuständigkeit für die IGR-Arbeit lange Zeit bei den DGB-Bezirken gibt es sowohl beim EGB und beim DGB als auch bei den Einzelgewerkschaften verstärkte Bemühungen, die IGR aktiv in europäische Aktivitäten und Strategien zu integrieren.

Diese Entwicklung ist sicherlich nicht allein den Aktivitäten der IGR geschuldet. Mit dem wachsenden Druck auf die nationalen Gewerkschaften sind diese mehr denn je gezwungen, sich in der gewerkschaftlichen Alltagspraxis europäisch (neu) zu aufzustellen. Der erste Schritt ist die systematische Analyse und Entwicklung vorhandener Potenziale. In diesem Sinne können IGR zweifellos organisationspolitisch mehr beitragen als in der Vergangenheit.

Die Herausforderungen haben wir am Anfang des Artikels benannt. Die Gewerkschaften können ihnen nur begegnen, wenn sie selbstbewusst in Europa agieren und als starke Kraft wahrnehmbar sind. Der Bereich der Europapolitik muss als ein Kompetenzfeld der Gewerkschaften ausgebaut werden um in Europa, aber auch in den Regionen handlungsfähig zu sein. Ansonsten werden wir die Politik nicht mitbestimmen können, sondern lediglich den Auswirkungen hinterherlaufen. Auch die Kolleginnen und Kollegen vor Ort fordern zunehmend ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen der Gewerkschaften in der Europäischen Union und greifen dabei auf die erprobten Vernetzungsstrukturen der IGR zurück. Jetzt gilt es, diese europapolitisch weiterzuentwickeln. Dieser Prozess erfordert zweifellos einen langen Atem, denn, auch wenn der DGB Harry-Potter-Premieren sponsort: Zaubern können IGR (leider) nicht.

# Die Bombe tickt weiter!

## EU-Dienstleistungsrichtlinie im Binnenmarktausschuss beschlossen

Von *Sigrid Skarpelis-Sperk*

Am 23. November hat der federführende Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments in einer mehrstündigen Sitzung über den Vorschlag zur EU-Dienstleistungsrichtlinie abgestimmt. Im Ergebnis haben 25 Europaabgeordnete für den Beschluss gestimmt, zehn Abgeordnete dagegen und fünf weitere – darunter die Berichterstatterin Evelyn Gebhardt (SPD/SPE) – haben sich der Stimme enthalten. Die Abstimmung im Plenum wird nach den bisherigen Planungen in der Januar-Plenarsitzung des Parlaments stattfinden, d.h. zwischen dem 16. und 19. Januar 2006. – Angesichts des breiten Widerstandes insbesondere in den französischsprachigen Ländern, Österreich und Schweden sowie der Komplexität des Themas ist aber durchaus eine Verschiebung in den Februar denkbar. Anschließend käme der EU-Ministerrat zum Zuge.

### Der Beschluss im Binnenmarktausschuss

In den Kernbestimmungen der Richtlinie konnte sich im Wesentlichen die konservativ-liberale Seite durchsetzen, die die gemeinsamen Kompromissanträge mit SPE und Grünen im Oktober überraschend aufgedrängt hatten: Es bleibt beim Herkunftslandprinzip (Art.16) – auch wenn die Überschrift über diesem Kapitel nun „Verwaltungsvereinfachung“ bzw. freier Dienstleistungsverkehr heißt. Dies gilt nicht nur für die Zulassungsvorschriften, sondern auch für die Ausübung der Dienstleistungen in der gesamten Europäischen Union. Der Kompromissvorschlag von Evelyn Gebhardt, wonach das Herkunftslandprinzip lediglich für die Zulassung des Unternehmens im Herkunftsland gelten soll, hatte bei der Abstimmung keine Mehrheit gefunden. Auch die Kontrolle des Unternehmens soll prinzipiell vom Herkunftsland wahrgenommen werden. Nur in jenen Bereichen, in denen es Ausnahmen vom Herkunftslandprinzip gibt und das Recht des Ziellandes gilt, soll auch das Zielland für die Kontrolle zuständig sein.

Allerdings wurde das Herkunftslandprinzip an dieser Stelle aufgeweicht. Die Mitglied-

staaten dürfen von den Unternehmen die Einhaltung ihrer jeweils nationalen Vorschriften verlangen – allerdings unter drei Einschränkungen:

1. die Vorschriften des Ziellandes beziehen sich nur auf Ausübungsvorschriften,
2. sie müssen mit Gründen der öffentlichen Sicherheit, des Gesundheits- und Umweltschutzes begründet werden und
3. sie müssen unerlässlich sein

Weitere Gründe wie Verbraucherschutz, kommunale Vorschriften, etc. sind nicht mehr zulässig. Die Formulierung „unerlässlich“ gibt zudem bei Unterschieden im nationalen Recht einen beliebig großen Auslegungsspielraum und Anlass zu Rechtsstreitigkeiten. Bleiben die Artikel 14 und 15 in den Kernbestimmungen in Kraft, ist ein weitgehendes Interventionsrecht der Beamten der Kommission in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten bis ins Detail von Rechtsverordnungen etabliert.

Selbst mit den erweiterten Kontrollmöglichkeiten, die der Binnenmarktausschuss gegenüber dem Kommissionsentwurf zulässt, steht eine effektive Kontrolle von grenzüberschreitenden Unternehmen auf dem Papier: Es gibt weder eine Meldepflicht für die im Ausland zu erbringenden Dienstleistungen noch muss das Unternehmen im Herkunftsland die Dienstleistungen selbst erbringen, es genügt ein steuerndes Hauptquartier – etwas mehr als eine Briefkastenfirma. Damit stehen aber sowohl die Kontrollen wie die Strafmöglichkeiten lediglich auf dem Papier. Es gibt bisher kein europäisches Verwaltungsvollstreckungsabkommen und selbst bei Kapitalverbrechen funktioniert die praktische Behördenzusammenarbeit langsam und schwerfällig. Bis auf die oben angeführten Ausnahmen bei denen nationale Vorschriften zu beachten sind, müssen zudem die nationalen Vorschriften des Herkunftslandes gegenüber dem fremden Unternehmen beachtet werden.

Der Herkunftsstaat wird zudem nur ein begrenztes Interesse und in den meisten Fällen vor allem bei den neuen Beitrittsländern oder Ländern weiter Entfernung auch nur

begrenzte Möglichkeiten haben, die Tätigkeit seiner Unternehmen in einem anderen Staat zu kontrollieren, zumal eine generelle Meldepflicht weder im Herkunftsland noch im Zielland für die Ausübung der Tätigkeit existiert. Insgesamt wäre man wohl eher auf Zufallsfunde – u.a. der Steuerbehörden – angewiesen. Damit besteht aber nicht nur die Durchsetzung von Recht und Ordnung, sondern auch die Allgemeinverbindlichkeit des Rechtsrahmens sowie die Nichtdiskriminierung heimischer Unternehmen praktisch nur formell.

Die Kombination des Herkunftslandprinzips mit den faktisch nicht durchsetzbaren Kontrollen (Emmentaler-Regulierung) wird zu einem erheblich verstärkten Druck schon bei kleinen bis mittleren Betrieben führen und eine Abwärtsspirale bei Lohn-, Sozial-, Qualitäts-, Umwelt- und Verbraucherstandards de jure und erst recht in der Praxis führen. Es würde ja Heilige als Manager brauchen, wenn sie nicht alle rechtlichen und Umgehungsmöglichkeiten nicht nutzen würden. Der Anständige (heimische Unternehmer) bleibt unter der neuen EU-Dienstleistungsrichtlinie immer der Dumme.

Die Sozial- und Steuerkassen bluten zunehmend aus – der Steuer-, Sozialabgaben und Standardwettbewerb nach unten in Europa wird so nicht nur nicht gestoppt, sondern erhält einen neuen bedrohlichen Schwung. Anwendungsbereich der Richtlinie (Art.1):

Es ist einvernehmlich klar gestellt, dass die Richtlinie sich nicht auf die Liberalisierung der Dienste im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse bezieht und dass es grundsätzlich bei der Anwendung des deutschen Arbeitsrechts bleibt, sowohl des Individual – wie des Kollektivarbeitsrechts. Für entsandte Arbeitnehmer gilt weiterhin die Entsenderichtlinie.

Dies ist prinzipiell ein Fortschritt bzw. eine Klarstellung gegenüber dem Kommissionsentwurf – allerdings ist für Deutschland diese Klarstellung nur von begrenztem Wert, weil die Entsenderichtlinie bei uns überwiegend nur für den Baubereich gilt und zudem ein Abänderungsantrag auch Leiharbeitsfirmen von der Dienstleistungsrichtlinie auszunehmen, keine Mehrheit gefunden hat.

Da aber die Anwendung deutschen Arbeitsrechts bei Firmen, die nur zeitweise hier ar-

beiten, faktisch kaum kontrolliert werden kann und diese ja zudem die Möglichkeit haben, systematisch sich der Dienste von Leiharbeitsfirmen zu bedienen und Leiharbeit ausdrücklich und absichtlich durch die konservative Seite nicht geregelt wurde, ist zumindest in Deutschland ohne eine allgemein verbindliche Entsenderichtlinie und ohne gesetzliche Mindestlöhne ein Lohn-dumping noch nicht verhindert. Eine endgültige Würdigung der Bedeutung der Beschlüsse des Binnenmarktausschusses und der denkbaren Umgehungsmöglichkeiten de jure und in der Praxis kann aber erst nach einer Übersetzung des Textes und der Prüfung im Zusammenhang mit anderen Bestimmungen 8 insbes. Art.16 und 17 und den Erwägungsgründen vorgenommen werden.

#### **Ausnahmen vom Anwendungsbereich der Richtlinie (Art. 2):**

Ausgenommen von der Richtlinie sind Dienste, die im Zusammenhang mit der Ausübung öffentlicher Gewalt stehen, Steuern, Dienste im allgemeinen Interesse, wie von den Mitgliedstaaten definiert, aber nur insoweit sie nicht dem Wettbewerb unterliegen, sowie Banken und Versicherungen, Altersvorsorge, Finanzdienstleistungen, elektronische Kommunikation, Verkehr, Gesundheit, audiovisuelle Dienste, Kinos, Glücksspiel, Lotterien. Allerdings ist die Definition der audiovisuellen Dienste so gefasst, dass es genügend Einfallstore für die Privatwirtschaft geben kann.

Insgesamt bedeutet der Artikel, dass die Dienste im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse d.h. große Teile der Daseinsvorsorge – u. a. weitgehend die Tätigkeiten der kommunalen Unternehmen unter den Gel-

tungsbereich der Richtlinie fallen. Entgegen den Erklärungen einer Reihe von konservativen Europaabgeordneten ist der gesamte Sozialbereich und der gesamte Bildungsbereich aus der Anwendung der Richtlinie nicht ausgeschlossen.

Weggefallen ist auch die Generalklausel, dass alle Sektoren, für die es bereits EU-Regelungen gibt, von der EU-Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen sind. Damit ergibt sich für die Kommission und insbesondere die EU-Generaldirektion „Wettbewerb“ die Möglichkeit, alle jene Bereiche, in denen sie sich in der Vergangenheit nicht durchsetzen konnte, nach Belieben zu jedem Zeitpunkt wieder aufzurollen.

Das bedeutet auch, dass die bisher von der Vergemeinschaftung ausgenommene Daseinsvorsorge auf diesem Weg – quasi über die Hintertreppe – in weiten Bereichen dem Gemeinschaftsrecht unterworfen werden, ohne deren speziellen Aufgaben und Sozialverpflichtung auch nur zu diskutieren.

Vom *Herkunftslandsprinzip* ausgenommen, nicht aber von der Richtlinie sind durch den Änderungsantrag der EVP zu Art 16 die Postdienste, die Dienste der Elektrizitätsversorgung und – Übermittlung sowie der Elektrizitätszulieferung, Gasweiterleitung, der Gasversorgung, der Gaslieferung und der Gaslagerung, der Wasserversorgung und der Wasserlieferung sowie der Dienste der Abwasserbeseitigung der Abfallbehandlung.

#### **Vorrang des Internationalen Privatrechts**

Das internationale Privatrecht erhält gegenüber der Richtlinie ausdrücklich Vorrang. Die Fälle, in denen ermittelt werden muss, Welches Recht auf ein Vertragsverhältnis

oder für Fragen des Außervertraglichen Schadensersatzes angewendet wird, sollten also auch in Zukunft nach den Regeln des internationalen Privatrechts und nicht nach dem Herkunftslandprinzip entschieden werden. Die Entwicklung ist ausdrücklich positiv zu bewerten.

#### **Konflikte mit anderen EU-Regelungen (Art. 3)**

Im Konfliktfall gelten die speziellen EU-Regelungen, insbesondere die EU-Entsenderichtlinie, VO 1408/71 über die Sozialversicherungen, die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“, die RL Anerkennung von Berufsqualifikationen, internationales Privatrecht und insbes. Die Rom 1 und Rom 2 – Abkommen.

Kommissar McCreevy hat im Gespräch mit den EU-Parlamentariern nach anfänglicher bemühter Höflichkeit seine Haltung deutlich gemacht: keine Zurücknahme und nur minimalen Kurswechsel zur ursprünglichen Intention der Kommission.

Die britische Präsidentschaft hat – nicht ungeschickt – die Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe weiter tagen lassen und in den ersten beiden Oktoberwochen gerade das Herzstück der Richtlinie, das Herkunftslandprinzip auf die Tagesordnung gesetzt. So werden noch vor der ersten Lesung die Mehrheitsverhältnisse im Ministerrat dazu deutlich. Hier befanden sich die Kritiker des Herkunftslandsprinzips in der Minderheit – nicht zuletzt deshalb, weil Deutschlands Delegation (weisungslos) schwieg – und Schweigen bedeutet im Ministerrat Zustimmung zu den Vorschlägen der Kommission. Da der Deutsche Bundestag noch in seiner letzten Juni-Sitzung vor der Auflösung des Parlaments deutlich seinen Widerstand zur Dienstleistungsrichtlinie allgemein und insbesondere zum Herkunftslandprinzip, zur Bewahrung der individuellen kollektiven Arbeitnehmer-Rechte, zur Aufgabe der öffentlichen Kontrolle und zu den schwerwiegenden Eingriffen in die Dienste der Daseinsvorsorge in einem ausführlichen und präzisen Beschluss kundgetan hatte, ist dieses Schweigen nicht als Versehen, sondern nur als ein schwerwiegender politisches Versäumnis oder als ein bewusster Affront der ausgeschiedenen politischen Führung des BMWA anzusehen.

Diese „erste Aussprache“ im Ministerrat am 28. November wird eine wichtige Vorentscheidung sein. Tony Blair hat in seiner Rede als Ratspräsident vor dem Europäischen Parlament am 26.10. erneut betont, man brauche die Dienstleistungsrichtlinie – möglichst in der von der Kommission vorgeschlagenen Form – zur Vollendung des Binnenmarktes.

#### **Die Große Koalition in der Klemme?**

Bisher war die Bundesregierung im Wettbewerbsrat nicht durch den zuständigen Bun-



desminister vertreten. Es wäre gerade wegen des bisherigen wahlkampfbedingten Schweigens wichtig, dass der neue Bundeswirtschaftsminister Michael Glos erscheint und abweichende Position zum Herkunftslandprinzip zusammen mit Frankreich und weiteren Staaten deutlich macht und eine Überarbeitung fordert. Das ergibt sich auch schlüssig und zwingend aus den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages.

Die neue große Koalition steht dabei zusätzlich vor einem pikanten politischen Problem: Der Koalitionsvertrag verlangt ganz klar eine Überarbeitung der EU-Dienstleistungsrichtlinie insbesondere beim Herkunftslandprinzip und fordert die Berücksichtigung der berechtigten Schutzinteressen der Mitgliedstaaten.

Das CDU-regierte Land Hessen hat durch eine Bundesratsinitiative vor den Bundestagswahlen deutliche Distanz zum Herkunftslandprinzip sichtbar und sich insbesondere die Besorgnisse des Baugewerbes sowie des Handwerks zu eigen gemacht. Auch das Land Bayern hat an einer Bundesratsinitiative der CDU/CSU-geführter Länder mitgearbeitet, die dann wegen der Verhandlungen zur großen Koalition auf Eis gelegt wurde.

Andererseits gehörte der CSU-Europaabgeordnete Würmeling zu den Hardlinern im Binnenmarktausschuss, die die zuvor mühsam im Allparteienkompromiss ausgehandelten Anträge zugunsten der harten Linie der EU-Kommission platzen ließen. Derselbe Europaabgeordnete Würmeling, dem die Beschlüsse der großen Koalition in Brüssel völlig egal waren, wird nun beamteter Staatssekretär unter Michael Glos im Bundeswirtschaftsministerium ausgerechnet für den Sachbereich Europa. Es sieht so aus, als habe die Große Koalition entweder den Bock zum Gärtner gemacht, die CDU/CSU betreibt bewusst von Anfang an ein Doppelspiel in der großen Koalition – denn Michael Glos können die Ansichten seines Parteifreundes aus dem fränkischen Heimatbezirk nicht unbekannt sein – oder Herr Würmeling entscheidet sich für eine temporale, politische Schizophrenie nach dem Motto „was schert mich mein dummes Geschwätz von gestern“.

Es kommt nun darauf an, dass die Koalitionsfraktionen und vor allem die SPD schnell und noch vor dem Brüsseler Wettbewerbsrat deutlich in Brüssel und zu Hause Flagge zeigt und der deutsche Bundestag in dieser zentralen, ja schicksalhaften Frage zum Erhalt des deutschen Sozialmodells mit angemessenen Löhnen, Sozial- und Arbeitsbedingungen seine politische Aufgaben in Europa schnell und ernsthaft wahrnimmt und nicht erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Auch auf die Bundesregierung, insbesondere die Bundesjustizministerin kommen wichtige Prüfungsaufgaben zu, will man sich nicht erneut vor dem

Bundesverfassungsgericht eine nachlässige Vertretung grundlegender Rechte seiner Bürger sowie der Gleichbehandlung aller Bürger auf deutschem Boden vorhalten lassen müssen.

Es gibt durchaus noch – bei energischem Handeln und öffentlichem Druck – die Möglichkeit, auf die Mitglieder des Europaparlaments vor dem Binnenmarktausschuss wie vor der ersten Lesung im Parlament Einfluss zu nehmen und öffentlichen Druck auszuüben. Wobei die Aussichten im Plenum der EP durchaus nicht schlecht stehen dürften. Allerdings nur dann, wenn ausreichend Überzeugungsarbeit über die Gewerkschaften, Verbände aller Branchen und Richtungen, die Kommunen, die Sozialverbände, Kirchen und die Nichtregierungsorganisationen gerade auf die konservativen Parteien ausgeübt wird.

Angesichts der Berichterstattung der Massenmedien – insbesondere der deutschen Presse – die die Berichterstattung über die gewiss hochkomplexe EU-Dienstleistungsrichtlinie nahezu ausschließlich ihren Brüssel-Korrespondenten überlassen und damit die Konsequenzen für das heimische Wirtschafts- und Sozialmodell weitgehend außer Acht lassen und sich häufig zum Sprachrohr der Brüsseler Bürokraten machen, wäre es dringend notwendig, mit Interviews und Hintergrundgesprächen sowie sonstigen geeigneten öffentlichen Auftritten und Beschlüssen wie z.B. Deutscher Städtetag, Stadtratsbeschlüsse nicht nur wichtiger deutscher Städte die Fakten und die Auswirkungen auf unser Wirtschafts- und Sozialsystem sichtbar werden zu lassen und einen öffentlichen Dialog zu initiieren.

Angesichts einer breiten Interessenübereinstimmung gegen das Herkunftslandprinzip und gegen den Abbau der Daseinsvorsorge wie auch der Sozialdienste müsste es möglich sein, zumindest auf der örtlichen Ebene schnell zu mobilisieren.

Das wichtigste aber steht uns noch bevor, nämlich die Information der Bürger und Unternehmen darüber, was durch die EU-Richtlinie auf sie zukommt. In anderen Ländern, etwa in Frankreich, Belgien und in Schweden und teilweise auch in Österreich, ist dies schon erfolgt. Negative Folgen der Hybris der Kommission war leider das Scheitern der Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden. In Deutschland ist die Öffentlichkeit bisher bedauerlich wenig informiert und mobilisiert. Das war sicher auch die Folge der vorzeitigen Bundestagswahl und der Konzentration auf deren Ergebnis, die große Koalition. Deswegen darf nun keine Zeit mehr verloren werden, um Öffentlichkeit zu schaffen, Bündnispartner zu sammeln und auch den Regierenden den Ernst der Lage durch Demonstrationen und öffentliche Aktionen sichtbar zu machen.

spw 6 / 2005

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Elmar Altvater



### Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen

Eine radikale Kapitalismuskritik

2005 - 240 Seiten - € 14,90  
ISBN 3-89691-627-0Aldo Legnaro/ Almut  
Birenheide/ Michael Fischer

### Kapitalismus für alle

Aktien, Freiheit und Kontrolle

2005 - 241 Seiten - € 19,90  
ISBN 3-89691-616-5

Christine Resch



### Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft?

Zur Kritik der neoliberalen  
Produktionsweise2005 - 324 Seiten - € 24,90  
ISBN 3-89691-617-3Hafenweg 26a  
D-48155 Münster  
Tel.: 0251 39 00 48 0  
Fax: 0251 39 00 48 50  
info@dampfboot-verlag.de  
www.dampfboot-verlag.de

# EU-Beitritt als Chance?

## Konsolidierung der türkischen Demokratie

Von Asiye Öztürk

In Laufe der letzten Jahre wurden in der Türkei tiefgreifende Reformen durchgeführt, die das Land demokratischer, liberaler und rechtsstaatlicher machen. Dieser Demokratisierungsprozess, der vom ehemaligen Islamisten Recep Tayyip Erdogan und seiner Partei AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) realisiert wird, bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Fürsprechern des Status quo und Reformern. Es zeichnet sich ab, dass ein Scheitern des demokratieorientierten, islamisch-konservativen Experiments der AKP die Türkei auf ihren Entwicklungsstand der 1990er Jahre, in der die politische Kultur des Landes vom Militär und der Staatselite bestimmt wurde, zurückwerfen würde. In letzter Konsequenz würden dadurch auch deutsche und europäische Interessen empfindlich berührt. Daher besitzen deutsche Sozialdemokraten eine besonders günstige Ausgangsposition zur Begleitung und Forcierung des Modernisierungsprozesses, da sie das Vertrauen der türkischen Parlamentarier und Bevölkerung genießen. Zur Darstellung dieser Zusammenhänge konzentrieren sich die folgenden Betrachtungen auf den Entwicklungsprozess in der Türkei und auf seine Bedeutung für Europa. Da die Betonung auf der Demokratisierung liegt, sollen weitere Aspekte der europäisch-türkischen Beziehungen nicht behandelt werden. In diesem Rahmen wird auch das EU-Krisentreffen am 3. Oktober in Luxemburg bewertet. In der anschließenden Analyse werden mögliche Auswirkungen des türkischen Modernisierungsprozesses auf den arabischen Raum als Nachbarregion und für EU-Interessen gezeigt. Nach einer Beschreibung des problematischen Verhältnisses zwischen der CDU und AKP sowie eines Überblicks über die gegenwärtige Parteienlandschaft in der Türkei wird der besondere Handlungsbedarf für die SPD unterstrichen.

### Österreichs Blockade in Luxemburg

Nach langen und zähen Verhandlungen auf dem Krisentreffen der EU-Außenminister begann in der Nacht des 3./4. Oktobers ein historischer Verhandlungsprozess, der noch nie in der Geschichte des europäischen In-

tegrationsprozesses abgebrochen wurde. Die Führungsriege in Ankara bangte zeitweise sogar um den Beginn der Beitrittsverhandlungen: „Sollte die EU etwas anderes als eine volle Mitgliedschaft anbieten oder neue Forderungen stellen, werden wir gehen. Wir haben uns an unsere Seite des Abkommens gehalten, die EU sollte sich an ihre halten“, so Außenminister Abdullah Gül (FTD vom 2.9.2005). Angesichts des Drucks, der von Nationalisten und der Generalität auf die islamisch-konservative Regierung ausgeübt wird, war dies eine glaubwürdige Drohung. Alles andere als ein pünktlicher Beginn der Beitrittsverhandlungen wäre ein Desaster für Regierungschef Recep Tayyip Erdogan und eine tiefe Enttäuschung für die türkische Bevölkerung gewesen. Auslöser des Krisentreffens war die Forderung Wiens, in das im Dezember 2004 verabschiedete EU-Rahmenabkommen zu den Beitrittsverhandlungen eine Alternative zur Vollmitgliedschaft Ankaras aufzunehmen, ansonsten wollte es sein Veto einlegen. Hauptargumente der österreichischen Obstruktionspolitik waren die begrenzte Aufnahme-fähigkeit der EU, die befürchteten Einwanderungswellen aus der Türkei und die schwierige Integrationsfähigkeit der in Europa lebenden Türken. Diplomaten wie der niederländische Außenminister Bernard Bot spielten auch auf eine Koppelung des Schicksals der Türkei an das Kroatiens an. So ging er davon aus, dass Österreich nach einer Zustimmung der EU-Partner zur Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Zagreb in der Türkei-Frage einlenken werde (vgl. Spiegel Online vom 2.10.2005). Die Verhandlungen mit Kroatien wurden im März 2005 aufgrund eines Berichts der Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien, Carla del Ponte, in dem sie Kroatien wegen mangelnder Kooperation mit dem Tribunal scharf kritisierte, verschoben und sollten ebenfalls am 3. Oktober neu bewertet werden. Äußerungen del Pontes hinsichtlich der Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit mit den kroatischen Behörden ließen ein negatives Urteil erahnen. Zwar widersprach Außenminister Fischer dieser Ansicht, doch war Wien nach der Klärung zu

Gunsten Kroatiens auch in der Türkei-Frage kompromissbereiter. Die Politik Österreichs zeugte von einer kurzfristigen Sicht auf die Beziehungen zu Ankara. Denn nicht aus einem voluntaristischen Politikverständnis heraus, sondern aus europäischem Eigeninteresse muss der Reformprozess in der Türkei unterstützt werden, wie dieser Beitrag zeigen soll.

### Aufwertung des regionalen Ansehens der Türkei

Denn die enge Anbindung an Europa in Form einer Vollmitgliedschaft kann positive Signalwirkungen in den arabischen-islamischen Raum haben, der aufgrund des seit 2001 währenden „Kampfs gegen den internationalen Terrorismus“ und des Irak-Krieges 2003 die außenpolitische Agenda Europas und Deutschlands bestimmt. Die Stagnation in der Entwicklung der arabischen Länder wird sowohl sicherheits- als auch innenpolitisch als Gefahr für Europa wahrgenommen. So soll in der von der EU unterstützten *Broader Middle East Initiative* dem Terrorismus durch eine „kontrollierte Demokratisierung“ im arabisch-islamischen Raum entgegengewirkt werden. Auch im Rahmen der EuroMed-Partnerschaft (Barcelona-Prozess) wird als ein Hauptziel die Stabilisierung des Mittelmeerraumes durch eine Demokratisierung angestrebt. Alle Partnerländer, bis auf Israel, haben eine mehrheitlich islamische Bevölkerung. Aufgrund der Modell- und Brückenfunktion der Türkei zwischen Europa und der islamischen Welt würde sich der politische Mehrwert für Brüssel damit auch in seinen Beziehungen zu den anderen Partnerländern äußern. Das Signal, das Europa durch die Integration der Türkei senden kann, ist zum einen seine Offenheit und Dialogbereitschaft gegenüber anderen Kulturen, was gleichzeitig die Möglichkeit bietet, sich vom Makel des „Christenclubs“ zu lösen. Zum anderen kann eine erfolgreiche Demokratisierung der Türkei den Gegenbeweis zur These erbringen, dass Islam und Demokratie nicht vereinbar seien. Das türkische Modell von einer mehrheitlich islamischen Gesellschaft in einem demokratischen Staatssystem, wenn auch mit Defekten, ist noch immer hervorhebenswert.

Das Argument, die Türkei eigne sich aufgrund ihres kolonialen Erbes und der militärischen Kooperation mit Israel nicht als Vor-

bild für die arabisch-islamischen Staaten, muss angesichts des Wandels der türkischen Nachbarschaftspolitik neu bewertet werden. Mit dem Paradigmenwechsel der AKP-Regierung seit 2002 wurde die sicherheitsbetonte Außenpolitik durch eine unabhängige und aktive Regionalpolitik mit dem Ziel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und diplomatischen Konfliktlösung ersetzt. Durch die Ablehnung des Parlaments, im März 2003 türkisches Territorium für das US-Militär zur Invasion im Nordirak zu öffnen, konnte sie ihr Ansehen innerhalb der arabischen Gesellschaften und Regierungen steigern und dadurch das latente arabische Misstrauen gegenüber den Türken abbauen. Die gemeinsamen Interessen der Nachbarstaaten Türkei, Syrien und Iran – Wahrung der territorialen Integrität des Iraks und Vermeidung eines kurdischen Staates – führten zur Koordinierung ihrer Außenpolitik und begünstigten den politischen Dialog in anderen bilateralen Angelegenheiten. Das Verhältnis zwischen Ankara und Damaskus entwickelt sich seitdem positiv. Gute Beziehungen unterhält die Türkei ferner zu nordafrikanischen Staaten, den arabischen Golfstaaten und Jordanien. Ein weiteres Indiz für die Akzeptanz der prowestlichen Türkei durch die arabisch-islamischen Staaten – vereint in der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) – ist die Wahl des türkischen Wissenschaftlers Ekmeleddin Ihsanoglu zum Generalsekretär der OIC im Juni 2004. Zwar sind diese Ereignisse keine Garantie für den Erfolg, jedoch begünstigten sie die türkische Brückenfunktion zwischen islamischer und europäischer Staatengemeinschaft.

#### **Gekränkte Schwester: problematische Beziehungen zwischen AKP und CDU**

Im oben genannten Prozess bieten sich Deutschland und die Parteien in Berlin aufgrund der besonderen Beziehungen zur Türkei als Schrittmacher an. Die größte Minderheit in Deutschland bilden die Türken. Außerdem ist Berlin der wichtigste Handelspartner Ankaras. Ausgehend vom Parteiprogramm und dem Selbstverständnis wäre die CDU der natürliche Kooperationspartner der wertkonservativen Regierungspartei AKP – sie erhebt den Anspruch, eine konservative Volkspartei nach Vorbild der CDU zu sein. Doch wurde das Verhältnis zwischen beiden durch den Unions-Vorschlag einer alternativen Anbindung der Türkei in Form der „privilegierten Partnerschaft“ und das europaweite Werben für diese Partnerschaft mit dem „Merkel-Brief“ getrübt. Die seit Gründung der AKP angestrebte assoziierte Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei (EVP) scheiterte ebenfalls am Veto der CDU/CSU. Anfang 2005 wurde ihr allerdings der Beobachterstatus zuerkannt. Mit Unbehagen wurde in Ankara auch die Instrumentalisierung der Türkei-Thematik im Europa-

wahlkampf 2004 und dem Bundestagswahlkampf 2005 durch die Unions-Parteien aufgenommen. Die Positionen wurden zwar durch die Zusage Angela Merkels, dass Deutschland sich an Beschlüsse der EU halten werde, relativiert. Auch die grundsätzliche Bereitschaft zur „intensiveren Kooperation“ zwischen beiden Parteien verdeutlichte die CDU-Vorsitzende bei ihrem Türkei-Besuch im Februar 2004; bemerkenswert fand sie, dass die unglaublichen Veränderungen in der Türkei unter der Mitwirkung der AKP geschehen seien (FAZ vom 17.2.2004). Trotzdem beharren CDU/CSU auf einer Alternative zum EU-Beitritt der Türkei. Angesichts der weiterhin hohen Priorität der EU-Mitgliedschaft für die AKP scheint eine Vereinbarkeit der Unions-Positionen mit einem engeren Verhältnis zwischen beiden Parteien als schwierig.

#### **Alternative Demokraten? Zur Parteienlandschaft in der Türkei**

Das eingangs erwähnte Vertrauen der Türken gegenüber deutschen Sozialdemokraten prädestiniert jene zum Hauptansprechpartner für die türkische Regierung. Dieses Vertrauen sollte nicht durch die Aneignung einer doppeldeutigen Rhetorik – wie die Absicht, ein „privilegiertes Verhältnis“ zur Türkei zu pflegen, falls die EU-Beitrittsverhandlungen scheitern sollten, wie es im Koalitionsvertrag heißt – verspielt werden. Doch welche Partei außerhalb der AKP würde sich den Sozialdemokraten noch als Dialog- und Kooperationspartner anbieten? Wer gehört zu den Kritikern der AKP, und inwiefern lässt sich dadurch die Verantwortung ableiten, die Reformbemühungen der islamisch-konservativen Partei zu unterstützen?

Die seit einigen Jahren die türkische Parteienlandschaft dominierende AKP gilt als Sammelbecken der Reformkräfte aus der verbotenen islamistischen RP (Refah Partisi, Wohlstandspartei), der FP (Fazilet Partisi, Tu-

gendpartei) und der bürgerlich-konservativen ANAP (Anavatan Partisi, Mutterlands-partei). In ihrem Parteiprogramm werden die Marktwirtschaft, Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten, Laizismus, Rechtsstaatlichkeit, eine nachhaltige Sozialpolitik, eine Friedenserhaltende Außenpolitik und Transparenz betont. Die Altparteien haben dagegen durch Skandale, Korruption und schlechter Politik das Vertrauen der Wähler so sehr verloren, dass es nur noch eine nennenswerte Oppositionspartei, die CHP (Cumhuriyet Halk Partisi, Republikanische Volkspartei) gibt. Sie galt lange als einzige Partei mit sozialdemokratischem Profil. Doch halten die innerparteilichen Strukturen demokratischen Maßstäben nicht Stand. Der autoritäre Führungsstil des Vorsitzenden Deniz Baykal ruft immer stärkeren innerparteilichen Widerstand hervor und interne Machtkämpfe verhindern ein effektives politisches Agieren. Gegenwärtig stützt sie sich in ihrer Rhetorik auf das Schüren nationalistischer Gefühle. So sei laut Baykal das wieder aufflammende Terror-Problem in Südostanatolien nicht durch eine Demokratisierung oder einer Legitimierung der Separatisten durch Verhandlungen mit ihnen lösbar. Dagegen vertritt Erdoğan die Position, dass das PKK-Problem nur durch mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand gelöst werden könne. Zu diesem Punkt sei angemerkt, dass sich der Konflikt in Südostanatolien während seiner Hochzeit in den 1990er Jahren auch in deutsche Städte verlagerte; ein erneutes Ausbrechen würde das gesellschaftliche Klima in Deutschland wieder negativ beeinflussen. Eine wichtige Glanzfigur der CHP und der türkischen Sozialdemokratie, Kemal Dervic, wurde von Kofi Annan zum Verwalter des UNDP ernannt und beendete daher seine politische Arbeit in der Türkei.

Zu weiteren Kritikern der gewählten Regierung und Fürsprechern des Status quo zählt



die Staatsführung, insbesondere in der Person des Präsidenten. Offiziell bejaht man die Reformpakete zur Demokratisierung und Liberalisierung des Landes, weil sie die Verwestlichung im Sinne Atatürks vorantreiben. Gleichzeitig droht der Verlust ihres privilegierten Status, da durch die Verfassungs- und Gesetzesänderungen die Bürgerrechte und Freiheiten ausgedehnt und Einflussmöglichkeiten der zivilen und militärischen Bürokratie begrenzt werden sollen. Daher bezeichnete sie sie als Kotau vor der EU und versuchte sie kontinuierlich zu blockieren. Eine Durchsetzung wäre ohne die EU-Perspektive nicht möglich gewesen. Das Militär unter Generalstabschef Hilmi Özkok positionierte sich ebenfalls in fast allen Fragen in scharfem Gegensatz zur AKP-Regierung. Die auf politisch-diplomatische Konfliktlösung basierende Außenpolitik wurde in der

Zypern-Frage und den Beziehungen zu Griechenland relativiert. Die Generalität kritisiert auch das Beharren der EU auf mehr Rechte für die Minderheiten und pocht auf eine militärische Lösung der Frage des kurdischen Nationalismus in der Türkei und im Nordirak. Sie sieht darin eine Gefahr für die nationalistische Staatsideologie des Kemalismus. Eine engere Kooperation mit den USA und Israel in außenpolitischen Angelegenheiten sowie die Stärkung des Nationalismus innerhalb der Türkei sollen dieser Gefahr entgegenwirken.

#### Fazit

Angeichts der Alternativlosigkeit in der türkischen Parteienlandschaft und des drohenden Erstarkens autoritärer und militärischer Flügel müssen in der sich konsolidierenden Demokratie alle demokratischen Kräfte unterstützt

werden. Das gemeinsame Ziel der Modernisierung des Landes dient als verbindendes Moment, ideologische Feinheiten sind dagegen zweitrangig. Deutsche Sozialdemokraten können assistieren und behalten dadurch die Option, Einfluss auf die politische Kultur in der Türkei zu nehmen und zu insistieren. Durch diesen Einfluss kann positiv auf die Wiederbelebung der linken Kultur hingewirkt werden, da auf kommunalpolitischer Ebene durchaus Anknüpfungspunkte bei der CHP bestehen. Nicht minder wichtig ist in diesem Zusammenhang die Stärkung der Zivilgesellschaft durch eine Kooperation mit sozialdemokratischen Akteuren, wie Stiftungen und Verbänden, die den konstruktiven und kritischen Dialog mit der AKP komplementieren würden. Damit kann aus deutscher Warte ein Beitrag zum Gelingen der Reformbemühungen geleistet werden.

spw 6 / 2005

## Et maintenant, l'Europe sociale!

Von Estelle Goeger

So lautete das Wahlkampfmotto der französischen Sozialisten für die Europawahl 2004. Trotz der innerparteilichen Flügelkämpfe seit der Wahlniederlage am 21. April 2002, war die Kampagne dynamisch und geschlossen und das Ergebnis historisch: die PS stellt 32 EU-Abgeordnete und ist die stärkste Delegation in der PES-Fraktion.

Das Wahlmanifest der Sozialisten forderte damals die Ratifizierung eines Sozialvertrags, der soziale Konvergenzkriterien festlegt, eine EU-Richtlinie über Öffentliche Dienste, einen Mindestlohn, eine Harmonisierung der Gewerbesteuer, um Delokalisierungen und Dumping zu verhindern.

Die Analyse, die wir damals aus diesem Wahlergebnis gezogen haben, ähnelt der Analyse der erstaunlich guten Ergebnisse der SPD am 18. September 2005: wenn die Sozialisten ihre Wahlplattform links verankern, sind sie erfolgreich.

Dieser Erfolg, in Form des Zusammentreffens von politischer und sozialer Basis, d.h. von denen, für die wir uns einsetzen und denen, die uns wählen, hat den Sozialisten am 29. Mai 2005 gefehlt. Das Ergebnis des Referendums in Frankreich kann als Klassenwahl gedeutet werden: Arbeiter, Angestell-

te, Haushalte mit schwachem Einkommen, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau – die soziale Basis der Linken hat gegen die Verfassung und somit auch gegen die Sozialistische Partei gestimmt. Das NEIN zur EU-Verfassung ist Ausdruck einer wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Krise, die schon in der Präsidentschaftswahl 2002 zum Ausdruck kam. Schon vor drei Jahren haben die BürgerInnen ihre Wut gegen die wachsende Kluft zwischen ihnen und ihren politischen Repräsentanten geäußert, indem sie Lionel Jospin im ersten Wahlgang abstrafte.

Die Debatte um den Verfassungsvertrag hat diese Kluft zwischen Bürger(innen) und Politik besonders zum Vorschein gebracht. Ursprünglich ging es darum, die BürgerInnen lediglich darum zu bitten, die moralische Dimension der EU-Integration durch ein Referendum abzusegnen. Doch dabei wurden der Frust und der Ruf nach Mitbeteiligung der französischen Bevölkerung unterschätzt.

Der Verfassungsvertrag hat Europa sozusagen aus einer Konsenslethargie gerissen. Die EU wurde viel zu lange als grandioses und aus diesem Grund auch als „parteiübergreifendes“ Projekt dargestellt. Zum

ersten mal haben die französischen BürgerInnen sich wirklich mit der EU befasst und lebhaft diskutiert. Das Ergebnis der weiteren Europadebatte ist entsprechend bekannt.

Letztendlich ist der Verfassungsvertrag in Frankreich deshalb gescheitert, weil er nicht das Instrument neuer kollektiver Solidaritäten verkörperte, das die BürgerInnen erwarteten. Der Verfassungsvertrag wurde viel mehr als Attacke gegen die bereits geschwächten Sozialsysteme in Frankreich gesehen. Anstatt einer Stärkung gegen die neoliberale Globalisierung, wurde die EU als williger Helfer dieser Globalisierung aufgenommen.

Aus diesem Grund haben die linken VerfassungsgegnerInnen vor allem dieses Argument der politischen Ohnmacht aufgegriffen. Welchen Spielraum hat die nationale Politik noch, wenn die wirtschaftlichen Hebel (Haushalt und Währung) entzogen werden? Die linken VerfassungsgegnerInnen wollten nie eine sozialistische Verfassung, sondern eine demokratische Verfassung, die der Politik im Rahmen der Mehrheitsverhältnisse nach Wahlen einen Handlungsspielraum gibt.

Diesen Handlungsspielraum auszufüllen heißt ein soziales Europa zu ermöglichen. Nicht nur als Wunschziel und als rhetorische Formel, sondern auch als Politik. Dies setzt wiederum eine Reform des Wachstum- und Stabilitätspaktes, die Aufhebung der Unabhängigkeit der EZB und die Reform ihrer

Ziele (nicht nur Preisstabilität, sondern auch Beschäftigung und Wachstum) und eine Reform des Haushalts voraus.

Über die Verfassungsfrage und die Gestaltung einer europäischen Sozial- und Wirtschaftspolitik hinaus geht es auch dringend darum, neoliberale Projekte wie die geplante Dienstleistungsrichtlinie zu bekämpfen. Hier ist sich die französische Linke sowohl inhaltlich als auch strategisch einig: die Bolkestein-Direktive muss zurückgezogen werden. Erst wenn diese erste Forderung aufgrund der Mehrheitsverhältnisse sowohl im Europaparlament als auch im Rat zurückgewiesen wird, kann über mögliche Kompromisse und Änderungsanträge verhandelt. In diesem Punkt differenziert sich die PS-Delegation in der PES-Fraktion. Sie geht auf Konfrontationskurs und strukturiert somit die politische Auseinandersetzung zwischen einer europäischen Rechten und einer europäischen Linken.

Mitte November hat die PS einen -aufgrund der Niederlage bei dem Referendum vorgezogen- Parteitag in Le Mans gehalten. Nach dem internen Referendum, am 1. Dezember 2004, in dem sich 59 % der Parteimitglieder für den Verfassungsvertrag ausgesprochen hatten, hatte die Parteileitung versichert, dass der Wahlkampf ein sozialistisches und kämpferisches JA darstellen würde, in dem sich selbst die Verfassungsgeg-

ner wiedererkennen könnten. Dieses Verprechen wurde nicht gehalten und entfernte die Minderheiten noch mehr von der Parteimehrheit. Die oberflächliche Analyse des Referendums von der Parteimehrheit und Laurent Fabius' Ausscheiden aus dem Parteipräsidium haben Spaltungsrisiken verschärft.

Der Parteitag, der die ideologische Orientierung der Partei festlegen und das JA und das NEIN Lager versöhnen sollte, hat in einem außergewöhnlichen Kontext stattgefunden. Nach fast zwei Jahren interner Rivalitäten, die dem Ansehen der Partei geschadet haben, musste der Nabelschau ein Ende gemacht werden. Die Vorkommnisse der letzten Wochen in französischen Vorstädten haben wahrscheinlich auch eine Rolle in der Entscheidung der Sozialisten gespielt, sich in der letzten Parteitagsnacht auf eine Synthese zu einigen. Die vier Änderungsanträge der NPS (neue

Foto: Christian Kiel (Berlin)



sozialistische Partei) zu den Themen Europa, Reform der französischen Institutionen, Kampf gegen Prekarität und Reform der Partei wurden angenommen und legen damit die Basis der Mitarbeit und eines neuen Zusammenlebens fest.

Der Parteitag hat zwar viele Fragen in Bezug auf die nächsten Wahlen 2007 offen gelassen. Aber eines ist jedenfalls klar: die französischen Sozialisten haben sich darauf geeinigt, sich für eine neue Verfassung und ein soziales Europa einzusetzen.

spw 8 / 2005

## Leben und arbeiten in Europa

Dokumentation aus der Programmwerkstatt des SPD-Bezirks Hannover

Von Sebastian Vollmer u.a.

### Sozialmodell weiterentwickeln – Wirtschaftsdemokratie gestalten

In den Mitgliedsstaaten der EU gibt es eine Vielzahl von historisch gewachsenen Sozialmodellen, deren Harmonisierung weder wünschenswert noch realistisch ist. Unter dem Europäischen Sozialmodell verstehen wir einen Rahmen für Sozialleistungs- und Steuerquoten sowie Rechten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, der diesen unterschiedlichen Sozialstaatstraditionen in ihrer Verschie-

denheit die Koexistenz ermöglicht, ohne der Gefahr eines ruinösen Wettbewerbs zwischen einzelnen Mitgliedsländern der EU ausgesetzt zu sein.

Geld- und Finanzpolitik in Europa müssen stärker als bisher den Zielen Wachstum und Beschäftigung sowie sozialen Aspekten dienen. Wir werden historische Fehler bezüglich der Übergewichtung von Geldwertstabilität korrigieren, dennoch bleibt Geldwertstabilität ein wichtiges Ziel neben anderen. Dies erfordert eine Umgestaltung der Europäischen Zentralbank, bei der auch die de-

mokratische Kontrolle dieser wichtigen Institution verbessert werden muss.

Mit der Integration der Sozialcharta in die Rechtssetzung der EU, mit der Aufnahme des Beschäftigungskapitels in den EU-Vertrag, mit der Herausbildung der sogenannten Lisbon-Strategie für nachhaltiges Wachstum und mit dem Verfassungsentwurf, seinen Zielsetzungen und den verankerten sozialen Rechten, hat das europäische Sozialmodell ein Gesicht bekommen. Damit ist klar: die EU will Vollbeschäftigung, soziale Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit.

Allerdings ist diese Ausrichtung kein Automatismus. Angesichts des Vordrängens marktliberaler politischer Gegenentwürfe und einer globalisierten Ökonomie bedarf es eines aktiven europäischen Handelns, um unser europäisches Sozialmodell zu stabilisieren und weiter zu entwickeln:

Der Beitrag ist einem Text entnommen, der in der Arbeitsgruppe der Programmwerkstatt SPD-Bezirk Hannover entstanden ist. Mitgewirkt haben Sebastian Vollmer (Sprecher), Achim Ewald, Karin Gafert, Julia Haas, Petra Herrmann, Burkhard Jonczyk, Torben Klant, Horst Lahmann, Bernd Lange, Wolfgang Moritz, Thilo Scholz, Jan Wagner und Jan-Patrick Witte

Foto: Christian Kiel (Berlin)



- Wir wollen die gemeinsame Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik weiterentwickeln und deren Gestaltungskraft stärken.
- Wir wollen die soziale Dimension in der EU-Gesetzgebung weiter ausprägen, z.B. in der Daseinsvorsorge oder bei öffentlichen Ausschreibungen.
- Wir wollen die sozialen Rechte für die Bürgerinnen und Bürger in der EU entfalten.
- Wir wollen die Arbeitsbeziehungen so entwickeln, dass eine wirkungsvolle Mitbestimmung sichergestellt ist.
- Wir wollen den Modernisierungsprozess der sozialen Sicherungssysteme sozial gerecht gestalten, ihn koordinieren und die nötigen Rechtssetzungen durchführen.

## 2. Internationalisierung von Bildung und Ausbildung

Bildung ist ein öffentliches Gut, muss jedem zugänglich sein und darf nicht – z.B. im Rahmen der aktuellen WTO-Verhandlungen – zur Ware verkommen. Dies gilt auch für die Ausgestaltung des Europäischen Hochschul- und Forschungsraumes. Die Teilnehmer des Bologna-Prozesses sollten darauf hinwirken, dass die „Bildungsdienstleistungen“ bis auf weiteres vollständig aus den WTO-Verhandlungsrunden ausgenommen werden.

### 2.1 Erwerb von interkultureller Kompetenz in jungen Jahren

Allein durch ministerielle Erlasse und Verfügungen sind nationale Defizite im internationalen Wettbewerb nicht zu beheben. Die Menschen selbst müssen einbezogen werden, bei ihnen muss direkt Betroffenheit und Erkenntnis bezüglich der Vor- und Nachteile der eigenen sowie anderer, internationaler Bildungssysteme und Lebens- bzw. Arbeitsorganisationsformen ausgelöst werden.

Schüleraustausch mit den Ländern der EU muss für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I zur Regel werden, da hiermit in jungen Jahren die Grundlage des nachhaltig wirksamen Erwerbs interkultureller Kompetenzen gelegt wird.

Ein studienintegriertes Auslandssemester mit Praktikum sollte zum Pflichtbestandteil

des Lehramtsstudiums werden, damit Lehrkräfte Kindern und Jugendlichen auf Grundlage eigener Erfahrungen ein realistisches Bild von internationalen Lebens- und Arbeitsformen vermitteln können.

Das Fremdsprachenangebot sollte für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I auf mindestens zwei

Fremdsprachen mit zusätzlichen Auswahlmöglichkeiten erweitert werden.

Eine europäische Bildungspolitik muss sich nicht nur den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs sondern auch den Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft stellen. Internationale Studien belegen weit reichenden Handlungsbedarf für das deutsche Schulsystem im Hinblick auf Demokratiepädagogik und Grundsätze einer Antidiskriminierungsperspektive.

Hierzu gilt es Bausteine und Module von antirassistischer, menschenrechtlicher und diversity-orientierter Pädagogik für eine zukunftsorientierte Lehrerweiterbildung zu entwickeln und zu erproben. Deutsche Schulen können dabei von Erfahrungen aus anderen europäischen Einwanderungsgesellschaften profitieren.

### 2.2 Wissenschaft und Forschung

Neben primärer und sekundärer Bildung kommen Wissenschaft und Forschung eine wichtige Rolle in der sogenannten Lissabon-Strategie zu, die zum Ziel hat, die EU innerhalb einer Dekade (2000-2010) zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum“ zu machen.

Es wird daher künftig darum gehen, die von der EU geplante Verstärkung von Wissensinfrastrukturen und die Modernisierung der Bildungssysteme mit den Prinzipien einer sozialen und ökologisch verantwortbaren Entwicklung in Europa in Übereinstimmung zu bringen.

Im Forschungsbereich, insbesondere in den Forschungsrahmenprogrammen der EU, geht es um die Sicherung der nicht unmittelbar ökonomisch verwertbaren Grundlagenforschung sowie von Forschung, die gesellschaftlichen Anforderungen an die Wissenschaft gerecht wird.

Internationalisierung und Globalisierung (im Sinne von „globalem Denken“) kennzeichnet seit jeher das Wesen von Wissenschaft. Um den Prozess der Globalisierung orientiert an den Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu gestalten, müssen sich Hochschulen, Wissenschaftler

und Wissenschaftlerinnen, Forscherinnen und Forscher, aber auch Kulturschaffende und Künstler noch stärker einschalten.

### 2.3 Internationalisierung der Hochschulbildung

Bei aller Perfektionierung und Beschleunigung der weltweiten Kommunikationsprozesse durch elektronische Medien ist der persönliche Kontakt mit dem Andern, auch mit dem Andersdenkenden, durch nichts zu ersetzen. Hochschulpartnerschaften und Studierendenaustausch, dies haben die erfolgreichen Europäischen Mobilitätsprogramme, v.a. SOKRATES/ERASMUS gezeigt, öffnen nicht nur den Blick für die europäischen Nachbarn, sondern verbessern die Qualität der Hochschulausbildung sowie die individuellen Chancen auf einem immer internationaler werdenden Arbeitsmarkt.

Internationalisierung und die europäische Orientierung im Bereich der tertiären Bildung, in der Hochschulausbildung aber auch in der beruflichen Bildung, vermitteln den Jugendlichen wichtige Schlüsselqualifikationen und interkulturelle Kompetenzen. Bei der im Rahmen des Bologna-Prozesses durchgeführten Reform der Studienstrukturen (Bachelor/Master), die die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen erleichtern soll, muss jedoch verstärkt darauf geachtet werden, dass das Prinzip der Durchlässigkeit gewahrt bleibt und dass Auslandsaufenthalte für alle Studierenden, auch für Bachelor-Absolventen, möglich bleiben.

Zur sozialen Dimension der Internationalisierung gehört auch eine noch bessere Betreuung und Integration von Studierenden aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland – aber auch von Studierenden mit Migrationshintergrund (sogen. Bildungsinländer). Hier sind nicht nur der Staat und die Hochschulen gefragt sondern auch die Kommunen, die Hochschulstandorte sind.

### 3 Gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Unser gemeinsames rechtspolitisches Ziel in Europa ist die schrittweise Realisierung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in Europa. Die Entwicklung des europäischen Rechtsraumes ist das notwendige Pendant zum Binnenmarkt. Sie umschreibt den Aufbau einer harmonisierten Innen- und Rechtspolitik. Diese wird überwiegend von exekutiven Elementen geprägt sein. Dabei müssen Erweiterung der exekutiven Rechte und der Ausbau der Bürgerrechte Hand in Hand gehen. Europa muss Sicherheit für die Grund- und Bürgerrechte der Menschen sowie Sicherheit der Menschen vor Verbrechen und Gewalt schaffen. Ziel einer mittelfristigen europäischen Rechts- und Sicherheitspolitik ist vor diesem Hintergrund insbesondere die engere polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit durch Ausbau der Institutionen Europol und Eurojust

bei gleichzeitiger Gewährleistung einer umfassenden demokratischen Kontrolle der gemeinsamen Rechts- und Innenpolitik und Wahrung der individuellen Bürgerrechte.

### 3.1 Europol

Mit der Institution Europol wurde die Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Europa aufgenommen. Bislang konzentrierte sich die Tätigkeit der Europäischen Polizei auf eine direkte Unterstützung von Untersuchungen bzw. Operationen der nationalen Polizeibehörden. Das reicht nicht mehr aus. Die Kriminalität in Europa kennt keine Grenzen. Deshalb darf auch die Verbrechenverfolgung an den Grenzen Europas nicht enden. Der Tätigkeitsbereich und die Kompetenzen von Europol müssen weiterentwickelt werden, wenn die Effektivität der grenzüberschreitenden Verbrechenbekämpfung zur vollen Entfaltung kommen soll. Wir unterstützen daher die Bestrebungen, Europol unter Gewährleistung der gerichtlichen Kontrolle und der Befassungsrechte des Europäischen Parlaments auszubauen.

Europol soll zu einer operativen europäischen Polizei ausgebaut und mit exekutiven Befugnissen nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts ausgestattet werden. Die Voraussetzung dafür ist eine demokratische Kontrolle. Bisher besteht weder eine Verantwortlichkeit von Europol gegenüber den nationalen Parlamenten noch gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Gerichtshof. Solange eine Kontrollinstanz fehlt, muss sich die Tätigkeit von Europol weiterhin im Wesentlichen darauf beschränken, kriminalpolizeiliche Daten zu sammeln, ohne exekutive Eingriffsrechte ausüben zu können. Eine ausreichende Kontrollinstanz erhält Europol erst mit einer europäischen Staatsanwaltschaft. Deshalb, und weil die gleichzeitige Wahrung der Bürgerrechte ein kodifiziertes Verfahrensrecht voraussetzt, muss zunächst eine europäische Strafprozessordnung geschaffen werden. Hinzutreten muss die parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament. Zudem sollte jeder Bürgerin und jedem Bürger das Recht eingeräumt werden, Maßnahmen von Europol durch den Europäischen Gerichtshof überprüfen zu lassen.

### 3.2 Eurojust

Durch Eurojust wurde eine wirksame Koordinierung zwischen den einzelstaatlichen Strafverfolgungsbehörden erreicht und strafrechtliche Ermittlungen in Fällen der organisierten Kriminalität unterstützt. Dabei beschränkte sich Eurojust aber bisher allein auf die Tätigkeit eines Dokumentations- und Informationszentrums. Kompetenzen konkreter strafrechtlicher Ermittlungen hat Eurojust nicht. Im Zuge einer Weiterentwicklung von Europol zu einer operativen europäischen Polizei mit weitreichenden exekutiven Kompetenzen muss auch gleichsam

Eurojust zu einer europäischen Ermittlungsbehörde ausgebaut werden. Diese soll sich nicht nur auf die Bekämpfung schwerer Formen der organisierten Kriminalität zu beschränken, sondern sämtliche Straftaten von erheblicher Bedeutung miteinfassen. Eurojust kann zudem eine Mittlerrolle zwischen den einzelstaatlichen Behörden übernehmen, um bestehende Zusammenhänge zwischen den von verschiedenen Behörden bearbeiteten Fällen und durchgeführten Ermittlungen aufzuzeigen.

Langfristig wollen wir Eurojust zu einer europäischen Staatsanwaltschaft weiterentwickeln, die bei strafrechtlichen Ermittlungen grenzüberschreitender Kriminalität beteiligt wird, für einen genau zu definierenden Bereich von Deliktstypen zuständig ist und aktiv zur Koordinierung einzelner Fälle beiträgt sowie mit konkreten Festnahme- und Durchsuchungsrechten ausgestattet wird. Neben der notwendigen Schaffung einer europäischen Strafprozessordnung sollte in diesem Zuge auch damit begonnen werden, ein einheitliches europäisches Strafrecht zu entwickeln.

### 4. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Wir benötigen europaweite Umweltstandards für die Produktion sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft, um einen ruinösen Kostensenkungswettbewerb auf Kosten der Umwelt zu vermeiden.

Der Flächenverbrauch ist unserem Erachten nach eine zentrale Stellschraube zur Eindämmung der Suburbanisierung, zur Revitalisierung der Innenstädte, zur Reduzierung des Verkehrs und zur Erhaltung der Selbstorganisationsfähigkeit der ökologischen Systeme vor der eigenen Haustür.

Stärkungen des ländlichen Raumes, der europäischen Kulturlandschaften und deren Landwirtschaften erfordern kleinteilige Strukturen und niedrige Einstiegsschwellen. Wir wollen die Gesetzgebung nach diesen Gesichtspunkten ausrichten und blinde Massensubventionierung beenden.

Wir haben großen Respekt vor dem Leben und werden dafür kämpfen, dass Tiere nicht weiterhin unter unwürdigen Bedingungen zur industriellen Lebensmittelproduktion verwendet werden und ihre Lebenszeit komplett nach Kosten- und Gewinnrechnung ausgerichtet wird. Gute Tierhaltung werden wir zum alleinigen Standard machen, quälende Tiertransporte werden wir unterbinden. Tierversuche zu medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken halten wir nur für legitim, sofern die erwarteten Ergebnisse von äußerst großer Bedeutung für das Gemeinwohl sind und sie nicht durch Computersimulationen oder alternative Methoden ersetzt werden können. Tierversuche anderer Art insbesondere für Kosmetik lehnen wir kategorisch ab.

Das Kyoto-Protokoll war ein erster wichtiger Schritt für den globalen Klimaschutz, bei

dem man allerdings nicht verweilen darf. Zukünftig geht es darum, weitere Länder, insbesondere die USA, in dieses Abkommen einzubinden und durch neue ehrgeizigere Zielsetzungen (insbesondere für Osteuropa) den CO2 Ausstoß weiter zu verringern. Zur konsequenten CO2 Vermeidung schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Einführung einer „echten“, ausnahmslosen, europaweiten CO2-Steuer sowie von einer CO2-Einfuhrabgabe.

- Endgültiger Schlussstrich der Kohlesubventionen, die sich sowohl volkswirtschaftlich als auch ökologisch als schädlich herausgestellt haben.

- Weiterer Ausbau der Förderungen und der Forschung mit dem Ziel der Schaffung von „effizienteren Energiequellen“ und Sicherung von „neuen Substituten“.

Es besteht eine ernstzunehmende Unsicherheit über die langfristige Entwicklung bzw. die Stabilität der Beziehung zwischen Mensch und Umwelt, unter der „bestmöglichen“ Berücksichtigung aller zukünftigen Generationen. Dem Schutz der globalen Lebensgrundlagen gebührt daher Hauptinteresse. Angesichts dieser Unsicherheit betrachten wir Risikoschutz-Strategien als unabdingbar. Umweltbelange müssen wirkungsvoll in alle anderen Politikbereiche integriert werden.

ispw 6 / 2005

## Antifaschistisches Blatt Info

Nr.69 | Herbst 2005



### Neue Dynamik im militanten Spektrum

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
e-mail: aib@nadir.org  
web: www.nadir.org/aib

Einzel exemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

# Bürokraten, Citoyen und Bourgeoisie

## Gedanken zum Stand der Demokratie im modernen Kapitalismus

Von Jürgen Meier

### Wer hat Angst vor Bürokraten?

In der Vorstellung des Bürokraten wird die Ökonomie von dinglichen Beziehungen bestimmt, denen der Mensch nur konkret zu folgen braucht, indem er die Dinge kauft, verkauft, konsumiert oder produziert. Seine Bürokratatätigkeit soll für diese dinglichen Beziehungen die „Rahmenbedingungen“ festlegen. Er sieht als Bürokrat nicht den Menschen, den er mit seinen Entscheidungen trifft, sondern den Staatsbürger. Der Bürokrat ist dem konkreten Leben der Menschen gegenüber gleichgültig, es ist ihm fremd. Der Bürokrat passt sich den staatlichen Vorschriften schnell an, aber er gilt als völlig unflexibel, wenn es um Entscheidungen geht, die das Alltagsgeschäft der Marktwirtschaft fordern. Er hält sich am Abstrakten fest, wirkt dabei stocksteif, häufig unsympathisch, unfreundlich, und scheint vom Leben nicht viel Sinnlichkeit vermittelt bekommen zu haben. Er funktioniert nach Vorschrift. Dies sind für Populisten gute Gründe, um die Jagd auf ihn zu eröffnen. Doch was wollen die Jäger des Bürokraten eigentlich zur Strecke bringen? Die Bürokratie?

### Der moderne Typus des Antibürokraten.

Es ist für Politiker unserer repräsentativen Demokratie chic geworden, die Bürokratie dieser Demokratie zu kritisieren. Sie meckern über die „Verkrustungen“ oder „Bürokratisierungen“ des Staates, und haben dabei häufig nur Eigeninteressen im Kopf. Wenn Lothar Späth in einem Interview weltmännisch erklärte, dass er der SPD nicht zutraue, „weniger Staatseinfluss und Bürokratieabbau durchzusetzen“, machte er durch seine Haltung zum neuen Tariftrüegesetz deutlich, was das im konkreten für ihn bedeutet. „Ich kann mich nicht für diese Neuregelung aussprechen. Für den ostdeutschen Bau, der nur noch dadurch gestützt wird, dass er sich im Westen mit günstigeren Löhnen ein paar Aufträge holen kann, wären die Auswirkungen verheerend.“ (so im „Rheinischer Merkur“, Nr. 22/2002). Späth ist zum Vorbild des antibürokratisch, freundlich und modern bürgerlichen Staatspolitikers geworden, der

den Citoyen und den Bourgeois in einer Person vereint. Er fordert Lohndumping. Darin bekommt er lauthals Unterstützung vom früheren BDI-Chef Rogowski, den ärgert die Tarifautonomie auf der Grundlage von Flächentarifverträgen und jede Form von Mitbestimmung der Beschäftigten schon lange. Streiks, so Rogowski, seien „martialische Instrumente aus dem vorletzten Jahrhundert“, die durch „neue Konzepte der Lohnfindung“ und weitgehende Autonomie der Betriebe bei Lohn- und Arbeitszeitfragen ersetzt werden müssten. Der Kündigungsschutz, die Mitbestimmung, die Versicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte und das Recht auf Teilzeitarbeit müssten weitgehend abgeschafft werden. In ihrem „Wachstumsprogramm“ vom 07.03.2004 transformiert die CDU und CSU Rogowskis Vorstellungen noch deutlicher in die Politik, als die SPD mit ihren Reformpaketen. CDU/CSU fordern massive Einschnitte in die Tarifautonomie. So wie Rogowski, Merkel oder Späth, sprechen moderne Antibürokraten, die alles konkret im Interesse der bürgerlichen Marktwirtschaft regeln möchten. Seit der Agenda 2010 nimmt auch in der SPD die Zahl dieser Antibürokraten zu.

Wenn Arbeiter und Angestellte die „martialische“ Waffe des Streiks einsetzen wollen, um den Preis ihrer Arbeitskraft dem gesellschaftlichen Wert anzupassen, tun sie nur das, was jeder Bourgeois täglich tut. Der versucht doch auch den möglichst höchsten Preis für den Wert seiner Waren zu erzielen. Genau das aber wollen die Streikenden für ihre Ware Arbeitskraft auch erreichen. Nur durch Streik erzielen die Beschäftigten der Metallindustrie 2002 die Durchsetzung der Preiserhöhung ihrer Arbeitskraft um 4%. Doch die Fronten von Käufer und Verkäufer der Arbeitskraft verhärten sich. Volkswagen habe nur wenig Verhandlungsspielraum in den Tarifverhandlungen, klagte der Personalvorstand des Konzerns, Peter Hartz, der ja gleichzeitig großer Ideengeber von Kanzler Schröder ist: „Wir sind dazu gezwungen, unsere Kosten in Ordnung zu bringen“, sagte Hartz. Unterdessen protestierten weit mehr als 36000 Mitarbeiter in Wolfsburg und Kas-

sel gegen die Sparpläne des Konzerns. Die Produktion stand für etwa drei Stunden still. Ein Streiktag, so beschwerte sich die Porsche Geschäftsführung, kostete das Unternehmen 11 Millionen Euro. Was den nüchtern blickenden Betrachter ja lediglich zu der Einsicht bringt, dass die Arbeiter und Angestellten des Unternehmens wohl offensichtlich immer noch diejenigen sind, die allen Reichtum der Konzerne produzieren.

Der Bürokrat beim Arbeitsgericht, der sich als abstrakter Mensch an die jetzt bestehenden Vorschriften hält, kontrolliert auf einem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz, Rechtsstaatlichkeit genannt, die Einhaltung des gültigen Tarifrechts, Kündigungsschutzes oder der Mitbestimmung. Das ärgert nicht nur Lothar Späth, sondern alle, die der gekauften Arbeitskraft einen höheren Preis zahlen sollen oder ihr mehr Rechte zu sprechen müssen. Auch in anderen Bereichen der Gesellschaft nervt der Bürokrat, der sich an die Vorschriften hält und sich von keinem Scheckbuch eines einzelnen Unternehmers flexibilisieren lässt. Verlangt der Bürokrat von allen Produzenten, die einen Öko-Stempel auf ihre Waren drucken möchten, festgelegte Auflagen und Kontrollen, verhindert er ja tatsächlich durch seine kontrollierende Aktivität den freien Handel, der für die Freiheit schlechthin zu stehen scheint. Deshalb sind natürlich einzelne Produzenten oder Händler, die ihren Weizen, ihre Tomaten, Hühner, Puten, Schweine oder Rinder lieber dort kaufen wollen, wo sie billig, wenn auch verseucht sind, um einen Extraprofit einzustecken, erzürnt über diesen Bürokraten, der sich stur an seine Vorschriften hält und der überhaupt nicht dem entsprechen will, was tüchtige Leute Flexibilität zu nennen pflegen. Dennoch bleibt auch der aufrechtteste und gerechteste Bürokrat ein Bewahrer des gesellschaftlichen Status quo, was besonders dann deutlich wird, wenn der Bürokrat bei Besetzung oder gar bei einer versuchten Fabrikübernahme durch die Arbeiter und Angestellten, oder bei einer Schienenblockade von Demonstranten, die sich gegen die Castortransporte der Atomindustrie wehren - und dies mit dem Bewusstsein tun, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen Atomkraftwerke ist -, diese Aktionen als illegal einstufen muss, weil seine Vorschriften dies für ihn deutlich belegen. Zur Durchsetzung seiner Vorschriften setzt er die exekutive Macht der Polizei in Bewegung, was ihm den Lob auch jener Antibüro-

Jürgen Meier, arbeitet als freier Publizist und Drehbuchautor, lebt in Hildesheim. Der Aufsatz basiert auf Gedanken aus seinem aktuellen Buch „Eiszeit“, das im Sommer im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen ist.

kraten einbringt, die ihn ansonsten nicht sehr schätzen. Nutzt der Gleichheitsgrundsatz den eigenen ökonomischen Interessen, freut man sich über den sturen Bürokraten, richtet sich dieser Gleichheitsgrundsatz allerdings gegen die eigenen Interessen, so wird er als verkrustete Struktur beschimpft. Der bürgerliche Citoyen oder schlicht Bürokrat genannt, ist die allgemeine Kehrseite des bürgerlichen homme. Wie in Streiks oder in Demonstrationen der Bevölkerung deutlich wird, richten sich diese zwar zunächst nur punktuell gegen konkrete oder abstrakte Interessen der Bourgeoisie, sie bedeuten aber immer einen massiven Protest dieser konkreten, von der bürgerlichen Gesellschaft verärgerten und enttäuschten Menschen, gegen eine Demokratie, die formal demokratisch ist, weil sie vor den Fabrikatoren endet, also bei einer Form stecken bleibt, die demokratisch ausschaut, aber sich dennoch vom Volk und dessen konkreten Lebensumständen entfernt. Dies verhindert die Entstehung der tatsächlichen oder totalen Demokratie, die auf der Vereinigung von konkreten Menschen entsteht und in der der einzelne Mensch sich als handelndes Subjekt begreift, das die Ökonomie als prägende Kategorie des gesellschaftlichen Seins versteht, die, wie in der griechischen Polis – allerdings unter modernen und alle Menschen erfassenden Bedingungen –, unmittelbar beim konkreten Menschen bleibt.

Der bürgerliche Bürokrat ist und bleibt dagegen nur eine Karikatur dieses totalen Menschen. Doch je nach Stand der gesellschaftlichen Entwicklung, ist dieser Bürokrat, unter bestimmten Umständen, von allen Demokraten gegen die Angriffe der Antibürokraten zu schützen. Auch wenn der Bürokrat vorgibt im Interesse des Allgemeinwohls zu handeln, und darunter versteht, das ideelle Gesamtinteresse der bürgerlichen Produktionsweise verteidigen zu müssen, so sind die Angriffe der meisten Antibürokraten ein ge-

sellschaftlicher Schritt zurück zur Ständegesellschaft. Nicht mehr der Bürokrat, also der abstrakte Mensch, sondern der Markt, also die Interessen einzelner, der stärksten und größten Bourgeois soll die Rechtsverhältnisse allgemein bestimmen. Die Industriemanager Späth, der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Müller, der an die Spitze des RAG Konzerns wechselte, der Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke der zur Tochterfirma des RAG Konzerns, dem Energieversorger Steag AG, entbürokratisierte oder der ehemalige Bundesminister Bodo Hombach, personifizieren eine deutliche Tendenz. Der heutige Bürokrat soll sich mehr und mehr als bürgerlicher homme fühlen, nicht mehr als abstrakter Mensch.

In diesem Zusammenhang änderte der Begriff Reform seine Bedeutung. Bedeutete Reform noch bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mehr Bürokratie, um die Mehrheit der Bevölkerung vor Armut, Willkür und elendigen Arbeits- und Lebensbedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft zu schützen, bedeutet Reform heute, weniger Bürokratie und mehr Freiheit für die Willkür der Akteure des freien Marktes. Diese Veränderung spiegelt sich auch sehr gut in der Wandlung von der direkten Befehlsstruktur zum „Teamwork“ wider, die die bürokratischen Institutionen des Staates von der Industrie übernommen haben. Es herrscht nicht mehr nur der Befehlston vor, sondern das projektbezogene gemeinsame „Wir-Gefühl“ von Dienstleistern ist gefragt, die für das bürgerliche Allgemeinwohl nützlich sein wollen. Der „sture“ Beamte soll dynamisiert werden, seine Moral soll den internationalen Kapitalbedingungen angepasst werden. Für diese soll er seine „Dienstleistung“ erbringen. Es soll so verhindert werden, dass ein sturer Beamter an das Umweltschutzgesetz festhält, statt zu erkennen, dass es zur Sicherung des Wir-Gefühls, in erster Linie um die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland ge-

hen muss. Also soll der sture Beamte oder Bürokrat im Team lernen, flexibel über schlechte Emissions- oder Grenzwerte hinweg zu sehen. Teamarbeit ist natürlich der konkreten Arbeitsweise der Menschen viel entsprechender, als Dienst nach Befehlsanweisung, deshalb verblüfft es den Bürger, wenn im Staatsbüro teammäßig gearbeitet wird. Das klingt soviel menschlicher, als der barsche Ton des preußischen Staatsbeamten. Doch der Schein trügt. Hinter der Teamfassade steckt noch immer der „ideelle Gesamtkapitalist“, wie zu Zeiten Bismarcks. Es geht den Antibürokraten um Marktvorteile, nicht um allgemeines Recht oder um den „Sozialstaat“.

Die antike Polis war das politische Vorbild der bürgerlichen Revolutionäre, bis ihr Streben in der Französischen Revolution ihre praktische Erfüllung fand. Eine Erfüllung, die den Unterschied von antiker und moderner Gesellschaft enthüllte. Es wurde deutlich, wie sehr die antike Polis und das Ideal des Polisbürgers weder Inhalt noch Form der bürgerlichen Gesellschaft abgeben konnten, sondern bloß das – notwendige – Kostüm, die – notwendige – Illusion ihrer heroischen Periode war.

Marx hat die gesellschaftliche Grundlage dieser notwendigen Illusion in seiner grundlegenden Analyse der Notwendigkeit der Spaltung des bürgerlichen politisch-gesellschaftlichen Bewusstseins in Citoyen und Bourgeois aufgedeckt. Die „natürliche Existenz“ des Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft ist die Existenz als Bourgeois, als isolierte Privatperson, die ausschließlich für die eigenen Interessen kämpft und jeglichen Einsatz die Gesellschaft zu verändern aufgegeben hat. Diese Existenz, wie die Existenz als Citoyen, der seine politische Tätigkeit vom Alltagsleben der anderen Menschen streng trennt, ist eine entfremdete Existenz. Diese Spaltung in Citoyen und Bourgeois folgt notwendig aus der Beziehung der bürgerlichen Gesellschaft zu ihrem eigenen Staat. Sie folgt aus der Beziehung des individuellen Mitglieds der bürgerlichen Gesellschaft zu diesem Staat, aus der notwendigen Beziehung der kapitalistischen Basis zu ihrem staatlichen Überbau.

### Der gewählte Bürokrat und das „Allgemeinwohl“.

Die Illusion dieser Gemeinschaft, verkörpert durch den bürgerlichen Citoyen, scheint ein Gegensatz zur privaten Produktionsweise des Bourgeois zu sein. Citoyen und Bourgeois scheinen getrennte Wege zu gehen. Der Citoyen scheint ein über der Gesellschaft schwebendes Wesen zu sein, dessen Aufgabe allein die Hinwendung des menschlichen Trachtens auf das „Allgemeinwohl“ (Gerhard Schröder) ist, das alle gesellschaftlichen Interessen miteinander zu versöhnen hat. Mit dem Hinweis auf das „Allgemeinwohl“ versucht der moderne Bürokrat



Foto: Christian Kiel (Berlin)

den Schein eines ethischen Feldherren zu mimen, der aber nichts anderes tut, als die jeweilig herrschende Moral, den herrschenden Markt- und Kapitalbedingungen anzupassen. Die Trennung, bei gleichzeitiger Einheit, von Citoyen und Bourgeois prägt aber nicht nur die gesellschaftliche Entwicklung im allgemeinen, sondern der einzelne „Staatsbürger“, der in demokratischen Wahlen darüber entscheidet, wer beruflich oder ehrenamtlich zum bürgerlichen Citoyen aufsteigen darf, lebt in sich selbst diese Gedoppeltheit. Er bleibt, solange er sich nicht selbst um ein Mandat bewirbt, allerdings immer nur konkreter Mensch, der bestrebt ist sein Eigentum (Wissen, know how, Arbeitskraft, Kapital, Aktien, Mietwohnungen, Hobbys etc.) gewinnbringend einzusetzen. Dabei kennt er nur seine Karriere, seine Benotung, seine Prämie, seinen Bonus, sein Bedürfnis, seine Lust, sein Eigenheim, sein Image, sein Gehalt, seine „Stütze“ oder Lohn, sein Auto, seinen Vorteil, seinen Umsatz, seinen Gewinn und kritisiert die Politiker als eitle Typen, die seine Steuergelder vergeuden. Der ständige Rückgang der Wahlbeteiligungen, gerade bei Kommunalwahlen, hat mit dieser Ich-Orientierung des Staatsbürgers zu tun, aber auch mit der Deutlichkeit, mit der die Gedoppeltheit der Kandidaten von den Wählern der Kommune erlebt werden können. Je kleiner die Kommune, desto unmittelbarer ist diese Beziehung von Wähler und Kandidaten. Damit reduziert sich die Möglichkeit der Fetischisierung von Kandidaten. Wenn der verheiratete Oberbürgermeister oder Fraktionsvorsitzende im Rathaus eine homosexuelle Liebschaft pflegt oder wenn er den Posten des Museumsdirektors für sich ins Auge gefasst hat, so spricht sich das in der Kommune schnell herum. Die konkreten Menschen erleben den abstrakten Menschen, den Politiker, hautnah als konkreten Menschen. Vor Ort entheilt er sich selbst als Citoyen, der vorgeben will, ein ethisch handelnder zu sein. Schnell verbreitet der Alltagstratsch seine Schwächen, die ihm die bürgerliche Moral, deren Zeitgeist er folgt, allerdings freimütig genehmigt. Schließlich ist ja die Freiheit des Individuums die ideologische Fahne ihres Kampfes gegen die Ethik. Anders verhält es sich bei Bundestagswahlen. Die Spitzenkandidaten der Parteien sind hier sehr bemüht, ihr Leben als „Privatpersonen“ vor der Öffentlichkeit zu verbergen, was ihnen zwar nicht ganz gelingt, dafür sorgen schließlich die Medien. Sie versuchen es jedenfalls, um auf diese Weise mehr Freifläche zu schaffen, auf der sie als Citoyen agieren können. Nur als Citoyen, also als abstrakte oder künstliche Menschen werden sie von den Wählern bewundert oder einfach nur gemocht. Nur als abstrakte Menschen können sie das darstellen, was die PR-Berater Image nennen. Das Image ist aber nur das Bild von einem konkreten Menschen, wie er als Fetisch für viele konkrete Wähler positiv

wirken soll. Dieses Bild muss mit dem konkreten Menschen, der es für die Öffentlichkeit darzustellen versucht, nicht übereinstimmen. Dieses Image ist von Strömungen in der Bevölkerung abhängig, zu der auch die Mode gehört, wie unschwer an den Anzügen der bisherigen Bundeskanzler festzustellen ist. Die Schaffung eines ausgetüftelten Image für einen Citoyen-Kandidaten funktioniert auf der kommunalen Ebene nicht. Hier ist der Bürokrat, ob als Mitglied des Rates oder in der Verwaltung, immer auch deutlich als konkreter Mensch zu erkennen. Was gute Chancen bietet, um die direkte Demokratie in allen Belangen in der Kommune zu befördern und zu entwickeln. In der direkten Demokratie ist die Gedoppeltheit der Personen aufgelöst. Die Menschen begegnen sich hier als wirkliche Menschen, die gesellschaftlich denken und handeln.

Dieses Prinzip wird längst in den meisten Bürgerinitiativen und vielen Vereinen praktiziert, die besonders in den Kommunen entstehen und sich entfalten. Anders verhält es sich dagegen bei jenen Politikern und Bürokraten, die sich staatsmännisch durch die bürgerliche Moral, die sie in ihrem Amte hält, zerreißen lassen, weil sie glauben, dadurch Ansehen, Wohlstand und Sicherheit zu bekommen. Den Preis, den sie dafür zahlen, ist die Entfremdung von menschlicher Sinnlichkeit und echter Bezogenheit zu einem anderen Menschen.

„Die Zerrissenheit des bürgerlichen Menschen in Citoyen, dem abstrakten Menschen und dem homme, dem wirklichen, wahren, egoistischen Menschen, rückt die konkreten und materiellen Alltagsfragen des Menschen in die Sphäre des bloß privaten Lebens. Wer ist der vom Citoyen unterschiedene homme? Niemand anders als das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft. Warum wird das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ‚Mensch‘, Mensch schlechthin, warum werden seine Rechte Menschenrechte? Woraus erklären wir dies Faktum? Aus dem Verhältnis des politischen Staats zur bürgerlichen Gesellschaft, aus dem Wesen der politischen Emanzipation.“ (MEW Bd. 1, S. 363)

#### Der Bürokrat verliert an Autorität.

Die Aufgabe des Citoyen als organisierenden und vermittelnden Überbau, der sich auf der privaten Produktionsweise erhob, ist anders geworden. Der Citoyen, ehemals noch mit einem großen Stab von Intellektuellen darum bemüht, historische Vergleiche der bürgerlichen Gesellschaft zu der antiken Polis zu konstruieren, um daraus die utopischen Ideale einer bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten, wird „irdischer“. Seine Ideale, falls er überhaupt noch welche benennen kann, werden auf den Augenblick fixiert (Osterweiterung, „neue soziale Marktwirtschaft“, Arbeitsbeschaffung, Senkung der Lohnnebenkosten), was neofaschistische Bewegun-

gen als Nische nutzen, um ihre Ideale vom starken Staat, Kameradschaft und nationalem Stolz, die sie aus der Geschichte der Germanen oder auch der Griechen völlig willkürlich angeln und idealisieren, unter den orientierungslosen Menschen erfolgreich zu verbreiten. Sie fordern die Rückkehr des autoritären Citoyen. Sie wünschen sich einen Citoyen mit vielen Idealen, die aber alle durchaus mit der bürgerlichen Ökonomie vereinbar sind, aber die nicht in den Rahmen der gegenwärtigen Situation passen. Die rechten Gruppierungen restaurieren die Ideale der Antike, die dem herrschenden, dem „liberalen“ Citoyen, der keinem homme Vorschriften machen möchte, verloren gegangen sind. Diese Rekonstruktion der Ideale kann schließlich dazu führen, dass die Mehrheit der Bevölkerung den „starken“ Staat, mit „starken“, jeden Staatsbürger verpflichtenden Idealen, fordert und fördert. An die Stelle des liberalen Citoyen, der sich als direkter Apologet der bürgerlichen Produktionsweise in Pose setzt - weil es schließlich nach 1989 bewiesen sei, dass es nichts Besseres gibt, als die „freie Marktwirtschaft“, also die Antibürokratie -, würde dann der indirekte Apologet dieser Produktionsweise treten.

Aus dem autoritären Citoyen, der noch die Schulen der Nachkriegszeit in Deutschland beherrschte, und der die Mitglieder der Gesellschaft nach überlieferten Idealen und rigiden moralischen Vorschriften als Amtsauctorität erziehen wollte, wurde in der folgenden Generation ein antiautoritärer Citoyen, der heute nicht mehr zu erziehen verspricht, sondern der locker, dem modischen Trend folgend, hilft, den Markt der Bedürfnisse des Augenblicks zu befriedigen. Die Zahl der Lehrer die ihre Schulkinder erziehen wollen, sind heute sicher in der Minderheit. Erziehung bedeutet einen Standpunkt zu beziehen, zu dem man auch die Schüler ziehen möchte. Dieser Standpunkt hat nichts mit besten Leistungen bei Schultests zu tun, sondern mit der Frage, will der Lehrer die Schüler nach den Prinzipien der bürgerlichen Moral erziehen oder gilt für ihn die Ethik, die sich am gesellschaftlichen Sein orientiert und hier alle Entfremdungen die Menschen anderen Menschen zufügen beim Namen nennt? Entscheidet sich der Lehrer für die Prinzipien der bürgerlichen Moral, hat er zwei Möglichkeiten. Er kann zu einem direkten oder indirekten Apologeten der kapitalistischen Produktionsweise werden, die ja das Fundament für jede Form der bürgerlichen Moral ist. Der direkte Apologet hält die bürgerliche Moral, zu der die „Elitebildung“ und modernes Projekttraining genauso gehört wie die von Konzernen gesponserte Privatschule und Universität, für den Höhepunkt der Geschichte. Er passt sich an den „Markt“ an und erwartet das auch von seinen Schülern. Der indirekte Apologet wettet gegen das „fremdländische“ Kapital, gegen zu hohe Ausländerquoten in den

Schulklassen, die ihn, besonders in manchen Grundschulen, sicher vor große Schwierigkeiten stellen.

Ob direkter oder indirekter Apologet der bürgerlichen Produktionsweise, der Citoyen als Lehrer, Jurist, Polizist, Journalist, Soldat, Arzt oder Minister läuft Gefahr die Zerrissenheit seiner Person zu negieren, die elementarer Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft bleibt, trotz aller formalen Veränderungen. Die Dominanz des Bourgeois in unserer Gesellschaft, und damit die bürgerliche Produktionsweise, ist deutlicher geworden. Statt die Einführung des Unterrichtsfaches Philosophie an den Gymnasien - wie noch Mitte des 19. Jahrhunderts vom frühbürgerlichen deutschen Citoyen praktiziert - fordert das Bildungsministerium eine flächendeckende Versorgung der Schulen mit Computertechnik.

Die Autorität des Staates und des Citoyen ist deutlich in den Hintergrund getreten. Schulen bekommen mehr Autonomie vom obersten Citoyen. Illusionen in den Staat wurden auf diese Weise zerstört oder wenigstens geschwächt, was für den historischen Reifungsprozesses des Subjektes dann nützlich sein kann, wenn in der privaten Produktionsweise eine Aneignungsweise von Mensch und Natur erkannt wird, die den Menschen weltweit immer mehr von sich selbst und vom anderen Menschen als sinnlichen Menschen entfernt. Die Entfremdung der modernen Arbeit ist gleichzeitig subtiler und vereinnahmender geworden, je weniger der abstrakte Mensch des Citoyen im wirklichen Menschen Illusionen auszulösen verstand.

Also: Vorsicht vor Antibürokraten, die von Flexibilität und Fortschritt reden, ohne sich zu fragen, was diese Begriffe wohl mit ethischer Orientierung zu tun haben könnten. Mit direkter Demokratie zu neuen Lebensformen.

In den Jahren 1989 bis 1998 hat sich die Zahl der nationalen Volksabstimmungen im Vergleich zum vorhergehenden Jahrzehnt mehr als verdoppelt. Eine Initiative „Mehr Demokratie e.V.“ fordert die Einführung von Volksentscheiden, um der durch Skandale angeschlagenen parlamentarischen Demokratie wieder auf die Beine zu helfen. „Wir wollen weg von der Zuschauerdemokratie. Und hin zu einer Kultur der Beteiligung. Dabei vertrauen wir auf die Freiheit und die Selbstbestimmung der Menschen.“

Einer der wichtigsten politischen Trends, so schreibt die Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht, sei die Stärkung der lokalen und regionalen politischen Ebene. Nationalstaatliche Regierungen von Afrika bis Lateinamerika und von Europa bis Südostasien treten Rechte an die unteren Ebenen ab, wobei Laptop, PC, Mobiltelefon und Internet diese Dezentralisierung erleichtert hätten. „Eine übergroße Mehrheit der Deutschen ist dafür, Volksabstimmungen künftig auch auf Bun-

desebene zuzulassen. In einer veröffentlichten Forsa - Umfrage für das Hamburger Magazin Stern plädierten 84 Prozent für eine entsprechende Grundgesetzänderung. 13 Prozent der Befragten sprachen sich gegen Volksabstimmungen aus, drei Prozent äußerten sich unentschieden. Auch über die neue EU-Verfassung möchte die Mehrheit der Deutschen selbst entscheiden können. In der Umfrage plädierten 74 Prozent für eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung, 19 Prozent waren dagegen. Keine Meinung hatten 7 Prozent.“

Die formale Demokratie, wie Lukács die parlamentarische Demokratie nannte, verführt seine Abgeordneten nicht nur durch Bestechungen in die Eindimensionalität der Ökonomie, sondern überlässt jenen die Anwendung und Verteilung, selbst aggressiv militärischer und menschlich verletzender (Videos etc.) Produkte, die ihnen als private Aneigner der gesellschaftlichen Arbeit rechtlich auch zustehen. „Jene Privatisierung der Menschen,“ schrieb Lukács, „aus denen sich die Massen bilden, die in den alten formalen Demokratien entstand, bringt einen Menschentypus hervor, produziert eine Einstellung, eine Mentalität und Moralität, die dem Wesen einer wirklichen, lebendigen und lebensfördernden Demokratie widerspricht.“ Formal bleibt Demokratie immer dann, wenn sie die Bereiche der vergesellschafteten Arbeit vom politischen Leben loslöst. Wirkliche Demokratie ist eine Lebensform, die alle Bereiche der Gesellschaft erreicht. Die „Demokratie des Bösen“, wie Bill Joy, der Gründer von Sun Microsystems, die gesellschaftliche Dominanz des homo oeconomicus nennt, mag zum einen jene ermuntern, die einer aristokratischen Weltanschauung frönen und alle Lebensbereiche der Herrschaft einer „humanistischen Elite“ unterordnen wollen, die als „Diktatur des Guten“ den Weg erleuchten soll. Sie mag aber auch zu jener Erkenntnis führen, dass wir die Begriffe von Freiheit und Gleichheit wieder neu zu denken haben. Die Freiheit des homo oeconomicus schafft die Gleichheit von Käufer und Verkäufer auf dem Weltmarkt. Da bei gleichen Rechten letztlich die Gewalt der Ausbeutung, Korruption, der Militärs, der Arbeitslosigkeit entscheidet, wer der Sieger wird, darf man sich getrost der Worte von Lukács erinnern: „Kategorien wie Freiheit und Gleichheit, wie Fortschritt und Vernunft müssen einen neuen Glanz, eine neue Bedeutungsschwere erhalten, und sie können diese erhalten, wenn der soziale Gehalt der Demokratie, den heutigen veränderten Umständen entsprechend, wieder die Inhaltsfülle und Leuchtkraft von 1793 oder 1917 erhält. Und andererseits müssen lange Zeit lebte, in manchen Kreisen fast axiomatisch gewordene Kategorien, wie ‚Vermassung‘, ihre Geltung verlieren.“

Diese Angst vor „den Massen“, gepflegt von den französischen Existentialisten, erlernt

von den 68er Wessis, die heute als Repräsentanten der formalen Demokratie das Kanzleramt, Außen- und Verteidigungsministerium mit dem Geist der bürgerlichen Eliteschwängern, ist eine der wichtigsten Einfalls-tore des Antidemokratismus. Und zwar sowohl in den „Massen“ selbst wie in der Intelligenz. Lukács sah in der „Überwindung des isolierten Individualismus“, in der „Wiedererweckung des Citoyen“, eine Möglichkeit, um die aristokratische Weltanschauung, zu der ja auch die faschistische Variante zählt, zu verhindern. Volksentscheide sind ein guter Schritt, um die Demokratie als allgemeine Lebensform zu lernen, die letztlich auch vor den Fabrikatoren nicht halt machen darf. Das wird nicht ohne grundsätzliche politische Veränderungen gehen, die aber nur Mittel zum Zweck sind. Der Zweck dieser grundsätzlichen politischen Veränderung ist die Aufhebung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen in denen der Mensch sich von sich selbst als Mensch und vom anderen als Mensch entfremdet. Die Veränderung, durch die der Citoyen wiedererweckt wird, ist nur ein erster wichtiger Schritt, um den Menschen zum bewussten Schöpfer seines gesellschaftlichen Lebens werden zu lassen. Ein nächster Schritt, an dem bislang die sozialistischen Staaten scheiterten, der aber der eigentliche Zweck der grundsätzlichen politischen Veränderung hätte sein müssen, ist die grundsätzliche gesellschaftliche Revolution, durch die neue Lebensformen in der Gesellschaft entstehen, in denen die qualitativen Leiden-schaften und Bedürfnisse das menschliche Leben dominieren. „Kommt es zu dieser umfassenden gesellschaftlichen Revolution,“ schreibt Agnes Heller, „so wird sie die partielle und allgemeine Reform und auch die politische Revolution nicht einfach negieren, sondern sie als Momente – wenn auch nicht als Zwecke, sondern als Mittel – in sich aufheben. Gerade die sozialistische Bewegung muss solche immer mehr Menschen erfassenden Gemeinschaften entwickeln, in denen die Bedürfnisse umstrukturiert werden, wobei die qualitativen Bedürfnisse den Vorrang haben. Nur eine solche Bewegung kann den Dualismus von Erzieher und zu Erziehenden, Elite und Masse, Theorie und Praxis – Dualismen, die alle in der kapitalistischen Gesellschaft entstanden sind – überwinden.“ (Agnes Heller, „Individuum und Praxis“, Frankfurt/M, 1971, S. 30).

Ethik ist in diesem umfassenden gesellschaftlichen Prozess keine verkitschte Verpackung mehr, die nur an Festtagen angegrabbelt wird, sondern fester Bestandteil des wirklichen Lebens und eines menschlichen Bewusstseins, das dieses wirkliche Leben der Gesellschaft in direkte Verbindung zum eigenen individuellen Leben setzt. Die bürgerliche Moral, mit ihrer Habsucht, Herrschsucht und Geltungssucht, wird an der Wurzel des gesellschaftlichen Seins ausgegraben, also

dort, wo sie entsteht, in den alltäglichen Lebensformen, in denen wir arbeiten, leben, lernen, gebären, erziehen und sterben. Der Weg bis zur Auflösung der bürgerlichen Moral geht über einen mühsamen, sicher auch sehr opferreichen Weg, der mit der politischen Emanzipation beginnt, durch die erst gesellschaftliche Produktionsverhältnisse geschaffen werden, in denen die Ökonomie nicht kapitalistischen, sondern allgemein gesellschaftlichen Interessen folgt, wo die objektiven Möglichkeiten der hochkapitalisierten internationalen Produktionstechnik und Distribution auch subjektiv gewendet werden. Die politische Emanzipationsbewegung stützt sich in jeder Phase ihres Kampfes, also bereits innerhalb des Kapitalismus, auf Solidarität der an diesem Kampf beteiligten Menschen. Politische Solidarität der Menschen ist aber bereits das Gegenstück dessen, was die bürgerliche Moral mit ihren Selektions-, Konkurrenz und Zensierungsmethoden als Normalität bezeichnet. Solidarität und Respekt vor dem anderen Menschen prägt den Wunsch nach veränderten Lebensformen bereits im Kapitalismus. Die

Auflösung der traditionellen Geschlechtervorstellungen war eine wichtige Folge der politischen Bewegung der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts, die bis in unsere Tage sogar die Kleinfamilien beeinflusst, ohne das sich diese dessen bewusst sein müssen.

Die politische Emanzipationsbewegung, wenn sie denn schließlich die Fessel der bürgerlichen Gesellschaft sprengen kann, rückt einen neuen Typus des Citoyen in den Vordergrund des gesellschaftlichen Lebens, der sich, wie der Citoyen im Kapitalismus, von den anderen Menschen im alltäglichen Leben mehr und mehr entfremdet. Dieser Typus des Citoyen ist für die politische Emanzipation von der destruktiven Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise nur das notwendige Hilfsmittel zur menschlichen Emanzipation. Die menschliche Emanzipation von allen bürgerlichen Entfremdungen, die nach der politischen Emanzipation ja nicht automatisch endet, sondern nur neue Formen annimmt, ist das Ziel jeder wirklichen Emanzipationsbewegung. Hier wird die „soziale Kälte“ zwischen

den Menschen in wirkliche Sozialität verwandelt - nennen wir es ruhig „soziale Wärme“ - denn der andere Mensch ist hier nicht mehr Mittel zum Zweck für den Menschen, sondern er wird selber zum Zweck. Hier wird das Ende der „Eiszeit“ eingeläutet, vor deren Frost und Kälte wir uns aber bereits in der bürgerlichen Gesellschaft schützen können, indem wir uns an den politischen Emanzipationsbewegungen beteiligen und dadurch die Wärme menschlicher Solidarität spüren lernen. Kunst, Literatur, Musik und Philosophie schützen uns ebenso, insofern sie den Blick auf das Ganze der menschlichen Emanzipation werfen, um uns dadurch Selbstbewusstsein und Selbstbewusstheit über uns und die menschliche Gattung zu vermitteln. Durch das Wagnis neue Lebensformen einzugehen, in denen jeder Mensch respektvoll im alltäglichen Leben behandelt wird, beginnen wir uns bereits in der „Eiszeit“ von dem Egoismus der bürgerlichen Moral zu lösen und schaffen dadurch beste gesellschaftliche Voraussetzungen für ein Leben nach der politischen Emanzipation.

spw 6 / 2005

## Plädoyer für eine linke Volkspartei SPD

### Anmerkungen zu einer notwendigen Debatte

Horst Heimann

Franz Walter hat in seinem Interview „Die Zeit der Volkspartei 'SPD' ist vorbei“ in spw 145 den Begriff „Volkspartei“ sozialstrukturell zutreffend definiert: Volksparteien sind „in der Lage, hohe Zustimmung bei verschiedenen, heterogenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen“. (S. 20) Zutreffend erklärt er den Rückgang der Wähleranteile der beiden Volksparteien und auch der Wahlbeteiligung damit, dass beide aus den „heterogenen Bevölkerungsgruppen“ immer weniger die sozial Schwachen und Benachteiligten erreichen und als Wähler gewinnen können. Denn da diese anwachsenden Schichten besonders auf eine Politik der sozialen Sicherheit angewiesen seien, die sie durch „einschneidende Reformen“ bedroht sehen, können sie die Volksparteien immer weniger als Anwälte ihrer sozialen Interessen anerkennen. In der Tat hat die „linke Volkspartei SPD“ bei allen Wahlen nach Verkündigung der Agenda 2010 vor allem bei den Arbeitern und sozial

schwachen Bevölkerungsgruppen viele Wähler verloren. Trotz der „Aufholjagd“ in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl am 18.9. 2005 waren die Verluste der SPD bei den Arbeitern (-6,2%) und bei den Arbeitslosen (-7,3%) überdurchschnittlich. Wenn auch die Linkspartei.PDS bei diesen Gruppen überdurchschnittlich gewonnen hat (+7,6% und +14,5%), folgt daraus nicht zwingend, dass die SPD diesen „undankbaren“ Teil ihrer Stammwähler der Linkspartei insgesamt überlassen muß. Denn, anders als bei der Landtagswahl in NRW im Mai 2005 wurde bei der Bundestagswahl im September 2005 die CDU nicht wieder „die Arbeiterpartei“: Während noch (oder wieder) 37,3% der Arbeiter und 47,4% der Gewerkschaftsmitglieder SPD wählten, mußten sich CDU/CSU mit 32,4% bei den Arbeitern und 22,1% bei den Gewerkschaftsmitgliedern begnügen. Und da auch 33,5% der Arbeitslosen SPD wählten (nur 20,1% CDU/CSU, aber 24,8 % Linkspartei/PDS),

(Frankfurter Rundschau, 5. 10. 2005) wird die SPD in diesen Bevölkerungsgruppen, wenn auch rückläufig, zur Zeit durchaus noch (oder wieder) als linke Volkspartei akzeptiert.

Da die SPD also z.Zt. noch linke Volkspartei ist, war die Frage der spw an Franz Walter sachlich richtig formuliert: „Kann sie (die SPD) linke Volkspartei bleiben und was müsste sie dafür tun?“ Seine weit ausholende Antwort läßt sich kurz zusammenfassen: Ungewiß ist es, ob es gut wäre, Volkspartei zu bleiben, aber gewiß ist es, dass sie nicht Volkspartei bleiben kann und dass man daher auch nichts dafür tun kann. Zur Begründung seiner These, dass „Die Zeit der Volkspartei 'SPD' vorbei ist“, verweist er auf zwei „objektive“ Faktoren. Er untersucht, aus welchen „objektiven“ Gründen Volksparteien „in der Lage sind, hohe Zustimmung bei verschiedenen, heterogenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen“, und aus welchen Gründen sie heute immer weniger dazu in der Lage sind.

Der „objektive“ Faktor A) – eine besondere ökonomische Realität: Wegen der günstigen ökonomischen Situation in den 1960er und 1970er Jahren, „in der viel verteilt werden kann“, konnten Parteien mit dem „Schmiermittel der Patronage“ (also durch Beste-

chung), „die unterschiedlichsten Gruppen einbinden“. (Franz Walter vergißt zu erwähnen, welche verhängnisvolle Rolle die Volksparteien damit gespielt haben: Indem sie die revolutionäre Arbeiterklasse bestochen und „eingebunden“ haben, haben sie sie von der proletarischen Revolution und der Errichtung des Sozialismus auf den Trümmern des zusammenbrechenden Kapitalismus abgehalten!!! Als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ hat die linke Volkspartei SPD dem todgeweihten Kapitalismus zu blühender Gesundheit und zum ewigen Leben verholfen!!!) Doch Spaß beiseite: Franz Walters „objektive“ Erklärung A), dass wegen der neuen „objektiven“ wirtschaftlichen Situation die SPD nicht Volkspartei bleiben könne, ist „objektiv“ falsch. Die Behauptung, dass es heute nichts mehr zu verteilen gibt, Teil der Ideologie „Die fetten Jahre sind vorbei“ und „Wir leben über unsere Verhältnisse“, ist eine unglaubliche und dennoch geglaubte Propagandalüge: Denn heute wird viel mehr verteilt als in den „fetten Jahren“ zwischen 1960 und 1979, nämlich das Doppelte bis Dreifache, aber es wird heute anders verteilt. Die seit einem Vierteljahrhundert gepredigte Propagandalüge, dass es nichts mehr zu verteilen gibt, soll die Mehrheit zum neoliberalen Glauben bekehren: Der Wohlstand für alle kann nur erhalten bleiben, wenn an die Mehrheit nachhaltig ein wenig weniger verteilt wird, damit an die Minderheit, den Garanten unseres Wohlstands, viel mehr verteilt werden kann.

Der „objektive“ Faktor B) – die veränderte soziale Lage der Parteieliten, ist erster zu nehmen und nicht einfach als „objektiv“ falsch zu widerlegen: Die SPD kann nicht Volkspartei bleiben, sie kann nicht weiterhin auch die sozial schwachen Bevölkerungsschichten ansprechen und einbinden, weil sich die „objektive“ soziale Lage, also „das gesellschaftliche Sein“ der politischen Akteure durch sozialen Aufstieg verändert hat: „Der Typus aber, der aus einfachen Verhältnissen kam, der klassische sozialdemokratische Funktionär, der das Abitur oft erst über den zweiten Bildungsweg erworben hat, der kommt in dieser jüngeren Generation überhaupt nicht mehr vor.“ Während bei den Anhängern der SPD insgesamt die „so genannten mittleren Lagen“ dominieren, liegen „die Parteieliten“ sogar noch ein Stück darüber: „Auch die jungen Abgeordneten haben nahezu fast alle Abitur, haben aber dadurch auch schon lebensweltlich gar nichts mehr mit denen zu tun, von denen sie dann häufig reden. ... Sie entkoppeln sich von den Menschen, die man eigentlich mal vertreten sollte.“ Die niederen sozialen Schichten, von denen sich die aufgestiegene „Parteielite“ der Volkspartei SPD „entkoppelt“ hat, „kann dann die neue linkssozialistische Partei vertreten, viel deutlicher und in sich konzier“. (S. 23) Das könne die neue Linkspartei auch besser wegen der „sehr starken Differenzen im Habitus“: Während bei den Aktiven der WASG, vom Habitus, vom Auftreten und der Kleidung eher

der Typ des Gewerkschafters aus den 1980er Jahren dominiert, finden wir heute in der SPD oder gerade auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung oft eher den feinen Zwirn“. (S. 22)

Dieser „objektive“ Faktor B) ist leider nicht so leicht wie Faktor A) als „objektiv“ falsch zu widerlegen, da er sich auf eine stärker werdende sozialstrukturelle Realität bezieht. Nach der Blüte einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft mit mehr Gleichheit und Orientierung am Gemeinwohl im „Sozialdemokratischen Jahrhundert“ nähern wir uns inzwischen wieder den Strukturen einer Klassen- und Standesgesellschaft an: Der wieder zunehmenden äußeren Segregation und gegenseitigen Abschottung der „heterogenen Bevölkerungsgruppen“ entspricht eine zunehmende subjektiv-mentale Abschottung. Die „heterogenen Bevölkerungsgruppen“, vor allem die Minderheit der Machteliten und die Mehrheit der Normalbevölkerung, bleiben immer mehr unter sich und kommunizieren immer weniger über ihre sozialen Grenzen hinweg. Dagegen hat sich zwischen den heterogenen Machteliten von Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und auch zunehmend von Kultur und Politik, ein Zusammengehörigkeitsgefühl und kollektives Selbst- und Klassenbewußtsein entwickelt. Auch die parteipolitischen Eliten können sich nicht immer diesem Sog eines kollektivistischen elitären Selbstbewußtseins entziehen. Wer in einer Parteielite aufsteigt, steigt auch sozial auf; durch Einkommen, Einfluß und Macht, öffentliche Aufmerksamkeit und Prominenz, durch eine ganz andere Lebenswelt, manchmal sogar durch Ansehen, entfernt er sich „objektiv“, unabhängig von seinen subjektiven Überzeugungen, von den vielen, die er repräsentiert. Und er entfernt sich am weitesten von denen, die sozial schon am weitesten von ihm entfernt sind.

Wenn der Satz von Marx, „das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein“, als Naturgesetz zu verstehen wäre, dann wäre die Kluft zwischen „denen da oben“ und uns „hier unten“ nicht zu überbrücken. Dann müßte sich das Bewußtsein der Parteieliten, von ihrem herausgehobenen „gesellschaftlichen Sein“ bestimmt, naturnotwendig immer vom Bewußtsein, vom Denken und Fühlen, von den Wert- und Zielvorstellungen der normalen Bevölkerungsgruppen „abheben“. Dann müßte die gehobene soziale Lage das Bewußtsein der Parteieliten so einengen, dass sie unfähig wären, die andere soziale Lage der unteren Bevölkerungsgruppen zu verstehen und auch deren Interessen zu erkennen und zu vertreten. Dieses „Naturgesetz“ würde nicht nur die Existenz- und Funktionsfähigkeit der Volksparteien, sondern auch der Demokratie überhaupt gefährden. Sichtbar wird diese Gefahr bereits in der zunehmenden Politikverdrossenheit, dem Rückgang der Wahlbeteiligung, der Meinung der Bevölkerungsmehrheit, dass keine Partei fähig ist, unsere Probleme zu lösen.

Sowohl Volksparteien als auch die Demokratie überhaupt haben zur Voraussetzung, dass „heterogene Bevölkerungsgruppen“ über ihre Schichtgrenzen hinaus miteinander kommunizieren können, dass Parteieliten trotz ihrer herausragenden sozialen Lage befähigt sind, für Menschen in anderen sozialen Lagen Verständnis zu haben, deren Interessen in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und sie damit in den demokratischen Prozeß einzubinden. Mit anderen Worten: Volksparteien und Demokratie können nur funktionieren, wenn es „subjektive“ Faktoren gibt, die die deformierenden Wirkungen des privilegierten „gesellschaftlichen Seins“ auf das Bewußtsein wenigstens einzudämmen oder sogar auszuschalten vermögen. Franz Walter selbst nennt neben den „objektiven“ auch „subjektive“ Faktoren, die die Fähigkeit von Parteieliten, auch die sozial Schwachen anzusprechen und einzubinden sowohl stärken als auch reduzieren können. Als wichtigste Veränderung im Bewußtsein, die das Verantwortungsbewußtsein der Eliten für sozial Schwache massiv reduziert habe, verweist er auf die „Säkularisierung, die man als Linke ja auch so ein bisschen gefeiert hat, die aber „auch eine Menge Unheil angerichtet“ hat. Denn es war der „Glaube“, der früher die Eliten verpflichtete, auch überflüssige Menschen „mit durchzufüttern“. „Aber jetzt fünf Millionen mit durchzufüttern ist für die moderne Bourgeoisie unmöglich, die ja auch nicht gebunden ist durch Glauben. Diese moralische Verpflichtung ist im modernen Bürgertum gering geworden. Dieser Transzendenzfaktor ... ist verschwunden.“ (S. 23)

Mit dem Hinweis auf diese „Säkularisierung“ beschreibt Franz Walter zutreffend, warum die ehemals christlichen Volksparteien CDU und CSU ihre Solidarität mit den „Mühseligen und Beladenen“ aufgekündigt haben. Und da einige Christdemokraten erkannt haben, dass sie gerade deshalb herbe Wahl Niederlagen hinnehmen mußten, mahnen sie jetzt zur Rückbesinnung auf die christliche Soziallehre; wahrscheinlich nicht nur aus christlicher Nächstenliebe, sondern auch aus weltlicher Liebe zur Macht, die in der Demokratie den Volksparteien vom Volk verliehen wird.

Wetten dass?! Auf die Frage, ob sich nicht auch die Anhänger der linken Volkspartei SPD an einen „subjektiven“ Faktor erinnern könnten, der die Partei befähigte, auch die sozial Schwachen anzusprechen und einzubinden, werden auch linke Sozialdemokraten antworten: Was soll denn eine solche dumme Frage!!! Auch alle, die sich heute auf der „geistigen Höhe der Zeit“ befinden, können aus guten Gründen darin nur eine dumme, absurde und gegenstandslose Frage sehen. Vor einem Vierteljahrhundert wäre das allerdings noch anders gewesen. Denn in jeder Darstellung der geistig-politischen Geschichte und ihrer intellektuellen Hauptströmungen und in entsprechenden Lexika hätte man nachlesen können: Neben Liberalismus und Konserva-

tismus im Westen und marxistisch-leninistischen Sowjetkommunismus und maoistischen Kommunismus im Osten gibt es noch eine weitere geistig-politische Großmacht. Der Demokratische Sozialismus als eine geistig-politische Hauptströmung hat die gesellschaftliche Entwicklung in Europa entscheidend beeinflusst. In neueren Auflage könnte man – aus guten Gründen – nichts mehr darüber nachlesen, weil in der modernen Wissensgesellschaft die Erinnerung an diese geistig-politische Großmacht viel radikaler aus dem historischen Gedächtnis – auch ihrer noch lebenden Eliten – getilgt wurde als es dem Großen Bruder in Orwells 1984 je hätte gelingen können. Und selbst wenn ein Wissenschaftler sich noch daran erinnerte, dürfte er das nie zugeben, wenn er weiter als seriöser Wissenschaftler anerkannt werden möchte. Wenn auch die Rest-Linken nicht an die untergegangene geistig-moralische Großmacht Demokratischer Sozialismus erinnert werden möchte, dürften sich vielleicht manche eher an vorbildliche Persönlichkeiten erinnern lassen, die trotz ihrer gehobenen sozialen Lage motiviert waren – und das nicht nur aus ihrem christlichen Glauben –, solidarisch und selbstlos für benachteiligte Bevölkerungsgruppen einzutreten. Der Aufstieg der SPD als Partei der Arbeiterklasse, der ausgebeuteten, unterdrückten, rechtlosen und ohnmächtigen Klasse, wurde durch einen „subjektiven“ Faktor beschleunigt: Auch in den wohlhabenden Schichten gab es Menschen, die sich für Menschen in einer anderen, schlechteren sozialen Lage interessierten und engagierten. Friedrich Engels war als erfolgreicher Unternehmer nie arm, aber er war moralisch empört über die Lage der arbeitenden Klasse. Ferdinand Lassalle, der Gründer der als Partei organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, war nie selbst ein ausgebeuteter und

rechtloser Proletarier. Und August Bebel, zwar in drückender Armut aufgewachsen, war bereits ein „besserverdienender“ Drechslermeister, als er sein politisches Engagement für die Schwachen mit großen wirtschaftlichen Nachteilen, mit vielen Jahren Zuchthaus und Festungshaft und Ausweisung aus der Heimat bezahlte. Obwohl der soziale Aufstieg zum „besserverdienenden“ Drechslermeister Bebels „gesellschaftliches Sein“ radikal verändert hatte, wurden sein Bewußtsein, sein Denken und Handeln, weiter durch die sozialistischen Ideen und Werte bestimmt.

Am Anfang der Arbeiterbewegung stand auch die Solidarität von Starken mit Schwachen, die aber durch ihren Zusammenschluß selbst stärker und zu einem respektierten Machtfaktor wurden. Der Aufstieg der SPD zur Arbeiterpartei und ihre Weiterentwicklung zur regierungsfähigen Volkspartei hatten zur Voraussetzung, dass die Parteielite trotz sozialen Aufstiegs auch weiter für die sozial Schwachen eintrat und „heterogene Bevölkerungsgruppen“ ansprechen und einbinden konnte. Die soziale Lage des in materieller Armut aufgewachsenen, politisch Verfolgten und ins Exil getriebenen jungen Sozialisten Herbert Frahm war radikal anders als „das gesellschaftliche Sein“ des weltweit verehrten Friedens-nobelpreisträgers und Bundeskanzlers Willy Brandt. Aber die enorme Verbesserung seines „gesellschaftlichen Seins“ hat nicht zur Verelendung seines Bewußtseins geführt. Welche Folgen es haben wird, wenn die SPD nicht mehr „die Arbeiter und die kleinen Leute“ ansprechen und einbinden kann, prophezeite Willy Brandt 1980 in einem Artikel zum 140. Geburtstag von August Bebel am 22. Februar 1840. Er bezeichnete Bebel als „Kaiser der Arbeiter und der kleinen Leute“, für die er „das Sinnbild der Hoffnung (war)“. Der Hoffnung, daß es einmal

anders werde: daß die Not ein Ende habe; daß der Schluß sei mit wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Knechtschaft. ... Bebel, der Praktiker ... wußte, was andere dann nicht mehr wußten: Die Massen des Proletariats und auch des Kleinbürgertums, die der SPD in wachsendem Maße ihre Stimme liehen, brauchten die Hoffnung auf eine bessere Zukunft so sehr wie das tägliche Brot. Würde die SPD einmal nicht mehr der Träger dieser Hoffnung sein, sie hätte ihre Seele verloren, in jedem Fall das Vertrauen der Massen verspielt.“ (Abgedruckt in: Iring Fetscher (Hg.), Geschichte als Auftrag – Willy Brandts Reden zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin/Bonn 1981, S. 92 ff.) Heute könnte die SPD natürlich nicht mehr Träger der „Hoffnung auf eine bessere Zukunft“ sein, aber sie könnte wieder für die Mehrheit von 70% der Menschen, die Angst vor der Zukunft haben, zu einem Träger der Hoffnung werden, dass es nicht ganz so schlimm und brutal kommen muß, wie es die neoliberalen Machteliten im Interesse einer raffgierigen Minderheit der Mehrheit der Bevölkerung androhen und durchsetzen wollen. Die Existenz- und Funktionsfähigkeit der Volksparteien und der Demokratie ist nicht in erster Linie durch die von Franz Walter genannten „objektiven“ Faktoren bedroht, die auch kaum zugunsten der Volksparteien zu „verbessern“ wären: Denn wir wollen und können ja nicht zurück zu den „objektiven“ Verhältnissen in vordemokratischen Gesellschaften: Wer sich dort politisch engagierte, für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit eintrat, mußte dafür schwerwiegende persönliche Nachteile in Kauf nehmen, mußte dafür mit politischer Verfolgung, Verlust des Arbeitsplatzes, Zuchthaus oder sogar mit seinem Leben bezahlen. (Was auch heute noch für viele Staaten gilt) In demokratischen Staaten dagegen wird er dafür in der Regel nicht

## Einladung zur Mitarbeit

### Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS)

Die Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS e. V.) wurde 1975 von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen gegründet, die im Interesse theoretisch fundierter emanzipatorischer Reformpolitik für den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik eintraten. Inhaltlich grenzten sie sich ab von den damals einflussreichen antireformistisch-pseudo-revolutionären neolinken Ideologien (inzwischen erledigt) und den sich erst formierenden neoliberalen Gegenreformern (noch nicht erledigt!)

Neben der Organisation von Tagungen gibt die HDS e. V. die **Halbjahresschrift „perspektiven ds – Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik“** heraus. Heft 1/05 widmete sich dem Thema „Reformziel Bildungsgesellschaft“, Heft 2/05 hat den Schwerpunkt „Neue Kapitalismuskritik“. Besonderen Wert legt die HDS e. V. auf die Förderung junger Wissenschaftler und Politiker, die in den **perspektiven ds** veröffentlichen können. Der jährliche Mitgliedsbeitrag (60,- oder 120,- Euro) kann für Studenten und Mitglieder ohne festes Einkommen auf 25,- Euro reduziert werden. Mitglieder der HDS erhalten die **perspektiven ds** kostenlos und können an den Tagungen teilnehmen.

Kontaktadresse und Informationen: HDS e. V. – c/o Dr. Klaus Jürgen Scherer, Barbarossastr. 61, 10781 Berlin, Tel. 030/25991-254, Fax 25991-324

Dem Vorstand der HDS gehören neben Dr. Klaus-Jürgen Scherer u. a. an: Dr. Horst Heimann, Prof. Dr. Helga Grebing, Thomas Goger, Dr. Peter Prechtl

bestraft, sondern belohnt, durch sozialen Aufstieg, Einkommen, Macht, Medienpräsenz. Diese „objektiven“ Veränderungen können nicht rückgängig gemacht werden. Sie sind auch nicht die Hauptursache dafür, dass die Existenzfähigkeit von Volksparteien und Demokratie bedroht ist. Denn viel gravierender sind Veränderungen des „subjektiven“ Faktors: Nicht die „gehobene“ soziale Lage der Parteiliten reduziert die Fähigkeit der beiden Volksparteien, „heterogene Bevölkerungsgruppen“ anzusprechen und einzubinden. Viel gravierender ist die nachlassende Motivations- und Überzeugungskraft der traditionellen Werte und Ideen der christlichen Soziallehre und des Demokratischen Sozialismus, so dass zunehmend das „gesellschaftliche Sein“ des Raubtierkapitalismus auch das Bewußtsein, die Wert- und Zielorientierungen bestimmt.

Ein Wiederanknüpfen der rechten Volkspartei CDU an die Tradition der christlichen Soziallehre und der SPD an die demokratisch-sozialistischen Werte und Ideen könnte – im Interesse der Demokratie und des sozialen Zusammenhalts – den Fortbestand beider Volksparteien sichern. Das Ende der Volksparteien hätte dagegen zur Folge, dass der Anteil der sozial Schwachen und ökonomisch Überflüssigen noch schneller wächst. Und wenn darüber hinaus diese wachsende Bevölkerungsgruppe nicht nur aus dem sozioökonomischen und kulturellen Leben, sondern auch aus dem demokratischen Willensbildungsprozeß ausgeschlossen wird, dann kann auch bei uns die Wahlbeteiligung, wie in der „modernsten und wettbewerbsfähigsten“ Gesellschaft der USA, auf 50% sinken. Das wäre zwar ein großer „Wettbewerbsvorteil“ für die FDP. Denn als „Partei der Besserverdienenden“ könnte sie von 50% der Wahlbevölkerung einen viel höheren Prozentsatz gewinnen als von über 90% oder gegenwärtig bei Bundestagswahlen immer noch rund 75%. Auch die CDU könnte leichter auf ihre Rolle als Volkspartei verzichten, weil sie die materiell-egoistischen Interessen der Wähler viel glaubwürdiger und damit erfolgreicher zu vertreten vermag als die SPD, auch wenn sich einige noch so sehr anstrengen. Die SPD müßte mit weiteren nachhaltigen Wähler- und Mitgliederverlusten rechnen, wenn sie den Anspruch aufgäbe, auch die Interessen der sozial Schwachen in ihre Politik einzubeziehen. Sie würde dadurch aber nicht nur noch mehr Arbeiter und sozial Schwache verlieren, sondern auch viele ökonomisch abgesicherte Bürger, die sich trotzdem den Grundwerten der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet fühlen.

Franz Walter möchte zwar die sozial Schwachen nicht abschreiben, sondern der Linkspartei.PDS überlassen und damit in den Prozeß demokratischer Mehrheitsbildung einbeziehen. Statt durch Festhalten am Konzept der Volkspartei SPD wieder eine regierungsfähige Mehrheit links von FDP und

CDU/CSU anzustreben, sieht er für dieses Ziel ein alternatives „realistisches“ Konzept in einer Koalition Rot-Rot-Grün. Unter Verweis auf die Rolle von Linksparteien in anderen europäischen Ländern hofft er: „Wenn es ganz gut läuft, kommen die drei Parteien zusammen und sind in irgendeiner Weise auch regierungsfähig.“ Doch gerade dieses „realistische“ Konzept ist unrealistisch und kann nicht dazu führen, die im Volk vorhandene linke Mehrheit zu einer erwünschten Regierungsmehrheit links von FDP und CDU/CSU zusammenzufügen. Denn nur wenn die SPD linke Volkspartei bleibt, bzw. wieder wird, also die wachsende Schicht der sozial Schwachen nicht abschreibt, sondern deren Interessen – gegen das propagandistische Trommelfeuer der neoliberalen Machteliten – in ihre Politik glaubwürdig einbezieht, kann in der SPD überhaupt erst das Konzept mehrheitsfähig werden, durch Einbeziehung der Linkspartei.PDS eine Regierungsmehrheit links von FDP und CDU/CSU zustande zu bringen. (Vergl. dazu auch den Beitrag von Stephan Bliemel in spw 145, S. 28 ff.)

Wenn die SPD linke Volkspartei bleibt, ist das ein Gewinn für die Demokratie und für den sozialen Zusammenhalt, der durch soziale Spaltungen und zunehmende Ungleichheit bedroht ist. Denn das Konzept der Volkspartei beruht auf einem ganz anderen, gemeinwohl-orientierten Wertesystem und Gesellschaftsbild, als das Konzept der reinen Interessenpartei für die Minderheit der „Besserverdienenden“. Die reine Sonder-Interessenpartei ist eine Klassenkampfpartei: Damit die Minderheit der „Besserverdienenden“ möglichst schnell noch viel mehr verdient, muß die Mehrheit möglichst viel weniger erhalten. Das Konzept der Volkspartei ist nicht zu verstehen als Interessenpartei der Mehrheit gegen die Minderheit der „Besserverdienenden“. Es geht vielmehr vom Konzept einer pluralistischen Gesellschaft aus, in der, orientiert am Gemeinwohl, ein Interessenausgleich zwischen den heterogenen Bevölkerungsgruppen möglich ist, wenn die Ungleichheiten nicht unüberbrückbar sind. Lange Zeit teilten die „Besserverdienenden“ die Einsicht: Auch für uns bringt es nachhaltig mehr Wohlstand und Lebensqualität, wenn alle Bevölkerungsgruppen sozial abgesichert sind und am wachsenden Wohlstand teilhaben, so dass der soziale Zusammenhalt nicht gefährdet ist. Erst die neoliberale Agitation und Propaganda der Machteliten hat bei vielen die Einsicht verdrängt: Es liegt auch im aufgeklärten Interesse der privilegierten Schichten, wenn die Kluft zwischen Reich und Arm nicht unüberbrückbar wird. Zunehmende Ungleichheit, Armut, Not und Elend verschlechtern die Qualität unserer Gesellschaft für alle. Einige hunderttausend Euro mehr für wenige erhöhen gar nicht deren Lebensqualität, aber einige hundert Euro weniger reduzieren für viele die Lebensqualität und vor allem auch die Freiheit.

Die Große Koalition muß zwar nicht, aber sie kann verhindern, dass die SPD ihr soziales Profil als linke Volkspartei nachhaltig stärkt: Die SPD wird ihre Chance, linke Volkspartei mit einem Kompetenzvorsprung für soziale Gerechtigkeit zu bleiben, endgültig verspielen,

- wenn das Bild der SPD in den Augen der Wähler allein von dem geprägt wird, was die Regierung tut;
  - wenn die Verpflichtung zur Geschlossenheit des Handelns auch zum geschlossenen „Denken“ zwingt, also zum Verzicht auf Denken;
  - wenn die Sozialdemokraten nur noch das denken, sagen, schreiben und fordern dürfen, was auch der Koalitionspartner billigt, weil sie ja in der Regierung auch nur das tun dürfen, was der Partner akzeptiert.
- Die SPD kann sich trotz Großer Koalition nachhaltig als linke Volkspartei profilieren und verlorene und neue Wähler und Mitglieder gewinnen;
- wenn der Zwang zum geschlossenen Handeln in der Regierung nicht zum geschlossenen „Denken“ in der Partei zwingt, also zum Verzicht auf Denken;
  - wenn daher die SPD, obwohl vom Volk als Regierungspartei legitimiert, wieder aktiv an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirkt,
  - wenn sie also die politische Meinungs- und Willensbildung des Volkes und die Diskussionen über die Zukunft unserer Gesellschaft nicht allein Sabine Christiansen, den herrschenden Redakteuren von Bild, Focus, und Spiegel (für Bild-Leser mit Abitur) und den inkompetentesten „wissenschaftlichen Experten“ aller Zeiten überläßt (die übrigens am 18. September 2005 keine Mehrheit im Volk erhalten haben !!);
  - wenn sie sich also wenigstens glaubhaft bemüht, den ruinösen neoliberalen Lösungsvorschlägen überzeugende sozialverträgliche Alternativen entgegenzusetzen;
  - wenn sie also dem diskreditierten neoliberalen Reformgeschwätz (Reform = Senkung der Löhne, der Renten, der Sozialleistungen, der Staatsausgaben und des Spitzensteuersatzes) wieder einen sozialdemokratischen Reformbegriff entgegenstellt, der wieder dem Anspruch gerecht wird, durch Reformpolitik die Gesellschaft gerecht zu gestalten.
  - Wenn solidarische Auseinandersetzungen um Sachfragen wieder mehr Aufmerksamkeit erregen als personelle Konkurrenzkämpfe, wenn die SPD wieder als leidenschaftlich, aber sachlich und fair diskutierende Partei und als Ideen- Werte- und Solidargemeinschaft wahrgenommen wird, muß das ihrem legitimen Streben nach politischer Macht keineswegs schaden. Gerade wenn sie als linke Volkspartei wieder aktiver und motivierender an der politischen Meinungs- und Willensbildung mitwirkt, kann sie verlorene Wähler und Mitglieder zurückgewinnen.

# Die dritte Chance nutzen

## Das neue Grundsatzprogramm sollte die SPD vom Neoliberalismusvorwurf befreien

Von Fritz Riege

Die SPD kann und muss ab sofort unabhängig von Regierungshandeln und ohne Kanzlerdruck ein eigenständiges politisches Gesicht zeigen. Es gilt vor allem, sich von dem Verdacht zu befreien, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei folge neoliberalen Parolen und sei den Sirenenklängen der Derugulierer aufgesessen. Die existentielle Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD um einen neuen staatsfernen oder einen demokratisch gestalterischen deutschen Politikurs ist nur verschoben aber nicht aufgehoben, sie kann uns trotz oder vielleicht gerade wegen einer großen Koalition jeden Tag abgefordert werden. Der eigentlichen Frage nach ihrem Wirtschaftskurs kann sich die SPD nicht mehr mittels eines bewundernswerten Kanzlerwahlkampfes entziehen. Nur mit einer klaren Antwort wird es auch gelingen, an die Linkspartei verlorene Anhänger zurückzugewinnen.

Die SPD, die eigentlich bereits im Herbst 2005 ihr neues Grundsatzprogramm verabschieden wollte, steht vor der Aufgabe, ihr politisches Profil zu schärfen, und nicht nur ein Konglomerat einzelner Gesetzeskomplexe wie dem Gesundheits- Modernisierungsgesetz, dem Gesetzen zur Arbeitsmarktreform und zum Umweltschutz vorzuzeigen, sondern eine deutliche konzeptionelle Handschrift erkennen zu lassen. Kanzler Schröders Zusammenfassung der „agenda 2010“ als einer „Innovationsinitiative zur Behauptung und Erringung deutscher Spitzenplätze in allen Bereichen“ (Einrührung zur agenda 2010, Presse und Informationsamt der Bundesregierung Februar 2004) will und kann ein umfassendes sozialökonomisches und sozialökologisches Konzept der SPD nicht ersetzen. Die vom Vorsitzenden Franz Müntefering angestoßene Kritik an einem „Heuschrecken- Kapitalismus“ greift ohne Detaillierung und Vertiefung ebenfalls zu kurz und erfüllt nicht den Anspruch, die an ein Programm zu stellen sind. Der Ruf nach einer „konstruktiven Utopie“ von Europas Sozialdemokraten (Egon Matzner FR 22.2.2003 S.7) oder die Forderung von Franz Walter, Michael Müller, des Juso- Bundeskongresses 2005 und vielen anderen, die SPD müsse endlich ihr programmatisches Defizit

aufarbeiten deuten in die gleiche Richtung (spw 5/2005, S.24, 30 ff; 4/2003, S.29; 4/2005, S.7 und 8). Auf derselben Linie liegt die Kritik von Heidemarie Wieczorek, die SPD dürfe Werte nicht wie Hemden wechseln und müsse sich auf ein „neues Gerechtigkeitskriterium“ verständigen (FR 19.9.2003, S.7).

Im Kern bedeutet dies, dass der bisherigen Entwurf für das neue SPD-Grundsatzprogramm ohne Rücksicht auf eine SPD-geführte Bundesregierung überarbeitet werden kann, und dass er im Blick auf die erkennbaren Herausforderungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch bearbeitet werden muss, soll der Anspruch der SPD auf ihren Fortbestand als Volkspartei erhalten bleiben. Der große, von allen Medien begleitete Aufstand der meisten Gewerkschaften, der Wohlfahrts- und Sozialverbände gegen die SPD wegen der von der rotgrünen Bundesregierung eingeleiteten Sozialreformen ab Frühjahr 2003 hat gezeigt, wie schnell der Anspruch, eine Volkspartei sein zu wollen, ins Trudeln kommt, wenn ein Bündel von Einzelmaßnahmen ohne Rückhalt in der Partei und bei ihren alten Bündnispartnern und ohne ausreichende konzeptionelle Begründung sowie ohne breite Diskussion in der Bevölkerung nur gesetzgeberisch „durchgezogen“ wird. Gefragt sind nach wie vor Grundsatztreue und die Bereitschaft, politische Einzelentscheidungen mit Überzeugungskraft darauf aufzubauen.

### II.

Die SPD wurde als Antwort auf die sozialökonomischen Auswüchse des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts gegründet. Sie muss auch heute auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit antworten und dabei die ökologischen Folgen mitbedenken. Mit dem Wandel der Bündnisgrünen von einer radikalen Umwelt-, Emanzipations- und Jugendpartei zu einem möglichen Partner der Liberalen wird die SPD mehr als bisher ihr Engagement auf alle genannten Politikfelder ausdehnen müssen, zumal nur der Gleichklang von Ökonomie und Ökologie das Überleben unserer Welt erhoffen lässt. Der Staat darf sich auch niemals aus

seiner Verantwortung für den Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz der Bürger stehlen.

Dabei sollte zunächst eine 1994 von Gerhard Schröder aufgestellte These gestrichen werden, nach der es keine sozialdemokratische oder sonst parteiliche, sondern nur eine „richtige oder falsche Wirtschaftspolitik“ geben kann. Wie abwegig dieser Glaube an einen nur Nachvollzug angeblich wirtschaftlicher „Naturgesetze“ ist, hat Schröder selbst im Wahlkampf 2005 bewiesen, als er zu Recht die soziale Kälte schwarzgelber Wirtschaftsprogramme geißelte. Es ist auch schon ein himmelweiter Unterschied, ob ich Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setze, die „soviel Nachfrageorientierung wie möglich und soviel Angebotsorientierung wie nötig“ enthalten oder ob ich mich für „soviel Angebotsorientierung wie möglich und soviel Nachfrageorientierung wie nötig“ entscheide. Im ersten Fall befinde ich mich näher bei den Gewerkschaften und im zweiten näher bei der Wirtschaftsliberalen.

Mit wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeit befassen sich aber auch Marxisten, welche in der gegenwärtigen Diskussion eine Krisentheorie vermissen. Sie verweisen dazu – grob gesagt – auf die Lehre von Karl Marx über die weltweite Akkumulation des Kapitals, den Untergang der Klein- und Mittelunternehmer und die Verelendung der Massen. Und in Ansätzen, das wird jeder einigermaßen objektive Betrachter zugeben müssen, sind diese mit der sogenannten „Globalisierung“ gewachsenen Gefahren heute auch nicht kleiner geworden.

Die wirtschaftlichen und sozialen Schäden eines „Manchesterkapitalismus“ wurden bis 1933 durch einen sozialdemokratischen Revisionismus und nach 1945 durch den sogenannten „rheinischen Fordismus“ (Massennachfrage und Produktion von Gütern der Kernsektoren Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie, Elektrotechnik- bei einer gewachsenen handwerklichen Kultur mit Facharbeitern, Sozialpartnerschaft, Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit, Machtteilung zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerverbänden in der Bundesrepublik Deutschland) gedämpft. In der Gegenwart tauchen sie in der Dynamik des internationalen Finanzkapitals, in der Kurzfristigkeit von Profitmaximierungen, in der Auspressung von kleinen und mittleren Unter-

nehmen und beim Lohn-, Sozial- und Steuerdumping u.a. in Gestalt erpresserischer Arbeitsplatzverlegungen wieder auf (vgl. Rossman, Ernst- Dieter, spw 4/2005, S.8).

Bücher und Kassandraufe wie die von Hans-Werner Sinn, Meinhard Miegel, Arnulf Baring über die angebliche Leistungs- und Konkurrenzunfähigkeit der Deutschen malen hingegen ein völlig anderes Bild. Ulrich Beck beklagt nicht ganz zu Unrecht das Festhalten vieler Deutscher am Besitzstandsschutz und ihre Unfähigkeit, sich dort, wo es Not tut, auf das Prinzip des „wirtschaftlichen Weniger“ einzustellen. In das gleiche Horn stoßen die Herbstgutachten 2005 von sechs bekannten deutschen Wirtschaftsinstituten, die in fast schon abgestumpfter Schlagwortmanier nach einem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Lockerung des Kündigungsschutzes und der Senkung von Lohnnebenkosten durch Sozialabbau sowie nach Steuerensenkungen rufen. Bei einem Festhalten an den bisherigen Rahmenbedingungen der deutschen Wirtschaft prognostizieren sie die Fortdauer der Wachstums lähmung und den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands.

### III.

Nach dem zweiten Weltkrieg haben nicht selten Schlagworte das wirtschaftspolitische Konzept von Parteien zusammengefasst. Der CDU- Wirtschaftsminister Ludwig Erhard warb z.B. erfolgreich mit dem Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ und des „Wohlstandes für alle“ für eine liberale Marktwirtschaft mit sozialer Abfederung. Für ihn und seine Partei rückte aber allmählich immer mehr die „Marktwirtschaft“ in den Mittelpunkt und das „Soziale“ wurde zum Anhängsel, während sich sogar SPD und Gewerkschaften auf den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verpflichteten, Markt und soziale Gerechtigkeit aber als gleichstarke Pfeiler ansahen und die soziale Gerechtigkeit besonders betonten. Im Zeitalter der sozialliberalen Regierung bis 1982 bekannte sich die SPD im Grundsatz zu einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, den sie in den Wahlausein-

andersetzungen mit der CDU als „Modell Deutschland“ bezeichnete. Ähnliche „Mittelwege“ werden auch gegenwärtig als Antwort auf die Herausforderungen einer immer mehr vernetzten Weltwirtschaft (Stichwort Globalisierung) gegeben, welche die Abschottung nationaler Wirtschaften nicht mehr zulässt. Die Begriffe dazu erscheinen vordergründig in Gegensatzpaaren. Sie sind aber bei vertiefter Betrachtung eher als einander notwendigerweise ergänzende Positionen zu bewerten. Solche Paare, die wir auf Parteitagungen oder in Wahlprogrammen der SPD oft als Überschriften wieder finden, sind u.a.:

- „Modernisierung und Sozialverpflichtung“
- „Wirtschaftswachstum und Erhaltung des Sozialstaates“
- „Starke Wirtschaft und funktionsfähiger Sozialstaat“
- „Qualitatives oder quantitatives Wachstum“
- „Ökonomie und Ökologie“
- „Zukunft gestalten- Bewährtes erhalten“
- „Entfaltung von Leistung und Erhaltung von Solidarität“
- „Angebots- und Nachfrageorientierung“
- „Konkurrenzfähigkeit und Sozialkosten“
- „Senkung der Arbeitskosten ohne Abbau von Sozialleistungen (Stichwort: Umfinanzierung)“
- „Ja zu Europa und zur Verteidigung sozialer Errungenschaften“.

Immer geht es dabei um ein „Sowohl als auch“, um den „Kuchen und die Rosinen“, und oft klingen die Argumente, die ein Zusammenspiel bei der scheinbar entgegengesetzter Positionen erfordern, durchaus überzeugend. So z.B. der Hinweis, dass eine Wirtschaft nur wachsen und sich modernisieren kann, dass ein stärkerer persönlicher Leistungswillen nur dann zu erwarten ist, wenn es genügend Anreize und ein ausreichendes Sicherheitsgefühl für die arbeitenden Menschen gibt. Oder aber andererseits die Forderung des ehemaligen SPD-Wirtschaftsministers Karl Schiller, dass genügend

Arbeitsangebote nur dann gemacht werden, wenn die Pferde, sprich die unternehmenden Arbeitgeber, „genügend zu saufen“ haben. Ähnlich geschwisterlich eng geht es bei der Angebots- und Nachfrageorientierung zu. Bekannt dazu ist der Ausspruch von Adam Opel, dass er nun dann viele Autos in Serie bauen könne, wenn die Nachfrage sprich das verfügbare Geld- bei seinen

Arbeitern und in der breiten Bevölkerung groß genug ist.

Darum erscheinen Sparaufrufe an die öffentliche Hand oder gar an private Haushalte und der Wunsch nach Lohnzurückhaltung bei Gewerkschaftsforderungen in einer Phase schrumpfender Binnennachfrage durchaus kontraproduktiv. Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung beklagt jedenfalls die von der Europäischen Union nach den „Maastricht- Kriterien“ verlangte Konsolidierung nationaler Haushalte in der Phase des Abschwungs. Selbst wenn dieses Institut sich mit dieser Klage nicht mehr ganz aktueller Lehren eines John Maynard Keynes bedient, verliert diese nicht an Überzeugungskraft (Horn, Gustav, FR 19.10.2005 S. 9). Es trifft jedoch ebenso zu, dass auf nationale Volkswirtschaften abzielende Zyklen-theorien im Zeitalter der Globalisierung ihre allein selig machende Gültigkeit verlieren, weil national staatliches Handeln die Weltwirtschaft kalt lässt. Gefragt ist vielmehr ein europäisches bzw. weltweit abgestimmtes staatliches Handeln. Dazu ist jedoch auch wieder einschränkend anzumerken, dass die von der EU festgelegten rigiden nationalen Verschuldungsgrenzen viel zu starr sind, um mit diesem Instrument auf die sich rasch verändernden Situationen der weltweit handelnden Wirtschaft und des internationalen Finanzkapitals reagieren zu können. Andererseits muss schon auf eine „harte“ Eurowährung hingearbeitet werden, die eine beliebige Schuldenaufnahme von Bund, Ländern und Kommunen auf Dauer nicht verträgt, und die darüber hinaus künftige Generationen unangemessen belastet. Europäische Wirtschaftspolitik zeigt sich an diesem Beispiel wie nationale Wirtschaftspolitik bei Zielkonflikten als eine Gratwanderung zwischen unterschiedlichen Polen.

Auf ähnlich komplexe Sachverhalte stoßen wir bei der Suche nach der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft trotz hoher Sozialkosten. Die überzeugendsten Antworten zu diesem Thema erscheinen mir bei den Versuchen zu liegen, die internationale Arbeitsteilung dadurch praktizieren möchten, dass sich Mitteleuropa auf hochwertige Produkte und hochkreative Ingenieurskünste kapriziert, und dass es den nationalen Aufschwung anderer Volkswirtschaften (mit bislang niedrigem Volkseinkommen) durch Massenprodukte nicht ausdrücklich hemmt. Noch langfristig wirksamer für die Konkurrenzfähigkeit der Deutschen wäre die Realisierung der Europäischen Sozialcharta mit sozialen Mindeststandards, wobei immer wieder daran zu erinnern ist, dass die Arbeiterbewegung europäisch- international begann und sich erst allmählich in nationale Parteien aufsplitterte. Eine Stärkung der Europäischen Gewerkschaftsbundes und der gegenwärtig nur als „lahme Ente“ auftretende Sozialdemokratischen Partei Europas



Foto: Christian Kiel (Berlin)

(SPE) bleibt daher ein Hauptpunkt eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms. Die SPD und Gewerkschaften müssen sich sowohl aus ethischen Gründen als auch im eigenen Interesse um eine internationale Solidarität der arbeitenden Menschen genau so mühen wie um den Sozialstaat im eignen Lande. Allein Mindestlöhne und soziale, ökologische und steuerliche Mindeststandards garantieren einen fairen Wettbewerb in der Europäischen Union.

Zu dem genannten Themenkomplex gehört auch die Umfinanzierung von Teilen der Sozialkosten auf die Steuern und Abgaben der Gesamtheit der Bürger, wie schon bei den Mutterschaftsleistungen begonnen, oder bei der „Solidarischen Bürgerversicherung“ (Versicherungspflicht für alle) angelegt. Eine weitere Umfinanzierung der Sozialkosten wird sich langfristig ebenfalls nicht vermeiden lassen, obwohl sie gegenwärtig als Gift für die Konjunktur abgelehnt wird, nämlich die Ergänzung der personenbezogenen Sozialbeiträge durch einen kapitalgebundenen Arbeitgeberbeitrag, denn die Automatisierung von Produktion und Vertrieb und der damit verbundene Abbau von Arbeitsplätzen schreitet fort.

Zunächst aber wäre zu definieren, welches wirtschaftliche Wachstum eigentlich durch den Staat über dessen wirtschaftliche Rahmenbedingungen gefördert werden soll, damit überhaupt Beschäftigungseffekte entstehen. Gemessen wird die wirtschaftliche Leistungskraft am Bruttosozialprodukt (BSP). Das BSP umfasst allerdings heute nur die kreislauffähigen, d.h. die bezahlten Güter und Dienstleistungen. Manche für die Gesellschaft förderlichen und notwendigen Leistungen werden davon nicht erfasst, so z.B. die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit in den Familien, ehrenamtliche Tätigkeiten oder unterbezahlte Kulturleistungen aller Art. Da sich solche Tätigkeiten einer allgemeingültigen Geldebewertung weitgehend entziehen, wird man sie nach wie vor in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unberücksichtigt lassen, dennoch aber in Gestalt von staatlichem Kindergeld, Elterngeld, Erziehungsgeld, Aufwendererstattungen oder Zuschüssen subventionieren, um nicht nur quantitatives sondern auch qualitatives Wachstum zu fördern.

Ähnliche Subventionen zum Schutz von Natur und Umwelt sind z.B. Gestalt von staatlichen Zuschüssen für regenerierbare Energien, für Bergbauern oder ökologisch wirtschaftende Betriebe oder z.B. in Gestalt des Emissionshandels geboten. Insofern muss in einem SPD-Wirtschaftsprogramm nicht nur das Ziel eines nackten BSP-Wachstums erwähnt werden. Ein solches quantitatives Ziel bedarf immer auch einer qualitativen Ergänzung.

Es wird auch erkannt werden müssen, dass bei vielen Gütern und Dienstleistungen Sättigungseffekte entstanden sind, die ein wei-

teres Wachstum auf diesen Feldern nicht mehr erwarten lassen. In bestimmten Fällen, wenn z.B. weitere Lastkraftwagen keinen Mobilitätzuwachs, sondern nur noch mehr Staus bedeuten, wird der Staat u.a. mit Hilfe fühlbarer Mautgebühren quantitatives Wachstum frühzeitig genug zu bremsen haben. Hendrik Auhagen stellt sogar die Frage, ob nicht eine Wirtschaftspolitik, die sich total unter einen rein quantitativen Wachstumszwang stellt, an der Zerstörung der natürlichen Existenzgrundlagen und an einem sich brutalisierenden amoralischen Wettbewerb mitwirkt (FR 22.1.01, S.6).

Die Stimmen gegen das Einerlei der neoliberalen Verfechter der reinen Angebotsorientierung klingen jedenfalls weit kreativer und überzeugender, weil sie sich nicht nur allein auf eine Nachfrageorientierung kaprizieren, sondern auch über einen „innovativen Kapitalismus“ in Zeiten der Globalisierung nachdenken. In der Analyse diagnostizieren sie einen Bruch mit der deutschen „Fordismus-Ära“. Sie sehen in Gegenwart und Zukunft drei unterschiedliche sektorale Hauptgruppen: Die Gruppe der „Global Players“ mit einer weltumspannenden Beschaffungs-, Produktions- und Absatzstrategie, welche die Vorteile der Herstellung von Massengütern von homogenen auf andere Märkte ausdehnen möchte. Die global Wirtschaftenden verfolgen das Ziel der internationalen Lokalisierung ihrer Produktionsstätten, um die Wachstumsgrenzen der Binnenwirtschaften zu überschreiten. Sie arbeiten nach dem Prinzip einer Weltmarktfabrik.

Ähnlich weltmarktorientiert zeigt sich danach die Gruppe, die eine kundenspezifische Anpassung ihrer Produkte und Produktionen auf unterschiedlichen Märkten- ggf. auch durch Produktionsverlagerung ins Ausland- erreichen will, aber auf die technologische und Wissens- Basis am Heimatstandort angewiesen bleibt (Local-content- Unternehmen). Die dritte Gruppe stellt die der regional wirtschaftlichen Unternehmen. Sie arbeiten oft auf handwerklicher oder kleindustrieller Grundlage für spezielle Kundenanforderungen vor Ort (Handwerk, Kommunalwirtschaft, Bildungs- und Pflegedienste, Regionaltypische Waren). Sie leiden unmittelbar unter mangelnder Binnennachfrage und Kaufkraft.

Wenn nun die nationale Wirtschaftspolitik nur auf die Wachstumskriterien für die Global Players und die auf Auslandsmärkte zielenden Local-content- Unternehmen abzielt und diese allein zu wirtschaftlichen Naturgesetzen erhebt, wird sie- so Thomas Westphal (spw 102/98, S.25 ff)- allenfalls einen „Kinoeffekt“ erzielen (Einer steht auf, um besser sehen zu können, andere folgen nach, schließlich stehen alle und keiner kann gut sehen). D.h. die Spirale von Lohn-, Steuer- und Sozialdumping erzeugt nur kurzfristige Scheinblüten und langfristig Verfall. Westphal stellt daher auf eine aktive Wirtschafts-

förderungspolitik zur Technologieentwicklung und Kooperation von Klein- und Mittelbetrieben ab. Er empfiehlt die Weiterbildung von Mitarbeitern und Entscheidungsverlagerungen an sie, um ein flexibleres, wirtschaftliches und schnelleres Arbeiten zu erreichen. Er empfiehlt weiter die Einrichtung von „Pilotmärkten“ durch die öffentliche Hand, um ein Entwicklungsbündnis der Local-content mit den regionalwirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen zu erreichen. Zukunftsgerichtete Wirtschaftstheoretiker und Arbeitsmarktforscher laufen also nicht nur eingleisig in Richtung Nachfrage. Sie stimmen durchaus Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen- vor allem in der klassischen Arbeitslosenversicherung- zu (spw 102/1998, S. 36 ff). Wirtschaftspolitik ist aber für sie stets mehr als nur ein rechnerischer Nachvollzug ohnehin unveränderbarer marktkonformer Gesetzmäßigkeiten. Eine sozialdemokratische Strategie für Wirtschaftswachstum kann ebenso niemals ohne Berücksichtigung sozialer und ökologischer Wirkungen und ohne Bejahung von staatlichem und supranationalen Reglement entwickelt werden (vgl. Nahles, Andrea, spw 1/2003).

Zur staatlichen Rahmgestaltung der Marktwirtschaft gehört auch die Steuerpolitik. Wegen der vielen Anforderungen, die an eine Gesellschaft im Sozial-, Bildungs-, Sicherheits-, Kultur-, Verkehrs- und Gesundheitsbereich gestellt werden, ist der dauernde Ruf nach Steuersenkungen zur Ankurbelung der Konjunktur eigentlich eher unerträglich als vernünftig. Manche Leistungen können einfach nur gemeinschaftlich erstellt und organisiert werden. Darüber hinaus liegt im System der Steuererhebung noch ein Stück Sozialpolitik. So sind z.B. progressive Steuertarife oder Freibeträge unumstrittene Instrumente einer sozialen Steuerpolitik. Schließlich fordern Wirtschaftswissenschaftler ein Steuersystem, welches langfristige und nachhaltige Investitionen mehr belohnt als nur kurz- und mittelfristig wirksame (FR 19.10.05, S. 3). Ähnliche Verhältnisse gelten für Subventionen. Im Bereich Kultur, Erhaltung von Natur und Umwelt, Bildung, Erziehung und Forschung sind sie unverzichtbar, im Bereich der Urproduktion (Bergbau, Landwirtschaft) können sie hingegen bis auf einige Sektoren (z.B. Almwirtschaften, Pflügerisches Wirtschaften in Wald-Naturschutzgebieten) langsam auslaufen. International sollte eine sozialdemokratische Regierung auf der Ebene der G 7/8 Staaten verstärkt darauf dringen, über eine Art der sogenannten „Tobinsteuer“ eine Kontrolle über Finanzströme zu gewinnen, die geeignet sind ganze Währungen und Volkswirtschaften zu Fall zu bringen. Europäische und internationale Absprachen sollten auch eine unkontrollierte Kapital- und Steuerflucht verhindern. Solche und ähnliche Ziele internationaler Zusammenarbeit sind leicht

formuliert jedoch außerordentlich schwer zu realisieren; aber auch dicke Bretter sollte man in Grundsatzprogrammen zumindest anbohren.

#### IV.

Das Wahlmanifest der SPD zur Bundestagswahl 2005 ist nur bedingt für ein nachhaltiges sozioökonomisches und ökologisches Gesamtkonzept geeignet. Zwar stellt es in seiner Überschrift sowohl auf eine starke Wirtschaft als auch auf einen starken sozialen Staat sowie auf eine humane Gesellschaft ab. Besonders gut beschrieben erscheinen mir dabei die Rolle des Sozialstaates und das Primat der Politik. Sogar die einzelnen Kapitel über Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik in den nächsten Jahren bieten in ihren allgemeinen Formulierungen eine gute und ausbaufähige Basis für ein Grundsatzprogramm.

Andererseits werden Verdienste und Ziele herausgestellt, die eigentlich weniger bedeutsam sind. Die Absenkung von Steuern ist allenfalls für Kleinverdiener zu loben, und ein Absinken der allgemeinen Staatsquote nimmt Regierenden viel zuviel Handlungsspielraum. Es ist auch leider zu euphemistisch, von einem wirklichen Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland und von Anfangserfolgen der Arbeitsmarktreform zu reden. Allenfalls kann man sich über die Ansiedlung einiger innovativer Be-

triebe freuen und die Transferleistungen von West nach Ost herausstellen. Und allenfalls kann man die Tendenz und die Korrekturen der Arbeitsmarktreform loben, aber echte Erfolge sehen doch anders aus. Schlussendlich halte ich es für fragwürdig, einen sogenannten „Spitzenplatz“ in Europa und der Welt anzustreben, denn zu leicht gerät man dabei in die Gefahr, zu entsolidarisierenden Mitteln greifen zu müssen. Gefragt sind internationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit nicht aber ökonomische Olympiasiege.

Eine über Jahre gültige und nachhaltige Zielbeschreibung sozialdemokratischer Wirtschafts und Sozialpolitik sollte somit auf eine sozial und ökologisch orientierte, demokratisch gestaltete und europäisch abgestimmte Marktwirtschaft hinauslaufen. In einer demokratisch gestalteten Marktwirtschaft setzt der Staat als eine nicht machtlose Sozial parlamentarische Demokratie die Regeln für

- einen fairen Wettbewerb der Marktteilnehmer,
- eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung,
- den Verbraucherschutz,
- eine zielgerichtete und soziale Steuer- und Abgabenfestlegung.

Sozial und ökologisch *zielt der demokratische Staat ab auf*

- humane, ökologische und soziale Produktion, Vertrieb und Verwaltung- Z.B. Mindestlöhne, Arbeitsbedingungen, Arbeit-

schutz, Gesundheitsschutz, Umweltschutz,

- soziale Sicherheit seiner Bürger durch eine wesentliche finanzielle Absicherung allgemeiner Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Alter, Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit,

- Findung ausreichender Arbeitseinkommen grundsätzlich durch Tarifpartner (Gewerkschaften

- und Arbeitgeberverbände) nicht durch sogenannte betriebliche Bündnisse oder Einzelverträge,

- einen sozialen Lastenausgleich über einen progressiven Einkommenssteuertarif sowie durch Vermögens- und hoher Erbschaftssteuern,

- einen Familienausgleich durch Kindergeld, Elterngeld und Steuerneibeträge

- eine chancengerechte Bildung und Ausbildung sowie für öffentliche Jugendhilfe,

- eine zukunftsgerichtete Forschung und Entwicklung.

Europäisch und international abgestimmt ist eine sozialdemokratisch gezügelte Marktwirtschaft dann, wenn es gelingt

- die europäische Sozialcharta und die sozialen Bestimmungen im Verfassungsentwurf der Europäischen Union umzusetzen und weiter zu entwickeln,

- Staatsverträge gegen Lohn-, Steuer- und Sozial dumping, gegen Steuerflucht und für eine Bändigung des internationalen Finanzkapitals zu schließen.

spw 6 / 2005

# Arbeit versus Tätigkeit

## Begriffliche Klärung und Konsequenzen

Von Thieß Petersen

Der Begriff ‚Arbeit‘ ist ein außerordentlich zwiespältiger Terminus. Neben negativen Aspekten wie Arbeitsleid, Ausbeutung, Qual und Fremdbestimmung werden der Arbeit auch positive Eigenschaften und Funktionen zugewiesen wie beispielsweise Selbstverwirklichung, Kreativität, Sinnhaftigkeit und soziale Einbindung in die Gemeinschaft. Der vorliegende Beitrag versucht, Klarheit hinsichtlich der widersprüchlichen Sichtweisen zu schaffen und Konsequenzen für die Diskussion über die Zukunft der Arbeit zu ziehen.

### 1. Die Zwiespältigkeit des Arbeitsbegriffs

Schon ein flüchtiger Blick auf die Bewertung der Arbeit im Zeitablauf der menschlichen Geschichte verdeutlicht, wie unterschiedlich die gesellschaftliche Wertschätzung der Arbeit ausfällt. Im klassischen Altertum herrschte eine „Verachtung der Arbeit“ vor. Alle griechischen Autoren waren sich darüber einig, „daß körperliche Arbeit sklavisch ist, weil sie durch die Notdurft des Körpers erzwungen ist. ... Arbeiten hieß Sklave der Notwendigkeit sein ... Bestimmt man den Menschen als ein Animal laborans, so kann

er in der Tat nichts wesentlich anderes sein als ein Tier, bestenfalls die höchste der Tiergattungen, die die Erde bevölkern“ (Arendt 1994, S. 77-79). Im Laufe der Menschheitsgeschichte erfolgte dann eine Aufwertung, die Hannah Arendt wie folgt begründet: „Der plötzliche glänzende Aufstieg der Arbeit von der untersten und verachteten Stufe zum Rang der höchstgeschätzten aller Tätigkeiten begann theoretisch damit, daß Locke entdeckte, daß sie die Quelle des Eigentums sei. Der nächste entscheidende Schritt war getan, als Adam Smith in ihr die Quelle des Reichtums ermittelte; und auf den Höhepunkt kam sie in Marx' »System der Arbeit«, wo sie zur Quelle aller Produktivität und zum Ausdruck der Menschlichkeit des Menschen selbst wird“ (Arendt 1994, S. 92).

Oskar Negt stellt daher zurecht fest: „Die bürgerliche Gesellschaft entwickelt einen Begriff von Arbeit, der von Anbeginn zwiespältig ist. Er bezeichnet Ausbeutung, Unterdrückung, Entwürdigung, gleichzeitig aber auch das Gegenteil: ein Medium der Selbstbefreiung“ (Negt 2001, S. 425). Während die negativen Eigenschaften der Arbeit unmittelbar einsichtig sind, ist dies bei den positiven nicht so offensichtlich. Deshalb sind einige Ausführungen zu den Aspekten und Funktionen, die positiv bewertet werden, erforderlich.

## 2. Positive Funktionen der Arbeit

Auch wenn die Vorstellung von einem arbeitsfreien Leben ein uralter Menschheits Traum ist, kann die - zumindest partielle - Sinnhaftigkeit der menschlichen Betätigung nicht bestritten werden. Verdeutlicht wird dies mit Hilfe einiger exemplarisch genannter Aspekte der menschlichen Arbeit. Senghaas-Knobloch weist auf die psychosoziale Funktion hin. Die Arbeit „dient Menschen als Antrieb zu Aktivität“, sie fungiert „als Zeitgerüst“ und gibt den Menschen zudem einen Ort in der Gemeinschaft (Senghaas-Knobloch, 1999, S. 120). Arbeit besitzt also auch eine soziale Funktion, indem sie die Menschen in ein Gemeinwesen integriert bzw. eine „bürgerschaftliche Integration“ leistet (Hengsbach 1990, S. 27f.). Arbeit dient außerdem der Selbstverwirklichung im Sinne einer „Realisierung bei sich selbst vermuteter und geschätzter Fähigkeiten und Fertigkeiten“ (Rüttinger/Rosenstiel/Molt 1974, S. 114). Hinzu kommt, dass der Mensch nicht als grundsätzlich faul gelten kann. Es existiert vielmehr ein angeborenes Bedürfnis nach Tätigkeit. Empirischer Beleg dafür ist beispielsweise das frühkindliche Verhalten, das sich durch aktive Reaktionen ohne materielle Belohnungen auszeichnet und erst durch langwierige Domestizierungsrituale reduziert wird. Auch der als leidvoll empfundene Verlust der Arbeit, der sich speziell im Alter in Form des ‚Pensionierungsschocks‘ äußert, kann als Beleg herangezogen werden. In diesem Zusammenhang ist das auf McClelland zurückgehende ‚Leistungsmotiv‘ zu nennen. Die Befriedigung nach der guten Bewältigung einer schwierigen Aufgabe sowie die Gewißheit, etwas Bedeutendes zu vollbringen, sorgen dafür, dass das menschliche Leistungs- bzw. Tätigkeitsbedürfnis heute als existent anerkannt ist (vgl. McClelland 1985, S. 223-265). Hendrik de Man spricht in diesem Kontext von einem „Tätigkeitstrieb“, der über den bloßen Drang zur Verausgabung von physischer Energie hinausgeht und statt dessen „auf Schöpfung, d. h. auf Verwirklichung eines Vorstellungsbildes gerichtet“ ist (Man 1927, S. 151). Zusätzlich weisen viele Untersuchungen auf die große Bedeutung der Arbeitsinhalte hin. In jüngerer Zeit wird es für die arbeitenden Menschen zunehmend wichtiger, dass ihre Arbeit eine sinnvolle so-

wie befriedigende Tätigkeit darstellt, die selbstbestimmte und selbstverantwortete Entscheidungen ebenso zulässt wie die Entwicklung und Ausübung von Fähigkeiten, die von der tätigen Person geschätzt werden (vgl. Maslow 1978, S. 75; Negt 1987, S. 179-182).

Selbst die Erwerbsarbeit erfüllt daher neben der Einkommenserzielung eine Vielzahl von psychosozialen Funktionen. Werden diese Funktionen nicht erfüllt, z. B. im Fall der Arbeitslosigkeit, so ruft dies starke Belastungen im psychosozialen und gesundheitlichen Bereich hervor (vgl. Haenesch 1994, S. 145f.). Die Utopie eines arbeitsfreien Lebens entwickelt sich vor dem Hintergrund dieser wichtigen Funktionen der Arbeit eher zu einem Albtraum. Dieses Dilemma lässt sich allerdings auflösen, wenn der Begriff der ‚produktiven Tätigkeit‘ neben den Begriff der Arbeit gestellt wird.

## 3. Der Begriff der produktiven Tätigkeit

### 3.1. Die produktive Tätigkeit bei Karl Marx

Überlegungen zum Begriff der produktiven oder schöpferischen Tätigkeit finden sich z. B. in den Schriften von Karl Marx. Die produktive Tätigkeit nimmt in seinen anthropologischen Ausführungen eine zentrale Position ein. Bei der produktiven Tätigkeit geht es im Kern um die freie Ziel- und Zwecksetzung der Aktivitäten durch das handelnde Subjekt. Diese Selbstbestimmung ist es, die den wesentlichen Unterschied zwischen dem Menschen und dem Tier ausmacht: „Das produktive Leben ist aber das Gattungswesen ... In der Art der Lebenstätigkeit liegt der ganze Charakter einer species, ihr Gattungscharakter, und die freie bewußte Thätigkeit ist der Gattungscharakter d[es] Menschen ... Die bewußte Lebenstätigkeit unterscheidet d[en] Menschen unmittelbar von der thierischen Lebenstätigkeit“ (Marx 1844, S. 136f.). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Ausdruck ‚produktiv‘ nicht im Sinne des heutigen Sprachgebrauchs verwendet wird, der unter einer produktiven Handlung das auf ein bestimmtes Resultat abzielende Verhalten versteht. Marx geht es gerade nicht um das Resultat, sondern vielmehr um die Qualität der betreffenden Aktivität. Die Aktivität ist, sofern sie produktiv ist, eine freie, bewußte und selbständige Tätigkeit eines Individuums. Deshalb ist auch eine Betätigung ohne ein materielles Resultat als eine pro-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



duktive Tätigkeit einzustufen. Entscheidend ist die Aufstellung von eigenen Handlungszielen an Stelle einer Übernahme fremder Ziele. So weist Marx beispielsweise auf das Fehlen von äußeren Einflüssen bei der Zielauswahl der produktiven Tätigkeit hin, wenn er feststellt, dass „free activity ... nicht wie die labour durch den Zwang eines äußeren Zwecks bestimmt ist“ (MEW 26.3, S. 253). Eine weitere Eigenschaft der menschlichen produktiven Betätigung besteht darin, dass das eventuell anfallende Resultat der Aktivität dem ausführenden Individuum zufällt. Der Akteur eignet sich das Handlungsergebnis „für sein eignes Leben“ (MEW 23, S. 192) an. Wenn materielle Güter die Folge menschlichen Handelns sind, müssen sie für ihren jeweiligen Produzenten unmittelbar einen Genuss bereiten. Damit ist aber keinesfalls nur die Eigenproduktion eine Produktionsweise, die dem Prinzip der produktiven menschlichen Tätigkeit gerecht wird. Zu denken ist auch an Handlungen, die zwar einer anderen Person einen Gegenstand für deren Bedürfnisbefriedigung verschaffen, die aber zugleich dem Produzierenden selbst eine Freude bereiten. Darüber hinaus beinhaltet die Vorstellung von der produktiven menschlichen Tätigkeit die intellektuellen Tätigkeiten, was die vollständige ‚intellektuelle Beherrschung‘ der betreffenden Handlungsabläufe einschließt. Dass die geistige Tätigkeit zur produktiven Lebenstätigkeit des Menschen gehört, zeigt sich beispielsweise, wenn Marx bezüglich des Menschen als „Gattungswesen“ feststellt, dass dieser „sich sowohl in seinem Sein als in seinem Wissen bestätigen und bethätigen muß“ (Marx 1844, S. 196). Die produktive menschliche Tätigkeit verlangt folglich die Anwendung aller körperlichen und geistigen Fähigkeiten, denn die Kopf- und die Handarbeit bilden eine Einheit, die nicht auseinandergerissen werden darf (vgl. MEW 23, S. 531). In einem nächsten Schritt geht Marx über zum menschlichen Bedürfnis nach dieser Art der Tätigkeit. In den „Grundrissen“ konsta-

tiert er, dass „das Individuum in seinem normalen Zustand von Gesundheit, Kraft, Tätigkeit, Geschicklichkeit, Gewandtheit“ auch das Bedürfnis einer normalen Portion von Arbeit hat“ (Marx 1857/58, S. 505). In seiner „Kritik des Gothaer Programms“ geht er sogar so weit, dass in der kommunistischen Gesellschaft „die Arbeit ... selbst das erste Lebensbedürfnis geworden“ (MEW 19, S. 21) ist. Der Umstand, dass die produktive Tätigkeit des Menschen als ein Selbstzweck aufgefaßt werden kann, weist auf ein weiteres Element hin, nämlich auf das Ineinanderfließen von Mitteln und Zielen der menschlichen Betätigung. Wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine produktive menschliche Tätigkeit zulassen, werden die Handlungen nicht mehr ausschließlich als Kosten angesehen, die für den Genuss der damit erarbeiteten Güter aufgewendet werden müssen. Ein Beispiel dafür nennt Marx im zweiten Band des „Kapitals“, in dem er die produktive Tätigkeit eines Mitglieds der Urgesellschaft beschreibt. Der dort erwähnte „Wilde“, der seine erforderlichen Konsumtionsmittel bereits hergestellt hat, kann sich in der verbleibenden Zeit der schöpferischen und produktiven Tätigkeit widmen. Frei vom Diktat der

zum Überleben notwendigen Konsumbedürfnisse, zählt er die mit produktiven Betätigungen verbrachten Momente nicht als Kosten. Die in diesem Bereich der Tätigkeiten anzutreffende „völlige Gleichgültigkeit gegen Zeitaufwand“ äußert sich beispielsweise darin, daß „der Wilde ... manchmal, wie Tyler erzählt, einen ganzen Monat zur Verfertigung eines Pfeils“ (MEW 24, S. 436 f.) benötigt.

### 3.2. Die produktive Tätigkeit bei André Gorz

Ähnlich ist die Auffassung von André Gorz. Eine schöpferische Tätigkeit stellt seinem Verständnis folgend eine selbstbestimmte Aktivität dar, bei der der Mensch seine individuellen Fähigkeiten und Neigungen ausleben kann. Eine solche Handlung dient der Selbstentfaltung der Persönlichkeit, d. h. der Entwicklung jener Fertigkeiten, die der handelnde Mensch in sich vermutet und schätzt, und stellt dadurch den Gegensatz zur fremdbestimmten Erwerbsarbeit dar. Gorz stellt in diesem Zusammenhang die These auf, dass die frei verfügbare Zeit der Menschen dann auch einen neuen Charakter annimmt: „Die Zeit der Nicht-Arbeit ist dann nicht mehr not-

wendigerweise bloße Zeit zum Ausruhen, für Erholung, Zerstreuung und Konsum; sie dient nicht mehr zur Kompensation der Mühen, Zwänge und Frustrationen der Arbeitszeit.“ Stattdessen, kann die verfügbare Zeit von Tätigkeiten ausgefüllt werden, die man ohne ökonomische Zwecksetzung unternimmt und die das Leben des einzelnen sowie der Gemeinschaft bereichern: kulturelle und ästhetische Aktivitäten, die darauf abzielen, Freude zu empfinden und zu spenden, die Lebensumwelt zu verschönern und zu »kultivieren«; unterstützende und pflegende Tätigkeiten gegenseitiger Hilfe, die im Stadtviertel oder in der Gemeinde ein Netz solidarischer Sozialbeziehungen knüpfen; Entwicklung von Beziehungen der Freundschaft und des affektiven Austausches; erzieherische und künstlerische Tätigkeiten; Reparaturarbeiten und Eigenproduktion von Nahrungsmitteln »aus Freude am Selber-Tun« und daran, die Gegenstände, an denen man Gefallen hat, zu bewahren und weiterzugeben; Genossenschaften und Austauschbörsen für Dienstleistungen (uws.)“ (Gorz 1994, S. 328). Resümierend kann bezüglich der produktiven Tätigkeit folgendes Fazit gezogen werden: Wenn die menschliche Betätigung

## Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieteil ergänzt.

Viele neue Spiele!  
 Kennenlernspiele  
 Rollenspiele  
 Integrative Spiele  
 Bewegungsspiele  
 Sprachspiele  
 Spiele zur  
 Gruppenarbeit



### Hiermit bestelle(n) ich/wir

\_\_\_\_\_ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

### Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO  
 e-mail: [info@bundesjugendwerk.de](mailto:info@bundesjugendwerk.de)  
 Tel.: 0700/jugendwerk oder  
 0700/584363937



sämtliche von Marx und Gorz aufgezählten Eigenschaften enthält, kann der tätige Mensch aus der geleisteten Handlung eine innere Befriedigung ziehen. Damit ist es möglich, diese Aktivität als Freude zu empfinden, wodurch der Gegensatz zwischen Arbeit und Freizeit verloren geht. Da die eigene Tätigkeit unter diesen Umständen als Genuss erfahren wird, können wir, „sogar annehmen, daß Marx den Inbegriff des Glücks in der Tätigkeit, in der Aktivität, nicht im passiven Konsum erblickt“ (Fetscher 1979, S. 86). Die Aktivitäten, sofern sie sich als produktive Tätigkeiten im oben beschriebenen Sinn erweisen, werden dann als anregend empfunden, und sie werden aus eigenem Antrieb unternommen, ohne dass dabei „Zeit und Mühe“ zählen (Gorz 1994, 27). Entscheidend dafür ist allerdings, dass im Rahmen solcher Handlungen das Autonomiebedürfnis und das Bedürfnis nach der Übernahme von Verantwortung ebenso berücksichtigt werden wie das Bedürfnis nach Abwechslung (vgl. Zimbardo 1983, S. 375, S. 598f.). Dies zeigt, dass die bewußte freie Zielsetzung von den Menschen als wichtiger Bestandteil ihrer Tätigkeiten angesehen wird. Letztendlich zeigt sich die Bedeutung dieser Aspekte für menschliche Tätigkeiten bereits in ganz alltäglichen Lebenssituationen, nämlich bei den in der Freizeit stattfindenden Betätigungen, z. B. der Gartenarbeit oder der Heimwerkeraktivität. Die Tatsache, dass Menschen derartige Aktivitäten ausüben, ist sicherlich nicht ausschließlich durch die mit dieser Handlung verbundene materiellen Ergebnisse zu erklären. Mindestens ebenso entscheidend sind die Bedürfnisse nach körperlicher Betätigung, nach selbstbestimmten Handlungen und nach der Anwendung und Weiterentwicklung individuell geschätzter Fertigkeiten. Gerade weil diese Eigenschaften im Rahmen der Erwerbsarbeit nicht anzutreffen sind, suchen die Menschen außerhalb der Erwerbsarbeit nach Tätigkeiten, die solche Eigenschaften besitzen. Freiwillig unternommene körperliche und geistige Anstrengungen lassen sich deshalb auch mit dem menschlichen Bedürfnis nach selbstbestimmten, fähigkeitsentwickelnden und befriedigenden Tätigkeiten erklären.

#### 4. Gesellschaftspolitische Konsequenzen

Der Begriff der produktiven Tätigkeit ist folglich zu trennen von dem Begriff der Arbeit. Die produktive Tätigkeit erfüllt die bereits erwähnten positiven Funktionen der Arbeit, ohne deren negative Eigenschaften zu besitzen. Arbeit ist demnach nur eine entfremdete Form der produktiven Tätigkeit. Die Eliminierung der Arbeit ist daher unproblematisch, wenn gleichzeitig der Bereich der produktiven Tätigkeiten ausgebaut wird und alle positiven Funktionen durch die Ausübung von Tätigkeiten erfüllt werden. Die vollständige Abschaffung der Arbeit im hier beschriebenen Sinne wird allerdings auch langfristig technisch nicht möglich sein.

Eine Vorstellung von dem anzustrebenden Verhältnis zwischen Arbeit und Tätigkeit bietet die folgende Passage aus dem 3. Band des „Kapitals“: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann“ (MEW 25, S. S. 828). Hier wird zwischen zwei Arten der Betätigung unterschieden.

Das ‚Reich der Notwendigkeit‘ umschreibt die Handlungen, die als Arbeit - im Sinne der entfremdeten produktiven menschlichen Tätigkeit - angesehen werden können. Inhaltlich geht es um die Existenzsicherung des Menschen. Der Mensch ist zum Zwecke des Überlebens auf eine materielle Produktion angewiesen, weil die vorgefundene Natur im Regelfall unmittelbar für die menschliche Bedürfnisbefriedigung ungeeignet ist. Damit wird eine Umformung der Natur durch den Menschen, also eine materielle Produktion, notwendig. Zu denken ist dabei in erster Linie an die Herstellung von Nahrungsmitteln, Kleidung und Wohnraum, d. h. an die Gewinnung von Lebensmitteln im Sinne von Mitteln, die für das Überleben der Menschen erforderlich sind. Wegen der Beschaffenheit der Natur, die eine unmittelbare Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nicht ermöglicht, ist die restlose Eliminierung der Arbeit undenkbar. Das ‚Reich der Notwendigkeit‘ besteht somit aus den Handlungen, die nicht dem Ideal der produktiven Tätigkeit entsprechen. Es handelt sich also um ‚Arbeit‘ im Sinne der eingangs beschriebenen klassischen Bewertung als verachtungswürdige Aktivität.

Hiervon zu unterscheiden ist das ‚Reich der Freiheit‘. Es umfasst die Tätigkeiten, die dem Ideal der produktiven menschlichen Tätig-

keit entsprechen. Grundsätzlich sollte es das Ziel einer Gesellschaft sein, das Volumen der Arbeiten, die zum ‚Reich der Notwendigkeit‘ gehören, auf ein Minimum zu reduzieren, und die Tätigkeiten, die zum ‚Reich der Freiheit‘ zählen, so weit wie möglich auszubauen.

Die anzustrebende Ziel lässt sich somit durch drei wesentliche Elemente umschreiben. Erstens muss der Bereich der produktiven menschlichen Tätigkeiten (das ‚Reich der Freiheit‘) so weit wie möglich ausgebaut werden. Zweitens muss der Bereich der Arbeiten, die dem Ideal der produktiven Tätigkeit nicht entsprechen (das ‚Reich der Notwendigkeit‘), so weit wie möglich reduziert werden. Das theoretische Ideal wäre ein Zustand, in dem die Arbeit vollständig abgeschafft ist und es nur noch produktive menschliche Tätigkeiten gibt. In diesem Idealzustand wären alle negativen Aspekte der Arbeit verschwunden, ohne dass auf die positiven Elemente der Tätigkeit verzichtet werden muss. Da dies aber technisch nie möglich sein wird, müssen drittens die Arbeiten, die im Rahmen des ‚Reichs der Notwendigkeit‘ erfolgen, so nahe wie möglich an das Ideal der produktiven menschlichen Tätigkeiten herangebracht werden.

spw 6 / 2005

#### Literatur

- Arendt, Hannah (1994): *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, 8. Aufl., München.
- Fromm, Erich (1991): *Wege aus einer kranken Gesellschaft. Eine sozialpsychologische Untersuchung*, München.
- Gorz, André (1994): *Kritik der ökonomischen Vernunft*, Hamburg.
- Gorz, André (1988): *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt a.M.
- Hanesch, Walter u. a. (1994): *Armut in Deutschland*, Reinbek.
- Hengsbach, Friedhelm (1990): *Strukturrentgiftung: Kirchliche Soziallehre im Kontext von Arbeit, Umwelt, Weltwirtschaft*, Düsseldorf.
- Körper, Manfred; Staman, Jolanda (2001): *Der Wandel der Arbeitsgesellschaft im Spiegel aktueller sozialer Texte*; in: *Arbeit* 10. Jg., S. 180 - 185.
- Man, Hendrik de (1927): *Der Kampf um die Arbeitsfreude*, Jena.
- Marx, Karl (1844): *Ökonomisch-philosophische Manuskripte vom Jahre 1844*; in: *Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, hrsg. von Joachim Höppner, 4., veränd. Aufl., Leipzig, S. 83 - 222.
- Marx, Karl (1863/64): *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*; in: *Karl Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*, Berlin, 1988, S. 25 - 177.
- Marx, Karl (1857/58): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Frankfurt, o.J.
- Maslow, Abraham Harold (1978): *Motivation und Persönlichkeit*, 2. erw. Aufl., Olten/Freiburg.
- Matthies, Hildegard u. a. (1994): *Arbeit 2000: Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt*, Reinbek.
- McClelland, David C. (1985): *Human Motivation*, Glenview u. a.
- Negt, Oskar (1987): *Lebendige Arbeit, enteignete Arbeit: Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit*, 3. Aufl., Frankfurt am Main/New York.
- Negt, Oskar (2001): *Arbeit und menschliche Würde*, Göttingen.
- Senghaas-Knobloch, Eva (1999): *Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft?*; in: *Arbeit* 8. Jg., S. 117 - 136.
- Zimbardo, Philip G. (1983): *Psychologie*, 4., neubearb. Aufl. Berlin u. a.

## „Aktualität der marxistischen Klassentheorie“

Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und des Sozialistischen Forum Rheinland vom 22.10.2005 in Köln

Karl Marx in Siegerpose auf der Titelseite des Spiegel – man reibt sich verwundert die Augen, sollte der Marxismus wieder en vogue sein? Diese Interpretation ist zweifellos übertrieben, aber dennoch ist nicht zu übersehen, dass das Interesse an der marxistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie zugenommen hat. So folgten denn auch 60 Interessierte der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, des Sozialistischen Forums Rheinland (Verein zur Förderung der politischen Kultur e.V.) und der Zeitschrift marxistische Erneuerung zu einer Tagung über die Aktualität der marxistischen Klassentheorie. In seinem Eröffnungsvortrag verwies Frank Deppe, Professor für Politikwissenschaften an der Philipps-Universität in Marburg, auf die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen seit den späten 70er Jahren als Folge der krisenhaften Herausbildung einer neuen Formation des Kapitalismus. Verlierer dieser Entwicklung seien die Industriearbeiter und ihre Gewerkschaften. Ihr Selbstbewusstsein sei durch Angst vor Arbeitslosigkeit, Übergreifen der Prekarität und durch Niederlagen in Abwehrkämpfen massiv beeinträchtigt. Die Klassenanalyse in der Tradition des Marxismus sei aufgrund theoretischer Defizite nur unzureichend dazu in der Lage, diese Situation angemessen zu analysieren. Als solche Defizite nannte Deppe die Verengung auf das Kriterium der Lohnarbeit; die mangelnde Vermittlung zwischen Strukturanalyse und Handlungstheorie und vereinfachende Hypothesen über den Zusammenhang von Klassenlage und Klassenbewusstsein; die Vernachlässigung der Rolle des Staates; und die Interpretation des Prozesses der Klassenstrukturierung allein als Bildung zweier antagonistischer Blöcke. Dennoch sei der Rekurs auf die marxistische Klassenanalyse unabdingbar, um die neuen Spaltungsprozesse angemessen zu begreifen, denn der auf Marx zurückgehende Ansatz der Kapitalismuskritik zeichne sich – so Deppe – dadurch aus, dass er den Zusammenhang von ökonomischen Basisprozessen, politischer Regulation, Sozialstrukturveränderungen und der Relevanz sozialer und politischer Kämpfe zu begreifen vermöge und die Kritik der herrschenden Verhältnisse immer auch auf die Möglichkeiten ihrer Veränderungen beziehe. Die folgenden Vorträge griffen die von Deppe benannten Defizite der marxistischen Klassentheorie aus je eigenen Blickwinkeln auf. Aus Sicht von Olaf Groh-Samberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für

Soziologie der Universität Münster, ist eine Klassentheorie dann produktiv, wenn sie sich in empirischen Forschungen fruchtbar anwenden und bestätigen lässt. Um eine solche Klassentheorie zu begründen plädiert er für eine Integration dreier konkurrierender Ansätze: a) des neoweberianischen, der die klassenspezifische Ungleichheit von Lebenschancen untersucht (John Goldthorpe); b) des neomarxistischen, der sich dem strukturellen Klassenantagonismus und der Reproduktionsmechanismen von Herrschaft widmet (Erik Olin Wright); und c) der kulturalistischen Klassentheorie Pierre Bourdieus, die sich für den klassenspezifischen Habitus und lebensweltliche Klassenmilieus interessiert. Sie schlossen sich – so Groh-Samberg – nicht kategorisch aus, sondern ließen sich in einen produktiven theoretischen Zusammenhang stellen.

Ben Diettrich, Soziologe und Jurist aus Hamburg, arbeitete in seinem Vortrag heraus, dass die „ArbeiterInnen des Kapitals“ – entgegen der Auffassung orthodoxer KlassentheoretikerInnen – strukturell keine einheitliche Klasse darstellten, sondern in Klassenfraktionen und -segmente unterteilt seien. Angesichts der sozialen Kräfteverhältnisse müsse man MigrantInnen, die um ihre BürgerInnenrechte kämpfen, politisch genauso ernst nehmen, wie Kernbelegschaften in der Auseinandersetzung um die Verdichtung ihrer Arbeitsabläufe. Auf der Suche nach einer gemeinsamen Perspektive sei zu fragen, wie sich die unterschiedlichen Klassenfraktionen und -fragmente jeweils unterstützen könnten, denn eine erfolgreiche Klassenpolitik sei nur als Bündnis unterschiedlichster, teilweise antagonistischer Interessen möglich. Zwar bemühten sich Gewerkschaften in ersten Ansätzen darum, auf die veränderten Produktionsverhältnisse einzugehen, die strategischen Veränderungen reichten jedoch noch nicht weit genug. Diettrich schlug daher Kampffelder einer gewerkschaftlichen Politik vor, welche in der aktuellen Defensive eine Auffangposition für die gewerkschaftliche Arbeit darstellen könnten und die Prekarisierung in den Blick nehmen.

Abschließend stellte Margareta Steinrücke, Referentin für Frauenforschung an der Arbeitnehmerkammer Bremen, die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum Verhältnis von Klasse und Geschlecht vor. Dieses ging der Frage nach, was die Menschen mehr verbindet bzw. trennt: das Geschlecht oder die Klassenzugehörigkeit. Dabei bezog es sich auf Bourdieus Theorie des Sozialen Raums und seine Unterscheidung zwischen dem kulturellen, dem sozialen und dem ökonomischen Kapital. Die vorgestellten Ergebnisse der Interviews mit Paaren zeigten – neben der erstaunlichen sozialen Homogenität dieser Paare – dass die Geschlechtsunterschiede weitgehend von den Klassenunterschieden überlagert und dominiert werden. Die



Gemeinsamkeiten und Affinitäten zwischen Mann und Frau innerhalb einer Klasse scheinen größer als die zwischen Frauen (oder Männern) über die Klassengrenzen hinweg. Damit bestätigt sich die Klassenhypothese, derzufolge die Klassenzugehörigkeit, unabhängig von bzw. quer zum Geschlecht, die Lebenschancen und Verhaltensmöglichkeiten entscheidend bestimmt. Bestätigt wurde zudem auch die Klassengeschlechtshypothese, derzufolge jede Klasse und Klassenfraktion ihre je eigene Vorstellung und Realisierungsform von Weiblichkeit und Männlichkeit hat. Von einer Gesellschaft ohne Klassenunterschiede lasse sich im Lichte dieser Ergebnisse jedenfalls schwerlich reden – so Steinrücke. Ebenso wenig könne man jedoch sagen, dass die geschlechtliche Ungleichheit bedeutungslos geworden wäre. Zwar fanden nicht alle Vorträge die Zustimmung aller Anwesenden, wichtig ist jedoch, dass nach langen Jahren, in denen die Klassentheorie in den deutschen Sozialwissenschaften nur ein Randdasein geführt hat, nach und nach der Diskussionsfaden der 1970er Jahre wieder aufgenommen wird. Um damalige Fehler und Schwächen nicht zu wiederholen ist ein offener und differenzierter Forschungszugang erforderlich. Hierzu wollte die Kölner Tagung einen Beitrag leisten. Sie hat einen Einblick in den Stand der wissenschaftlichen Diskussion geben können und eine Ahnung davon vermittelt, wie groß die Aufgabe ist. Für die Veranstalter wird dies nicht die letzte Zusammenarbeit zu diesem Thema gewesen sein. Und wer weiß, vielleicht sitzt ja bei der nächsten Tagung auch die spw mit am Tisch. Die Beiträge werden im März-Heft der Z. dokumentiert werden. Weitere Infos finden sich unter [www.sf-rheinland.de](http://www.sf-rheinland.de), Heftbestellungen bitte an: [redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

Hans Günter Bell (Köln)

## Der Spiegel-Komplex

Oliver Gehrs: *Der Spiegel-Komplex - Wie Stefan Aust das Blatt für sich wendete*, Verlag: Droemer-knaur, 2005

Ein Buch über Stefan Aust, der es zielstrebig vom Schülerzeitungsredakteur zum „Spiegel“-Chef gebracht hat. Aber auch über bundesdeutsche Zeitgeschichte und, was in Zeiten der Medienfusionen besonders wichtig ist: über das komplizierte Geflecht im großen Markt der Meinungen und Meinungsmache, der Vierten Gewalt.

Oliver Gehrs schildert einen ehrgeizigen, bisweilen durchtriebenen Aust. Gehrs ironisch-zuspitzender Stil scheint dem des „Spiegel“ oder von Aust selber angelehnt. Seine Mischung aus Respekt und Kritik gegenüber Aust bleibt lesefreundlich. Der Titel weist natürlich auf Austs Standardwerk über den bundesdeutschen Terrorismus „Baader-Meinhof-Komplex“ hin und auf die Quintessenz von Gehrs Buch: Mit Aust gibt es im „Spiegel“ weniger kritische Technikfolgenabschätzung, mehr Wirtschaftspatriotismus und Wettern gegen Gewerkschaften, Annäherung an rechtliche Medien, mehr bunte Themen.

„Die Sachpolitik ist zunehmend aus dem Blatt gefallen zugunsten ... eines Porträatismus, der oft genug in eine detailversessene Gewinner/Verlierer-Rechnung mündet, bei der man unter dem Strich oft nur erfährt, welcher Politiker in welchem italienischen Restaurant welche Flasche Wein geöffnet hat. Vor allem die schwächeren Bereiche der Gesellschaft kommen kaum noch vor, dafür die Topmanager aus Wirtschaft und Politik um so mehr. „Immer öfter ist Goliath der Gute“, sagt ein Redakteur.“ (Gehrs auf S.12)

-Zum „Spiegel“-Herausgeber Augstein verband Aust laut Gehrs Buch früh eine Hassliebe, so fiel Aust beim etablierten Augstein in Ungnade, als er 1972 den Ausflug des Verlegers in die direkte Politik als FDP-Bundestagskandidat in der CDU-Hochburg Paderborn verriss. Da SPD und FDP damals bei der historischen um 10 Monate vorgezogenen Bundestagswahl, die noch eine wirkliche Richtungswahl war, einen Triumph einfuhren wurde Augstein durch das gute Zweitstimmenergebnis ins Parlament geschwemmt, wo er aber am falschen Platz war.

Erst 1980 fanden sie wegen der Herausforderung der Unperson Franz Josef Strauß als CDU/CSU-Kanzlerkandidat wieder zusammen und machten mit intellektuellen und Künstlern einen Agitationsfilm „Der Kandidat“, so ähnlich wie 24 Jahre später Michael Moore gegen G.W. Bush.

Austs Reportagen Ende der 1970er Jahre bei „Panorama“ über ins Polizeistaatliche

abgleitenden Methoden gegen den Anti-Atomkraft-Protest schürten heftigen Streit mit den Medienpolitikern der damaligen CDU-Landesregierungen Niedersachsens und Schleswig-Holstein um den angeblich zu linken NDR. Aust ließ sich nicht einschüchtern und genoss beim NDR weitgehenden Schutz. Allerdings rang er sich auch schon mal zum Leisetreten durch: 1982 war in der „Panorama“-Redaktion ein vorbereiteter Beitrag über einen suspendierten bayerischen Verfassungsschutzmitarbeiter, der öffentlich über Medienmanipulation gesprochen hatte, in der Redaktion verschwunden. Natürlich schien sich in der ohnehin skandalreichen Zeit, in der vor allem „Spiegel“ und „Stern“ über Flicks Parteienspenden und die Neue Heimat enthüllten, eine weitere Affäre aufzutun. Aber offenbar enthielten die vermeintlich geklauten MAZ-Bänder nichts Neues zum Thema und Aust ließ die Bälle flach halten.

1988, als die Kohlregierung mittlerweile etwas etabliert war, die Politisierung im Zuge der von Gorbatschow angestoßenen Ostwestabrüstung zurückging, aber mit der (bis heute nicht ganz aufgeklärten) Barschel-Affäre die CDU gegenüber der unter Oskar Lafontaine modernisierten SPD moralisch zurückfiel, nahm Aust die Gelegenheit wahr, für RTL „Spiegel-TV“ aufzubauen. Dort konnte ihm wie schon bei den „St.Pauli-Nachrichten“ keiner mehr reinreden. Das Magazin bekam den kleinen Sendeplatz am späten Sonntagabend, den ein großer Privatsender als kleine Konzession auf Beschluss der Landesmedienanstalten für unabhängigen Formate freihalten musste. Anfangs hielt sich das Publikumsinteresse für eine etwas actionreichere Vorabversion des Print-„Spiegel“ noch in Grenzen. Aber dann kam die Wende -in der DDR und für „Spiegel“-TV, dessen Reporter am Schauplatz der Geschichte Storys jagten, für die dann sogar öffentlich-rechtliche und Schulmedien bei Aust Schlange standen. Natürlich beeindruckte dies auch den „Spiegel“-Verleger Rudolf Augstein, der sein Lebenswerk noch mal mit einem Trumpf gegen den branchenüblichen Aufschwund – und dann kam noch der bunte „Focus“ aus München- nach vorne bringen wollte. Aust wurde neuer Chefredakteur, wieder ein Durchbruch.

Austs „Spiegel“ setzt mehr auf Geschichten und Schatzsuche. Mit Mythen wie Hitler-Darstellungen wird in fragwürdiger Art kokettiert. Auch mit '68: Um die symbolträchtigen Bilder und Begriffe rechnet Bettina Röhl mit jeglicher positiver Verklärung ihrer Mutter Ulrike Meinhof ab. Aust so heißt es, hat die Meinhofkinder vor der Verschickung zu arabischen Guerillas gerettet. Dann wird zur Jagd auf das Bernsteinzimmer geblasen. Vor allem



schließt Aust aber Frieden mit den rechteren Medienhäusern, sogar mit Springer. Es ist der Ehrgeiz, im expandierenden Medienmarkt über alte Gräben hinweg das große Geschäft zu machen. Moral und Meinungsvielfalt bleiben auf der Strecke. Aber schließlich geht es im Zeitalter der Globalisierung nur noch um die „notwendigen Reformen“, die beim „Spiegel“ mit einem winzigen sozialliberalen Neue-Mitte-Anstrich daherkommen.

Solidarität der Völker, Gewerkschaften, internationale Abkommen gegen Sozialdumping sind da meist uncool. Alte Atom-Reportagen wandern in Archive, schließlich hat Austs Kanzler Gerd Schröder das Land mit dem Atomkonsens befriedet. Nur wenn vor Austs Haustür ein großer Airbus gebaut werden soll, kommt der alte, gegenüber Großprojekten skeptische „Spiegel“ zurück. Sogar vom Konsortium erstellte Studien über Arbeitsplatzchancen werden infragegestellt.

Dafür wettet der „Spiegel“ einseitig gegen die Windkraft, die von rotgrünen Ideologen bis zur „Verspargelung der Landschaft“ hochgepöppelt werde. Atomstromorientierte Energie-multis und schwarz-gelbe Verantwortungslosigkeitspolitiker können sich freuen.

Bei diesem von Gehrs als symptomatisch geschilderten Vorgang um die Titelgeschichte von Nr.17/2004 reichten zwei verdiente, aber andersdenkende Redakteure ihre Kündigung ein. Einer von ihnen, Harald Schumann, schrieb kürzlich in „Geo“ eine andere Windenergiegeschichte. Die „Spiegel“-Redaktion folgt derweil ihrem Leitwolf genauso (un)willig wie die SPD Gerd Schröder, Solidarität ist ja nicht mehr in.

Das von Gehrs eher indirekt beschriebene Hauptproblem ist: Ein traditionell

links-liberales Medium wie der „Spiegel“ könnte mit Agitation gegen Umweltschutz, Gewerkschaften und die ganze „Sozialmafia“ mehr Schaden anrichten, als wenn die Botschaft für Sozialabbau bloß von den üblichen Verdächtigen kommt: „FAZ“, „Financial Times“, den Börsensendern mit Nachrichtenanhang und der Springerpresse, die diese mit Polemik gegen das kleinere, rotgrüne, Übel einkleidet und Populismus gegen die Rechtschreibreform betreibt – zusammen mit dem „Spiegel“. Ähnlich „notwendig“ erschien ja der Kosovo-Krieg am Anfang von rotgrün, als auch die „links-alternative“ „taz“ im Medienmainstream Milosevic dämonisierte. Um dabei nicht zu einseitig zu wirken, wird der lange vergötterte SPD-Superstar Wolf-

gang Clement fallen gelassen, F.D.P.-Politikern allgemein Unfähigkeit bescheinigt. Um gegen Multikulti zu polemisieren, entdeckt der „Spiegel“, so Gehrs, wieder das Thema Frauenrechte, und der Terrorismus heiligt die Mittel Otto Schilys, den Aust als Terroristenanwalt kennen gelernt hatte. Gehrs zollt Aust, der bei dieser vorläufigen Biografie wenig kooperativ war, für seine früheren Leistungen verdienten Respekt, verurteilt aber auch seine Irrwege und das allgemeine Mediengeschehen scharf. Der Begriff „gewendet“ ist natürlich zugespitzt, denn richtig links war der SPIEGEL auch vorher nicht. Modernisierungsverlierern wird weiterhin Raum eingeräumt und über verantwortungslose Bosse geklagt. Aber: Die durchschimmernde Botschaft bleibt, dass sich der

Staat aus der tollen Marktwirtschaft mehr raushalten und sich die Bürger einschränken sollen. Themen wie Staatsverschuldung werden aufgebaut und gegen Staatsausgaben fast generell polemisiert, Privatisierungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, wie in den Heften 38/2005 unkritisch verherrlicht.

- Wohl um ein zu desillusionierendes Fazit zu vermeiden, entdeckt Gehrs am Schluss noch mal was Gutes am Aderlass profilierter Reporter und Redakteure aus dem „Spiegel“. Einige der in den Auseinandersetzungen mit Aust gestählten Profijournalisten tragen, so Gehrs' Hoffnung, wenigstens bei SZ, „stern“ & co zur politischen Aufklärung bei.

Jan-Patrick Behrend (Marburg)

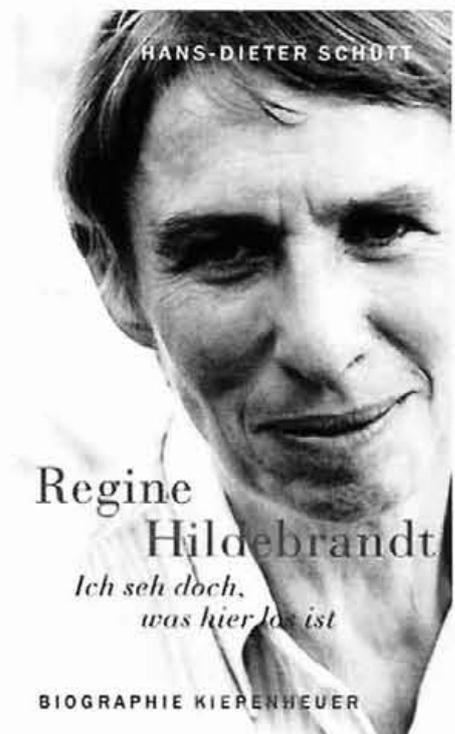
## Ich seh doch, was hier los ist!

Hans-Dieter Schütt, Regine Hildebrandt, *Ich seh doch, was hier los ist*, Gustav Kiepenheuer Verlag, ISBN 3-378-01077-0, Seiten 342- 27 Fotos, Preis: 19,90 Euro

Plötzlich, spätestens dann, wenn die Augen des Lesers im zweiten Kapitel ruhen, glaubt man, diese Regine stünde neben einem und frage in ihrer unnachahmlichen Art: „Na, wat haste denn heut schon für die Menschen geleistet?“ Unweigerlich packt einen das schlechte Gewissen, falls nur das Wohlgefühl des eigenen Ichs auf der Tagesordnung gestanden haben sollte. Dieser Biographie einer ungewöhnlich demokratisch gesinnten Frau - die nach 1989 nicht nur zur beliebtesten Politikerin in Ostdeutschland avancierte, sondern die bereits in der DDR als promovierte Biologin im VEB Berlin-Chemie für das „reinste Insulin im Ostblock“ und für „klärende Gespräche“ im Kollegium sorgte -, gelingt es vortrefflich in unser so privat fixiertes bürgerliches Gewissen die Aura einer Frau zu reproduzieren, die liebevoll, aber unbarmherzig sich selbst, oft auch anderen gegenüber, jeden Tag, an dem sie nicht etwas sinnvolles für andere Menschen und für die Familie in Bewegung gesetzt hatte, als einen verlorenen Tag bezeichnete. Sie passte mit ihrer Offenheit und Ehrlichkeit so gar nicht in das Bild einer politischen Klasse, für die Taktik und Sachlichkeit über das menschlich soziale Gelingen unseres Lebens dominieren muss, wenn „vernünftige“ Politik denn gestaltet werden soll. Für Regine Hildebrandt war Demokratie nicht eine Floskel hinter der sich Karrierismus und Egoismus bestens verstecken kann. Sie lebte Demokratie nicht repräsentativ, sondern wollte direkte Demokratie, was bei ihren Widersachern,

besonders in der CDU, überhaupt nicht geschätzt wurde. „Meine Kraft, kriege ich daher, dass ich im Lande unterwegs bin. Ich seh doch, was hier los ist, und ich weiß es nur, weil ich bei den Leuten bin. Und nicht dadurch, dass ich Königinnen empfangen.“

Sie wusste auch von der Not der Frauen, die gezwungen sind zur Abtreibung, deshalb kämpfte sie Ende Mai 1993 mit allen Mitteln gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Fristenlösung und die Beratungspflicht verwarf. Sie nannte dieses Urteil einen „Rückfall ins Mittelalter!“ In diesem Punkt, worüber sie selbst verwundert feststellte, stand ihr die DDR viel näher, wie sie auch in vielen anderen Punkten des Lebens, mehr und mehr von der westdeutsch implantierten Demokratie enttäuscht wurde, hatte sie doch gehofft, endlich sei die staatliche Manipulation des Volkes beendet. Die Formen der Manipulation hatten sich geändert. Der „Markt ist mächtiger als ein Kanzler“ geworden, schreibt der Autor. Einer ihrer Widersacher, der stets so repräsentativ wirkende Innenminister Wolfgang Schäuble, nannte diese Frau, die ihr Herz auf der Zunge trug, „unerträglich“. Auch die heutige Kanzlerin, Angela Merkel, erzürnte sich über die so wenig repräsentativ wirkende demokratische Entschlossenheit der Sozialministerin des Landes Brandenburg, Regine Hildebrandt, die 1993 die Neuauflage der „Montagsdemonstrationen“ forderte, und zwar vor Brandenburgs Arbeitsämtern, um gegen die Einsparungen bei Fortbildungs- und Umschulungsprogrammen zu protestieren. Die damalige Bundesfrauenministerin Merkel nannte diesen Aufruf einen „Skandal“. Regine Hildebrandt, die zu Zeiten der DDR nicht jammerte, sondern sich auch hinter dem Todesstreifen, trotz staatlicher Reglementierungen, bemühte, demokratisch, getragen von christlicher Ethik, zu denken und zu handeln, ohne Mitglied in einer Partei zu sein,



erreichte durch ihren klaren Kurs das keines ihrer Kinder am obligatorischen Wehrkundeunterricht in der Schule teilnehmen musste. Sie „eierte“ nicht, sondern ging den aufrechten Gang. Sie blieb als Ministerin des Landes Brandenburg die einfache „Köchin“, die den Staat mitlenken wollte. Solche Frauen passen nicht in die Marketinggepflogenheiten eines Parlamentarismus, in dem sich repräsentative Volksvertreter mehr an ihre Beraterverträge und Aufsichtsratsposten gebunden fühlen, als an ihre Wählerschaft im Wahlbezirk. Regine Hildebrandt wurde daher mit allen unsauberen, aber auch sachlich, wie rechtsstaatlich, vorgebrachten Behauptungen bombardiert, um sie

an ihrer Arbeit für die Rentner, die Kranken und Frauen zu behindern. Als sich die SPD 1999 weigerte eine Koalition mit der PDS einzugehen, was die Sozialministerin Hildebrandt forderte, trat sie von ihrem Amt zurück, denn eine Koalition mit den „Arschlöchern“ der CDU des Ex-Militärs der Bundeswehr Schönbohm, war ihr unerträglich. „Taktisches Vorgehen zum Erzielen eines erfolgversprechenden Effektes ist mir in der Seele zuwider.“ So eine, die ihre Zunge nicht im Zaum zu halten vermag, hat in einem Land, in dem sich in allen Institutionen, Betrieben, Schulen und Hochschulen immer deutlicher alles gerade um dieses taktische Vorgehen dreht, wirklich wenig in einer Regierung zu suchen.

Bis zu ihrem Todestag, den 26. November 2001, den sie bewusst kommen sah, blieb diese Frau ihrer aktiven Lebensart verbunden. Noch im Oktober ist ihr Terminkalender prall gefüllt, von „Hospizeinweihung in Frankfurt/Oder“ bis zu einem „TV Termin mit Dorothee Sölle“ bei dem über Sterbehilfe gesprochen wurde. Sie lebte ohne sich vom baldigen Tod bannen zu lassen. Warum, fragt sich der aufgewühlte Leser nach Lektüre dieser, oft fast zärtlich geschriebenen Biographie, müssen dieses Buch nicht alle Mitglieder in den Parlamenten und Parteien lesen, bevor sie im Namen ihrer Partei aktiv werden. Vielleicht würde es dann mehr Regine Hildebrandts in unserem Land geben. Vielleicht würden dann mehr der repräsentativen Masken, die

vorgeben das Volk zu vertreten, nachdenklicher und vorsichtiger mit den intelligenten Argumenten des Pragmatismus und der geschliffenen Taktikerei hantieren. Ja, diese Hildebrandt war noch eine die sich darüber aufregen konnte, dass Mitglieder der SPD in teuren Hotels Quartier beziehen, wenn sie zu Veranstaltungen reisen, und nicht Herberge bei denen suchen, die sie als ihre Wähler umwerben. Die spinnt doch, werden die erlauchten Herrschaften lachend gefeiert haben. Ja, belächelt haben sie diese Frau, die einen Traum von Menschlichkeit verwirklichen wollte. Dabei bräuchten wir doch mehr solche Träumer und Träumerinnen!!

Jürgen Meier (Hildesheim)

## Gegen-Hegemonie

Ulrich Brand, *Gegen-Hegemonie, Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*, VSA-Verlag Hamburg 2005, 220 Seiten

Was ist der Staat? Stand diese Frage noch bis Ende der 1970er Jahre im Mittelpunkt vieler Diskussionen und Auseinandersetzungen auf der politischen Linken, so ist die Diskussion seitdem weitgehend verstummt. In der öffentlichen Diskussion dominieren vor allem Diskurse über das Ende des Wohlfahrtsstaates und das „Auslaufmodell Nationalstaat“. Erst die zunehmende Auseinandersetzung mit Prozessen der Globalisierung führte auch auf der Linken zu einer neuen Beschäftigung mit dem Thema Staat.

Der Kasseler Politikwissenschaftler Ulrich Brand – selbst in der globalisierungskritischen Bewegung aktiv – versucht in seinem Buch, einige theoretische Grundüberlegungen darzustellen, die dann auf die Analyse einiger Felder der internationalen politischen Diskussion angewandt werden.

Ausgangspunkt für die Analyse Brands sind die Überlegungen des griechischen Marxisten Nicos Poulantzas. Für diesen steht der Staat nicht außerhalb der kapitalistischen Kräfteverhältnisse, gewissermaßen als monolithischer Block, der vom jeweils herrschenden Block an der Macht vollständig für die eigenen Interessen eingesetzt werden kann. Poulantzas versteht den Staat vielmehr als eine „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen Klassen und Klassenfraktionen“. Damit wird der Staat nicht nur als Akteur, sondern auch als Austragungsort von Klassenauseinandersetzungen definiert, der durchaus unterschiedliche Interessen – auch die der Beherrschten – repräsentieren kann. Daneben skizziert Brand auch Anwendungsmöglichkeiten der „Regulationstheorie“ für das Verständnis der Globalisierungsprozesse. Zentral ist dabei für ihn auch hier, das die Regulationstheorie einen differenzierten Blick auf die unterschiedlichen Kräfte- und Ak-

teurskonstellationen, die die Formierung eines Regulationsmodells ausmachen, ermöglicht. Die Herausbildung eines neuen Regulationsmodells auf internationaler Ebene ist dabei für Brand noch nicht ausgemacht. Der Rückgriff auf Regulationstheorie und die Staatstheorie wird deshalb auch nur als ein erster Aufschlag für eine weiter und tiefer gehende Analyse der aktuellen politischen und ökonomischen Verhältnisse auf globaler Ebene präsentiert.

Anlehnend an Antonio Gramscis Arbeiten zur Bedeutung der „Zivilgesellschaft“ für die Absicherung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse führt Brand die Begriffe „Hegemonie“ und „Gegen-Hegemonie“ ein. Eine hegemoniale Stellung im zivilgesellschaftlichen Diskurs ist für die Absicherung dieser Herrschaftsverhältnisse unerlässlich. Umso wichtiger werden damit die alternativen Entwicklungsvorschläge, kurz: Das Bemühen um eine „Gegen-Hegemonie“.

Kritische Theorie soll dabei eine Rolle als „Strukturwissen“ emanzipativen Handelns einnehmen, und damit sich zum einen den eigenen Funktions- und Reproduktionsbedingungen bewusst sein, und zum anderen auch den Austausch mit kritischer Praxis suchen. Brand bringt dies auf die Formel des „Verhältnisses von praktischer Globalisierungskritik und kritischer Gesellschaftstheorie“. Die Produktion von Wissen im Kapitalismus ist eben ambivalent, die materiellen Bedingungen der Produktion von Wissen wirken eben auch auf die Ergebnisse der Wissensproduktion – selbst bei „kritischer Wissenschaft“ – zurück.

Thematisch decken die übrigen Beiträge ein weites Feld ab. Brand spricht Themen wie „nachhaltiger Entwicklung“ und „Bio-Politik“ an, untersucht die unterschiedlichen Praktiken von sozialen Bewegungen – besonderen Raum nimmt hier die Auseinandersetzung mit dem Agieren der Zapatisten in Mexiko ein – und widmet sich der Kritik einiger gewissermaßen systemimmanente Ansätze zur Gestaltung der Globalisierung,

beispielsweise der Konzeption „Globaler Öffentlicher Güter“. In einem abschließenden Ausblick ruft Brand die Akteure der globalisierungskritischen Bewegung zur Diskussion auf. Um die Hegemonie des Neoliberalismus zu brechen, müssten eben „Gegen-Hegemoniale Perspektiven“ entwickelt werden. Dieses müsse vor allem über eine schlichte Entlarvung der Fehler neoliberaler Erklärungsmuster hinaus in die Diskussion um tatsächliche alternative Entwicklungspfade einmünden. Brand nennt hier unter anderem die Diskussionsfelder Politische Ökonomie und Formen demokratische Partizipation. Dabei plädiert Brand für einen „realistischen“ Demokratiebegriff. Demokratie dürfe im internationalen Kontext nicht schlicht mit der Schaffung von politischen Institutionen ohne Blick auf den gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Demokratie sei nicht nur ein Entscheidungsmodus, sondern gehe eben auch mit materiellen Rechten bzw. dem Ausschluß davon einher. Brand stellt dem den Begriff der „emphatischen Demokratie“ gegenüber, welcher die tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen in den Mittelpunkt rücken soll.

Die von Brand skizzierten Überlegungen zur Globalisierung von Staatlichkeit bieten einige vielversprechende Ansätze für die weitere Diskussion. Es zeigt sich, das auch marxistisch inspirierte Analysen für ein Verständnis der aktuellen Veränderungsprozesse von Staatlichkeit im Rahmen der Globalisierung fruchtbar gemacht werden können. Vermieden wird damit vor allem jene weit verbreitete „Globalisierungskritik“, die sich auf Appelle an aufgeklärtes und ethisches Verhalten der Akteure beschränkt, ohne die strukturellen Rahmenbedingungen für ökonomisches und politisches Handeln in den Blick zu nehmen.

Allerdings bleibt noch viel Arbeit zu tun, um aus den oben beschriebenen ersten Überlegungen einen kohärenten theoretischen Entwurf werden zu lassen.

Thilo Scholle (Lünen)

## Gesellschaft von Tikal bis irgendwo

Urte Sperling, Margarete Tjaden-Steinhauer (Hrsg.) *Gesellschaft von Tikal bis irgendwo. Europäische Gewaltherrschaft, gesellschaftliche Umbrüche, Ungleichheitsgesellschaften neben der Spur.* Verlag Winfried Jenior, Kassel 2004

Nun ist vor einiger Zeit der dritte Band der „Studien zur Substanz, Familie und Politik“ mit dem Titel „Gesellschaft von Tikal bis irgendwo“ erschienen. Nach den beiden voran gegangenen Bänden „Gesellschaft von Rom bis Ffm“ (1998, in spw besprochen von Detlef Bimboes in spw 100) und „Gesellschaft von Olduvai bis Uruk“ (2001, besprochen von Horst Peter in spw 121) stellen die AutorInnen hier historische Längsschnittanalysen vor, die das Ende der Maya-Epoche (=> Tikal) mit Fragen aktueller gesellschaftlicher Umbruchkonstellationen verbinden. Die Klammer zwischen Darstellung längst untergegangener Kulturen wie der Maya und dem Heute stellt in diesem Band die Diskussion eines Fortschrittbegriffs dar, der die ökonomischen und euro- wie anthropozentrischen Reduktionen vermeiden will. Einen besonderen Augenmerk lenken die Herausgeber auf die Bedeutung der europäischen und außereuropäischen Ausprägungen zivilisatorischer Gewalt

Auch dieser Band ist wieder faktenreich und überrascht mit einer ungewöhnlichen Textauswahl, die aber dem Forschungsprogramm verpflichtet ist, Strukturbedingun-

gen gesellschaftlicher Entwicklung über verschiedene Epochen hinweg zu untersuchen. Nach der einleitenden Diskussion eines kritischen Begriffs von „Fortschritt“ werden die LeserInnen z.B. mit aktuellen Forschungsergebnissen zu genetischen und phänotypischen Ähnlichkeiten zwischen Mensch und „Menschenaffen“ konfrontiert. In der Darstellung wird deutlich, wie hoch differenziert auch eine nicht-menschliche Gesellschaft sein kann. Unterschiedliche Entwicklungspfade und „gesellschaftliche Fortschritte“ auch aufgrund differenter Umweltbedingungen werden erläutert am Beispiel der Maya-, Inka- und Azteken-Kulturen einerseits sowie der Phönizier, Hebräer und Griechen andererseits. Der (west)europäische Entwicklungspfad hat sich dabei also derart wirkungsmächtig erwiesen, dass sich mit den spanischen Conquistadores schließlich der Untergang der letzten großen altamerikanischen Kulturen vollzog. Das Gewaltmotiv spielt auch eine bedeutsame Rolle im Beitrag über das „Generative Vermögen des Frauenkörpers“. Die Entwicklung der US-Hegemonie wird aus einer doppelten „intra-kontinentalen Expansion“ erklärt: einmal als Erschließung der territorialen Ressourcen, zum anderen der Verfügbarmachung eines umfangreichen Arbeitskräftereservoirs durch (z.T. erzwungene) Migration. Das Mensch-Umwelt-Verhältnis, das in den Studien der Kasseler Forschungsgruppe immer einen hohen Stellenwert hat, wird uns in einem Aufsatz nahe gebracht, das mit der Gentechnologie eines der aktuellen Stränge der Produktivkraftentwicklung berührt. Etwas außerhalb des inhaltlichen Stranges des Buches liegt m.E. ein ausführli-

cher Beitrag, der die aktuelle sozialpolitische Entwicklung mit Rückgriff auf das liberale Credo Friedrich Hayeks einordnet.

Der Schlussbeitrag „Reform und Revolution – vorsichtig betrachtet“ macht jedoch wieder deutlich, dass die historische und kapitalismuskritische Forschung weder allein wissenschaftlichem Selbstzweck dient, noch dass „Fortschritt“ einer linearen Linie der Menschheits- und Umweltentwicklung folgt. Die HerausgeberInnen fordern vielmehr „nach historischen und aktuellen gesellschaftlichen Praxen zu fragen, welche über jeweils institutionalisierte Gewaltverhältnisse hinausweisen, die die Selbsterhaltung der Menschen (...) beschränken oder unmöglich machen (S. 287). Leider bleiben sie die konkrete Antwort schuldig. Zwar wollen sie am Begriffspaar „Reform – Revolution“ in der Bedeutung praktischer Veränderungen fest halten, weisen andererseits darauf hin, dass z.B. in der von ihnen untersuchten Region Chiapas beide Begriffe unbekannt seien. Umschrieben werden sie mit Begriffen wie „Auseinandersetzungen“, „Änderung der Ordnung“ oder etwa auch „Empörung, in der sich die Vernunft umdreht“ (S. 312/313).

Mit Spannung darf der vierte Band erwartet werden, denn dann will sich die Forschungsgruppe mit der Frage beschäftigen, wie gesellschaftliche Beziehungen der Menschen zueinander und zur außermenschlichen Natur durch Bewusstseinstätigkeiten vermittelt werden können. Das Bewusstsein ist schließlich Voraussetzung zielgerichteten Handelns.

(Reinhold Rünker, Leichlingen)

## Gedenktafel für Hugo Haase

Mit Ausnahme seines Grabdenkmals in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde erinnert kein Straßename und keine Gedenktafel an den ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden Hugo Haase, den Mitvorsitzenden von August Bebel. Um an diese bedeutende Persönlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung zu erinnern, hatten Berliner Sozialdemokraten vor etlichen Monaten die Initiative für eine Gedenktafel gestartet. Am 29. September 2005 war die Enthüllung. Die Ansprache zu Hugo Haase hielt Helga Grebing für die Historische Kommission der SPD

Hugo Haase gehört zu den bedeutenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung: Hugo Haase, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1912 bis 1916, Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei von 1917 bis 1919, Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, der in der Novemberrevolution 1918 die Regierungsgeschäfte übernahm. Er, der Gegner von Krieg, Militarismus und Imperialismus, der im Ersten Weltkrieg die Bewilligung der Kriegskredite ablehnte, sich aber zunächst der Parteidisziplin beugte und als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion ihre Zustimmung zu diesen Krediten vertrat, geriet weitgehend in Vergessenheit. Er war als USPD-Mitglied im sechsköpfigen Rat der Volksbeauftragten, der nach der Novemberrevolution die deutschen Geschicke gestalten sollte. Als radikaler Demokrat kämpfte er für den Frieden auf parlamentarischer Ebene und vertraute auf die Überzeugungskraft des Wortes. 1919 starb er an den Folgen eines Attentates. Hugo Haase fiel durch alle Raster, in der klassischen SPD-Geschichtsschreibung wie in der DDR-Historiographie. Er teilt dieses Schicksal mit der gesamten USPD und vielen Gegnern und Kritikern des Ersten Weltkriegs.

Die Gedenktafel wurde an seinem früheren Berliner Wohnort im Bezirk Mitte, Kaiser-Wilhelm-Straße 3 (heute Karl-Liebknecht-Straße, Eingang Marx-Engels-Forum), angebracht, das ist direkt neben dem alten Berliner Schloß, also beim Palast der Republik, im Hintergrund sitzen und stehen die Statuen von Marx und Engels.

Die Kosten der Tafel von immerhin fast 3500 Euro übernehmen zu je einem Drittel die Bundes-SPD, der Berliner SPD-Landesverband und ein SPD-Ortsverein, der hierfür ein Spendenkonto eingerichtet hatte. Die Ehrung für Hugo Haase steht im Zusammenhang einer entwickelten Berliner Stadtrundfahrt zu den historischen Stätten der USPD sowie einer dafür produzierten Broschüre. Weitere Informationen können angefordert werden bei Burkhard Zimmermann, Tel. 030/ 891.68.00, burkhard.z@t-online.de (Burkhard Zimmermann, Berlin)